

82 2080

Freie und Hansestadt Hamburg

Sozialbehörde

Amt für Wiedergutmachung

Wiedergutmachungsakte

Warburg, Alice

(Familien- und Rufname)

ach

vertreten durch: R.A.H. Jönsson, Hamb.

Vollmacht: Blatt 13

351-11

2087

nt für Wiedergutmachung

Minweise auf Akten

Fürsorgeakte
Rückerstattungs-Akten
Strafakten
Rentenakte
BR-Akte

BRÜG geprüft Feb. 1946

Referat:

13

~~13~~

0805

73

BRÜG geprüft

Besta
per B. blo

War

ur der A
mthet

Wichtige Hinweise

Staatsarchiv

Formelle Voraussetzungen:

Melderegisterauszug Bl. 9
Staatsarchiv Bl. 10
Strafregisterauszug Bl. 8, 13
Vorrang Bl.

Dokumentenzentrale p. A. L. 2
ITS-Arolsen
Erschein. Bl.

Link Nr. 4/68
Aut. 4/18.69

Kapitalentschädigung:

B/E Antrag- Nr.	Ent- schädigungen für Schäden an	Entscheidung		I. Klageinstanz			II. Klageinstanz		
		bewilligt DM abgelehnt	Blatt	Klage- Antrag Blatt	bewilligt DM abgelehnt	Blatt	Berufung Blatt	bewilligt DM abgelehnt	Blatt
	Freiheit								
	Freiheit								
	Freiheit								
B 11140	Vermögens	69.487,40	39	Reichsfluchtsteuer					
E 4278	Vermögens	94.100,-	86						
	Vermögens	9.582,46	89						
B 11140	Vermögens (Stück)	10.000,-	19	Reichsfluchtsteuer					
E 4278	Vermögens abg.		35						
3+E	Anlage II	43.003,36	63	Ausw. Abgabe					
3+E	Sonderabgab.	130.150,-	55	Jura					
	Sonderabgab.		97	Kl. Klagegründnahme K30					

Renten:

Gesetz und §	Entscheidung	Blatt	Gesetz und §	Entscheidung	Blatt
	bewilligt - abgelehnt			bewilligt - abgelehnt	
	bewilligt - abgelehnt			bewilligt - abgelehnt	

Leistungen nach anderen Wiedergutmachungsgesetzen, Verordnungen usw.:

Antrag nach BWGöD	Bl.	Rückerstattung Vorgänge	Bl.
Bescheid nach BWGöD	Bl.	Rückerstattung Beschluß	Bl.
Ersatzzeitenanrechnung, Bundesges. v. 22. 8. 49	Bl.	Bescheid (OFD)	Bl.

Vorschüsse:

Darlehen (Echte Kredite):

auf	DM	am	Blatt	erstattet Bl.	nach (Ges. u. §)	DM	am	Blatt	erstattet Bl.

Abtretungen, Pfändungen und Verpfändungen:

an	am	Blatt	nach § 14 BEG / § 18 AWG	Blatt
			genehmigt / abgelehnt	
			genehmigt / abgelehnt	
			genehmigt / abgelehnt	
Von anderen Stellen erhaltene Geldleistungen		Blatt	Ansprüche gegen Dritte	

Akte durchgesehen:

am 5. 10. 69 von V. 510
am von
am von

Anweisungskarte Nr.

4086 / 1.9.55
5181 / 28.12.55

11346 min

Nur von der Entschädigungsbehörde auszufüllen:

(Eingangsstempel)

Freie und Hansestadt Hamburg
Sozialbehörde
Amt für Vermögensbeschaffung
Eing. 10. JULI 1954
Anl. 42
Zuständig

mit Anlagen

Nr. E 4278 Ar 11346

Empfangsbestätigung erteilt am 14.7.54

Vor Ausfüllung Merkblatt lesen!

In Maschinen- oder Blockschrift ausfüllen

Nicht Zutreffendes streichen!

7.8 u 10

1/8

Antrag

die Art der auf Grund des Bundesergänzungsgesetzes zur Entschädigung für Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung (BEG) vom 18. 9. 1953 (BGBl. I S. 1387)

I. Anspruchsberechtigte(r)

Geburts-, Sterb- (wenn angegeben), Nachweispflichtige als oder politisch sowie sonstige de

1. Name: WARBURG
Vornamen: Alice, geb. Magnus
Geburts- und -ort (Kreis, Land): 8. Mai 1873 in Leipzig
Jetziger Wohnort / Sitz (Kreis, Land): New York, N.Y., U.S.A.
399 Park Avenue
(Straße und Haus-Nr.)
Familienstand: led. / verh. / verw. / gesch.
Anzahl der Kinder: 5 Alter der Kinder: alle ueber 40 Jahre
Staatsangehörigkeit: frühere: deutsch jetzige: Vereinigte Staaten von Amerika

2. Beruf:
Erlernter Beruf: --
Jetzige berufliche Tätigkeit: --

3. Sind Sie selbst verfolgt worden? ja / nein
Wenn ja: (Juedin)
Wegen ihrer politischen Überzeugung oder aus Gründen der Rasse oder des Glaubens oder der Weltanschauung?

4. Leiten Sie Ihre Ansprüche aus der Verfolgung eines anderen ab? ja / nein
Ihr Familien- oder Rechtsverhältnis zum Verfolgten:
Antragstellerin ist testamentarische Alleinerbin ihres am 26. Dezember 1946 verstorbenen Ehemannes Max M. Warburg, der ebenfalls Jude war. Der mitunterzeichnete Eric M. Warburg schließt sich dem Antrag in seiner Eigenschaft als alleiniger Testamentsvollstrecker von Max M. Warburg an.

erfahren eingerei

htig sind. Mir rsagen ist, wenn n des Gesetzes en über Grund

sbehörde bzw.

erschrift)

I. Verfolgte(r)

(Nur auszufüllen, wenn Anspruchsberechtigte(r) [s. Abschnitt I, 1] Ansprüche aus der Verfolgung eines anderen [s. Abschnitt I, 4] ableitet)

1. Name: WARBURG
Vornamen: Max Moritz
Geburts- und -ort (Kreis, Land): 5. Juni 1867 Hamburg
Letzter Wohnort Sitz (Kreis, Land): New York, N.Y., U.S.A.
300 Park Avenue
(Straße und Haus-Nr.)
gestorben am: 26. Dezember 1946
in (Kreis, Land): New York, N.Y. U.S.A.
Bei juristischen Personen usw. Zeitpunkt der Auflösung:
Staatsangehörigkeit: frühere: deutsch letzte: Vereinigte Staaten von Amerika

2. Beruf:
Erlernter Beruf: Bankier
Letzte berufliche Tätigkeit: --

3. Verfolgt wegen seiner politischen Überzeugung oder aus Gründen der Rasse oder des Glaubens oder der Weltanschauung?

III. Weitere Angaben über die Person des(r) Anspruchsberechtigten und des(r) Verfolgten:

	Anspruchs- berechtigte(r)	Verfolgte(r) (Nur auszufüllen, wenn Abschnitt II ausgefüllt)	Entschädigungsansprüche
1. Im Falle einer Mitgliedschaft bei der NSDAP oder einer ihrer Gliederungen:			1. Schaden an Leben (§§ Rente und Kapitalentschädigung getöteten
a) Mitgliedschaft bei der NSDAP:	ja / nein von bis	ja / nein von bis	2. Schaden an Körper und a) Heilverfahren: b) Rente und Kapital
b) Mitgliedschaft bei Gliederungen der NSDAP: Bei welchen?	ja / nein von bis	ja / nein von bis	3. Schaden an Freiheit (durch Freiheitsentzieh in in in in
2. Im Falle einer strafgerichtlichen Verurteilung:			4. Schaden an Eigentum
a) Rechtskräftige Verurteilung nach dem 8. 5. 1945 zu Zuchthausstrafe von mehr als 3 Jahren:	ja / nein	ja / nein	a) durch Zerstörung, b) durch Sonderabgabe c) durch Geldstrafe d) durch sonstige s
b) Rechtskräftige Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte nach dem 8. 5. 1945:	ja / nein	ja / nein	5. Schaden im beruflichen a) durch Verdrängung oder forstwirtschaft b) in einem privaten Versetzung in c) durch Ausfall an d) durch Ausschluß
3. a) Wohnsitz oder dauernder Aufenthalt (Kreis, Land) am 1. 1. 1947:	New York, N.Y., U.S.A.	New York, N.Y., U.S.	6. Versicherungsschaden durch Schädigung
b) Letzter inländischer Wohnsitz oder dauernder Aufenthalt (Kreis, Land), wenn vor dem 1. 1. 1947 gestorben, ausgewandert, deportiert oder ausgewiesen:	Hamburg	Hamburg	Erklärung über andere den Nationalsozialismus besonderer Anlage zu
c) bei Heimkehrern: Erstmaliger Wohnsitz oder dauernder Aufenthalt (Kreis, Land) nach der Heimkehr:	---	---	1. Wurden für die un Entschädigungs- od
d) Bei Vertriebenen: Erstmaliger Wohnsitz oder dauernder Aufenthalt (Kreis, Land) nach der Vertreibung:	---	---	Bei welchen Stellen Organisationen, Fir
e) Bei Sowjetzonenflüchtlingen: Erstmaliger Wohnsitz oder dauernder Aufenthalt (Kreis, Land) nach der Flucht:	---	---	Sind über diese A Von oder vor w
f) Bei Aufenthalt in einem DP-Lager am 1. 1. 1947: In welchem Lager (Kreis, Land)?	---	---	Haben die unter Behörden, Organis
Wohin nach dem 31. 12. 1946 ausgewandert?	---	---	Art der Leis
Als heimatloser Ausländer in die Zuständigkeit der deutschen Behörden übergegangen?	ja / nein	ja / nein	2. Wurden für die
Deutsche Staatsangehörigkeit erworben am:			Wegen welcher
4. Nur auszufüllen von Angehörigen der besonderen Verfolgtengruppen und deren Hinterbliebenen.			
a) Bei Verfolgten aus den Vertreibungsgebieten: Zeitpunkt der Auswanderung aus dem Vertreibungsgebiet: Von wo? Wohin?			
b) Bei Staatenlosen oder politischen Flüchtlingen: Betreuung durch welchen Staat oder / und welche zwischenstaatlichen Organisationen?			
c) Verfolgt aus Gründen der Nationalität?	ja / nein		

V. Entschädigungsansprüche werden angemeldet für:

1. Schaden an Leben (§§ 14, 15 Abs. 6)
Rente und Kapitalentschädigung als Hinterbliebene(r) eines(r) durch nationalsozialistische Gewaltmaßnahmen getöteten oder an den Folgen solcher Maßnahmen verstorbenen Verfolgten:
2. Schaden an Körper und Gesundheit (§ 15)
a) Heilverfahren:
b) Rente und Kapitalentschädigung:
3. Schaden an Freiheit (§ 16)
durch Freiheitsentziehung

ja / nein

ja / nein

ja / nein

ja / nein

in vom bis
in vom bis
in vom bis
in vom bis
in vom bis

insgesamt = volle
Monate

4. Schaden an Eigentum und Vermögen (§§ 18 — 24)
a) durch Zerstörung, Verunstaltung, Plünderung, Flucht oder Auswanderung:
b) durch Sonderabgaben und Reichsfluchtsteuer:
c) durch Geldstrafen, Bußen und Kosten:
d) durch sonstige schwere Schädigung:

ja / nein

ja / nein

ja / nein

ja / nein

5. Schaden im beruflichen und wirtschaftlichen Fortkommen (§§ 25 — 55)
a) durch Verdrängung aus oder Beschränkung in einer selbständigen Erwerbstätigkeit einschl. land- oder forstwirtschaftlicher oder gewerblicher Tätigkeit:
b) in einem privaten Dienst- oder Arbeitsverhältnis durch Entlassung, vorzeitiges Ausscheiden oder Versetzung in eine erheblich geringer entlohnte Stelle:
c) durch Ausfall an Bezügen im öffentlichen Dienst für die Zeit vor dem 1. 4. 1950:
d) durch Ausschluß von der erstrebten Ausbildung oder durch deren erzwungene Unterbrechung:

ja / nein

ja / nein

ja / nein

ja / nein

6. Versicherungsschaden außerhalb der Sozialversicherung (§§ 56 — 63)
durch Schädigung in einer Lebensversicherung:

ja / nein

Erklärung über anderweitig gestellte Wiedergutmachungsanträge und über die im Hinblick auf die Verfolgung durch den Nationalsozialismus erhaltenen Leistungen. (Reicht der Platz nicht aus, sind entsprechende Ausführungen auf besonderer Anlage zu machen)

1. Wurden für die unter Abschnitt I und II bezeichneten Personen wegen der angegebenen Verfolgungsgründe bereits Entschädigungs- oder Schadenersatzansprüche geltend gemacht?
ja / nein

Bei welchen Stellen im In- und Ausland (Behörden, Organisationen, Firmen, Privatpersonen)?	Wann?	Aktenzeichen
Nein		

Sind über diese Anträge bereits Entscheidungen ergangen oder Vergleiche abgeschlossen worden? ja / nein
Von oder vor welcher Stelle? Aktenzeichen?

Haben die unter Abschnitt I und II bezeichneten Personen im In- und Ausland Geld- oder Sachleistungen von Behörden, Organisationen, Firmen, Privatpersonen erhalten? ja / nein

Art der Leistungen	Von welchen Stellen?	Wann?	RM	DM
Nein				

2. Wurden für die unter Abschnitt I und II bezeichneten Personen Rückerstattungsansprüche geltend gemacht?
ja / nein

Wegen welcher Vermögensgegenstände?	Bei welchen Stellen?	Aktenzeichen:
siehe unstehende Seite		

Rueckerstattungsanspruch betr. Abrisierung des Bankhauses M.M. Warburg & Co., Hamburg
geltend gemacht vor dem Wiedergutmachungsamt am Landgericht Hamburg, Aktenzeichen
Z 138, beendet durch einen Vergleich, der im wesentlichen dahin ging, dass die
früheren Inhaber der Firma M.M. Warburg & Co. eine Kommanditbeteiligung in Höhe
25% des Gesamtkommanditkapitals an der Firma Brinckmann, Wirtz & Co. (Nachfolger
M.M. Warburg & Co.) erhielten.

- 2) Anspruch gegen die Hansestadt Hamburg auf Rueckgabe gewisser in den Jahren 1939
1940 an die Stadt verkaufter Grundstuecke. Der Anspruch wurde erledigt durch ein
kommen mit der Stadt vom 27. August 1948. Siehe die Ausfuehrungen der Anlage 12
Ziffer 4.

Wegen weiterer Rueckerstattungsansprueche siehe Anlage 2 unter 3) 4) 5) und 6)

Sind Ansprüche nach Art. 44 Abs. 3 US-REG bzw. Art. 36 Abs. 3 Br-REG bzw. Art. 37 Abs. 3 Berl-REG
einem Rückerstattungsverfahren nach der VO Nr. 120 der französischen Mil.-Reg. an Rückerstattungsbehörden
getreten worden? Ja, siehe Anlage 12 unter 4)

VI. Dem Antrag sollen beigelegt werden:

1. Eine Schilderung des Verfolgungsvorganges
2. Eine Erläuterung der Schadensfälle und der Höhe der erlittenen Schäden sowie Angaben über die Art der
anspruchten Entschädigungsleistungen
3. Beweismittel (Originale, beglaubigte Abschriften oder beglaubigte Photokopien)

Zum Beispiel. Aufenthaltsbescheinigungen, Entscheidungen der Entnazifizierungsbehörden, Geburts-
und Heiratsurkunden sowie Erbnachweise (wenn der Anspruchsberechtigte nicht der Verfolgte ist), Nach-
weis der Eigenschaft als Heimkehrer, Vertriebener, Sowjetzonenflüchtling, heimatloser Ausländer oder polit.
Flüchtling, Nachweis der Aufhebung oder Aenderung einer strafgerichtlichen Verurteilung sowie sonstige
Beweis der Ansprüche dienende Unterlagen.

Folgende Beweismittel

wurden bereits an

(Behörde)

(Gericht)

(Aktenzeichen)

zu

-Verfahren einge

VII. Ich versichere, daß die vorstehenden und in den beigelegten Anlagen enthaltenen Angaben richtig sind. Mir
bekannt, daß nach § 2 des Gesetzes der Anspruch auf Entschädigung ganz oder teilweise zu versagen ist, wenn
Anspruchsberechtigte sich, um Entschädigungsleistungen zu erlangen, vor oder nach Inkrafttreten des Gesetzes
lauterer Mittel bedient oder wissentlich oder grobfahrlässig unrichtige oder irreführende Angaben über Grund
Höhe des Schadens gemacht, veranlaßt oder zugelassen hat.

Nachträgliche Veränderungen, die sich auf diesen Antrag beziehen, werde ich der Entschädigungsbehörde bzw.
Entschädigungsgericht unverzüglich anzeigen.

New York

(Ort)

den 23. Juni 1954

(Datum)

Hamburg, den 7. Juli 1954

(Unterschrift)

Dem Antrag sind 23 Anlagen beigelegt, und zwar:

1. die in der Anlage 1 aufgeführt sind

2.

3.

4.

5.

6.

7.

8.

9.

10.

Die M. M.
als Testament
vollstreckt

ANLAGE A

Betr: Guetergemeinschaft der Eheleute Max M. Warburg und Alice geb. Magnus.

I. Die Antragstellerin, Frau Alice Warburg, geb. Magnus, ist am 8. Mai 1873 geboren, also ueber 81 Jahre alt. Sie schloss am 28. Februar 1899 die Ehe mit Max M. Warburg. Die Ehegatten wohnten bis 31. Maerz 1940 in Hamburg. Die Antragstellerin ist Juedin, ebenso war ihr verstorbener Ehemann Max M. Warburg Jude. Die Person von Max M. Warburg, fruherer Mitinhaber des Bankhauses M.M. Warburg & Co., ist in Hamburg hinreichend bekannt. Er war in prominenter wirtschaftlicher Stellung und aus Gruenden der Rasse und des Glaubens waren die Ehegatten daher genoetigt, am 31. Maerz 1940 auszuwandern.

Da die Eheleute ihren ersten ehelichen Wohnsitz in Hamburg hatten, richtete sich mangels eines Ehevertrages ihr Gueterstand nach altem hamburgischem Recht. Es bestand mithin Guetergemeinschaft und im Rahmen dieser Guetergemeinschaft gehoerten alle Vermoegensbestandteile jedem Ehegatten zur Haelfte.

II. Der Ehemann Max M. Warburg ist am 26. Dezember 1946 verstorben und hat testamentarisch seine Witwe als Alleinerbin eingesetzt. Frau Alice Warburg hat in dieser ihrer Eigenschaft als Alleinerbin ihres Ehemannes fuer die Haelfte des Schadens, der den Eheleuten an Eigentum und Vermoegen erwachsen ist, einen gesonderten Antrag eingereicht, der im folgenden als "Antrag qua Erbin" bezeichnet ist.

Der vorliegende Antrag erstreckt sich auf die andere Haelfte, hinsichtlich derer Frau Alice Warburg einen Schaden aus eigenem Recht erlitten hat. Dieser sich auf die andere Haelfte erstreckende Antrag wird als "Antrag aus eigenem Recht" bezeichnet.

III. Fuer den Fall dass die Entschaedigungsbehoerde der Auffassung sein sollte, dass der der Anspruchsberechtigten "aus eigenem Recht" erwachsene Schaden in einem oder mehreren Schadensfaellen ein groesserer Bruchteil ist als die Haelfte, sind die in der Anlage B enthaltenen Anmeldungen dahin auszulegen, dass ein solcher groesserer Bruchteil des jeweiligen Gesamtschadens als von der Antragstellerin "aus eigenem Recht" angemeldet gilt. Da der dem "Antrag qua Erbin" und dem vorliegenden "Antrag aus eigenem Recht" zu Grunde liegende Sachverhalt und die diesbezuglichen Beweisurkunden naturgemaess die gleichen sind, wird in diesem "Antrag aus eigenem Recht" weitgehend Bezug genommen auf den "Antrag qua Erbin" und auf die dem "Antrag qua Erbin" beigelegten Beweisurkunden.

Dieser "Antrag aus eigenem Recht" und der "Antrag qua Erbin" werden gleichzeitig bei der Sozialbehoerde eingereicht. Es ist daher anzunehmen, dass die Registrierungsnummer des "Antrags qua Erbin" entweder die Registrierungsnummer dieses "Antrags aus eigenem Recht" plus eins oder minus eins ist.

V. Hinsichtlich der Personalien und der Erbfolge wird verwiesen auf die folgenden Anlagen zu dem "Antrag qua Erbin":

- Seite 3 zu Anlage A -

- Anlage 3 Geburtsurkunde von Max M. Warburg.
- Anlage 4 Heiratsurkunde der Eheleute Warburg aus der sich zugleich das Geburtsdatum der Antragstellerin Alice Warburg, geb. Magnus ergibt.
- Anlage 5 Abmeldeschein der Eheleute Warburg.
- Anlage 6 Sterbeurkunde von Max M. Warburg.
- Anlage 7 Beglaubigte Abschrift des Testaments von Max M. Warburg.

VI. Die in dem Antragsformular unter V 2) gestellte Frage nach Rueckerstattungsanspruechen wird hiermit beantwortet durch Verweisung auf die Ausfuehrungen in dem "Antrag qua Erbin" unter V 2) und in der Anlage 2 zu dem "Antrag qua Erbin".

le

4

ANLAGE B

Betr: Entschaedigungsansprueche von Frau Alice Warburg
"aus eigenem Recht".

I. Reichsfluchtsteuer.

Es wird Bezug genommen auf Anlage 10 des "Antrags qua Erbin". Hiernach entfaellt auf jeden Ehegatten ein Betrag von RM 198,718.50 Reichsfluchtsteuer. Die Antragstellerin meldet daher diesen Betrag "qua eigenen Rechtes" zur Entschaedigung an.

II. Judenvermoegensabgabe.

Es wird Bezug genommen auf Anlage 11 des "Antrags qua Erbin". Auf Grund dessen meldet die Antragstellerin hiermit "aus eigenem Recht" Entschaedigung fuer RM 267,088.60 bar bezahlte Judenvermoegensabgabe (siehe zu (2) der vorgenannten Anlage 11) sowie Entschaedigung fuer die auf sie selbst entfallende Haelfte der nom. RM 112,800.-- Mannesmann-Aktien mit einem Betrage von RM 58,286.40 an (siehe zu (3) der vorgenannten Anlage 11). Sie behaelt sich vor, diesen letzteren Teil ihres Antrags zu berichtigen, sobald klarsteht, wie das Verhaeltnis von Rueckerstattung und Entschaedigung bezueglich auf Sonderabgabe abgelieferter Werte endgueltig geregelt wird. Wegen dieses Rueckerstattungsanspruches siehe Anlage 2 zu dem "Antrag qua Erbin" unter "3".

III. Vermoegensverfall.

Es wird Bezug genommen auf Anlage 12 des "Antrags qua Erbin". Auf Grund dessen meldet die Antragstellerin hiermit "aus eigenem Recht" an:

RM 143,258.61 (siehe (2) oben genannter Anlage 12),
RM 2,976.-- (siehe zu (3) oben genannter Anlage 12)
sowie Entschädigung fuer nom. RM 42,900.-- Mannesmann-
Roehrenwerke Aktien (siehe zu (3) oben genannter
Anlage 12)

Wegen "Abtretung von Anspruechen" an die Hansestadt
Hamburg wird auf das in Anlage 12 unter (4) Gesagte
verwiesen.

IV. Auswanderungsabgabe an juedischen Religionsverband.

Es wird Bezug genommen auf Anlage 15 des "Antrags qua
Erbin". Auf Grund dessen meldet die Antragstellerin
hiermit "aus eigenem Recht" Entschädigung fuer einen
Betrag von RM 86,935.90 an. Ausserdem meldet sie
einen Betrag von RM 19,566.25 fuer die Haelfte der
abgelieferten Reichsschatzanweisungen an, - letzteres
mit dem Vorbehalt, diesen Betrag je nach dem Verlauf
des in Anlage 15 unter (2) angegebenen Rueckerstattungs-
verfahrens zu modifizieren.

V. Schaden im Zusammenhang mit der Arisierung des
Bankhauses M. M. Warburg & Co.

Es wird Bezug genommen auf Anlage 16 des "Antrags qua
Erbin". Auf Grund dessen meldet die Antragstellerin
Frau Alice Warburg hiermit "aus eigenem Recht" einen
Betrag von RM 488,800.-- zur Entschädigung an.

VI. Moebeltransportkosten aus Anlass der Auswanderung.

Es wird Bezug genommen auf Anlage 21 des "Antrags qua Erbin". Auf Grund dessen meldet die Antragstellerin Frau Alice Warburg hiermit "aus eigenem Recht" einen Betrag von RM 8,015.15 zur Entschädigung an.

VII. Es wird Bezug genommen auf die folgenden, dem "Antrag qua Erbin" beigefügten Beweisurkunden:

Anlage 10 a) Reichsfluchtsteuerbescheid.

Anlage 11 a)b)c)d) Judenvermögensabgabebescheide.

Anlage 11 e) Bestätigung von Brinckmann, Wirtz & Co. vom 5. Mai 1954
betr: Sonderabgaben.

Anlage 13 Bescheid betr: Vermögensverfall.

Anlage 14 Bestätigung der Firma Brinckmann, Wirtz & Co. vom 5. Mai 1954
betr: Confiscation.

Anlage 17 Antrag an das Wirtschaftsministerium vom 23. März 1938.

Anlage 18 Bescheid des Wirtschaftsministers vom 22. April 1938.

Anlage 19 Bestätigung der Deutschen Golddiskontbank.

Anlage 20 a) - f) einschl. Belege betr: Ablieferung von Gulden

X Anlage 22 und 23 Rechnungen des Spediteurs
K&M Krauth & Co.

zurück geschickt 31.1.40

Aktz.: Wg. 080573-9-

Auskunft aus dem Strafregister
der Staatsanwaltschaft zu

Bundes
Berlin - Charlottenburg



Familienname:
(Bei Frauen Geburtsname)

Magnum

Vornamen:
(Rufname unterstreichen)

Alice

Geburtsangaben
(Tag, Monat, Jahr)

8. 5. 73

Gemeinde:
(evtl. Stadtteil):

Leipzig

Landgerichtsbezirk:

Straße:

Verwaltungsbezirk:

Land:

Sachsen

Familienstand: ledig - verheiratet - verwitwet - geschieden

Vor- und Familien- (Geburts-) Name
des (bezw. früheren) Ehegatten:

Max Warburg

Vor- und Familienname
des Vaters:

Vor- und Geburtsname
der Mutter:

Stand (Beruf):

Lehrerin

ggf. des Ehemannes:

Wohnort

ggf. letzter Aufenthaltsort:

Hamburg

Straße und

Hausnummer:

unbekannt 31/3.40 Milgasse 10

ggf. New York, N.Y.

399 Park Avenue
N. S. A.

Staatsangehörigkeit:

früher Deutsch, jetzt U.S.A.

Heimatgemeinde:

Heimatbezirk:

Im Strafregister

ist folgende
sind keine

Verurteilung(en) vermerkt:

Nr.	am	durch Aktenzeichen	wegen	auf Grund von	zu	Bemerkungen
-----	----	-----------------------	-------	---------------	----	-------------

Zur Feststellung der Wiedergutmachungsansprüche wird im Interesse des Obengenannten auch um
Angabe der evtl. bereits getilgten politischen Vorstrafen gebeten.



Kein Strafvermerk
Bundesstrafregister

— Geschäftsstelle —

Berlin-Charlottenburg 9, den
Soosstraße 84

28. FEB. 1955

Registerführer

Diese Auskunft gilt nur für
die Zeit nach dem 1. 10. 1953.

Chen mit hmi. An
27. JAN. 1955

10

SENAT DER FREIEN UND HANSESTADT HAMBURG
Staatsarchiv
34-1

Freie und Hansestadt Hamburg	
Sozialbehörde	
Amt für Wiedergutmachung	
Empf.	28. DEZ 1954
Kat.	Zuständig

An das
Amt für Wiedergutmachung
Hamburg I
Altstädter Straße 8, Sprinkenhof

Harburg, den 27. Dez. 1954

Auf das Schreiben vom *23. 12. 54* - Az. *080573-9-* - wird
mitgeteilt, daß laut Karteikarte Nr. *37.48* der Deutsch-Israeli-
tischen Gemeinde in Hamburg *Max Moritz Harburg*,
geb. *5. 6. 1867* in *Hamburg*, zuletzt
..... *Mittelweg 17* gewohnt hat
und von bis zum *5. 2. 41* Mitglied der genannten Ge-
meinde gewesen ist. Als Grund des Ausscheidens ist angegeben:

..... *n. England (seit 31. 5. 1939)*
Auf der Karteikarte ist als Ehefrau Alice geb. Mag-
nus, geb. 8. 5. 73 in Leipzig I. A. *eingetragen.*

Kultursteuern:

1931-33:	<i>2</i>
1933/34:	<i>35 72, 70 Rthl.</i>
1934/35:	<i>3 800.-</i>
1935:	<i>15.000.-</i>
1936:	<i>39.000.-</i>
1937:	<i>24.664.-</i>
1938:	<i>30.273.-</i>
1939:	<i>44.241.-</i>

Atte
Regierungsinspektor

- 2 April 1959

Unbeschränkte

Auskunft aus dem Strafregister
der Staatsanwaltschaft zu

H a m b u r g

Familienname: W a r b u r g
(Bei Frauen Geburtsname)Vornamen: Max Moritz
(Rufname unterstreichen)Geburtsangaben
(Tag, Monat, Jahr)

5.6.1867

Gemeinde: Hamburg

(evtl. Stadtteil):

Straße:

Verwaltungsbezirk:

Landgerichtsbezirk:

Hamburg

Land:

Familienstand: ledig — verheiratet — verwitwet — geschieden

Vor- und Familien- (Geburts-) Name
des (bzw. früheren) Ehegatten:

Alice Magnus

Vor- und Familienname
des Vaters:Vor- und Geburtsname
der Mutter:

Stand (Beruf): Bankier

ggf. des Ehemannes:

Wohnort

ggf. letzter Aufenthaltsort: New York N.Y. U.S.A.

Straße und


Hausnummer:

300 Park Avenue

Staatsangehörigkeit:
früher: deutsch
zuletzt: USAHeimatgemeinde:
Hamburg

Heimatbezirk:

Im Strafregister ist folgende
Verurteilung(en) vermerkt:
sind keine

Nr.	am	durch Aktenzeichen	wegen	auf Grund von	zu	Bemerkungen
Zur Feststellung der Wiedergutmachungsansprüche wird im Interesse des Obengenannten auch um Angabe der evtl. bereits getilgten politischen Vorstrafen gebeten.						
Im Strafregister sind keine Verurteilungen vermerkt.						
Hamburg, den 4. April 1959						
						
Strafregisterführer						

0805 73

ERIC M. WARBURG
52 WILLIAM STREET
NEW YORK 5, N.Y.

Stamp: 3. MAI 1955
Handwritten signature: Jn

den 29. April 1955.

Freie und Hansestadt HAMBURG
Sozialbehoerde
Amt fuer Wiedergutmachung

Betr. dortiges Az. Wg 0805 73-9-Entschaedigungsantrag von Frau Alice Warburg als Alleinerbin hinter ihrem Ehemann Max M. Warburg in Verbindung mit dem unterzeichneten Eric M. Warburg als Testamentsvollstrecker

Sehr geehrte Herren,

Ich nehme Bezug auf das unter obigem Aktenzeichen an meine Mutter, Frau Alice Warburg, gerichtete Schreiben vom 7.4.1955, in dem um Einsendung eines Erbscheines nach meinem Vater, Max M. Warburg, ersucht wird.

In der Entschaedigungsangelegenheit meiner Eltern sind zwei Antraege eingereicht:

- (a) ein Antrag meiner Mutter, Frau Alice Warburg, als Alleinerbin in Verbindung mit mir als Testamentsvollstrecker, registriert unter E 4278 Az. 11346 und
- (b) ein Antrag meiner Mutter, Frau Alice Warburg, "aus eigenem Recht" herruehend aus dem haelftigen Anteil an der ehelichen Guetergemeinschaft, der ihr schon vor dem Tode meines Vaters als Ehefrau gehoerte.

Ich nehme an, die dortige Anfrage vom 7.4. bezieht sich auf den Antrag zu (a). Das neue oben in Rubrum angegebene Aktenzeichen, offenbar abgeleitet vom Geburtstag meiner Mutter, war mir noch nicht bekannt. Ich waere fuer Mitteilung dankbar, welches Aktenzeichen der oben zu (b) angefuhrte Antrag ("aus eigenem Recht") erhalten hat.

Was nun die Einsendung eines Erbscheines hinter meinem Vater, Max M. Warburg, anbelangt, so darf ich darauf hinweisen, dass dem Antrag meiner Mutter "als Erbin" (s. oben zu (a)) als Anlage 6, 7 und 8 die Sterbeurkunde meines Vaters, eine beglaubigte Abschrift des Testaments meines Vaters, worin meine Mutter zur Alleinerbin eingesetzt ist und mein Testamentsvollstreckerzeugnis beigefuegt waren. Die Form des Erbscheins, wie in Deutschland ueblich, gibt es nicht im Staate New York. Sie wird

den 10. Juni 1955

WILLIAM HIRSON, Notary Public
State of New York #41-6912000
Qualified in Queens County
Cert. Filed in New York County
Term Expires March 30, 1987

Vfg.

1.) Vermerk:

Antragstellerin (Bl.8) und Erblasser (Bl.13) sind unbestrafte. Lt. Auskunft des Staatsarchivs (Bl.10) waren Erblasser und Antragstellerin Mitglieder der Deutsch-Israelitischen Gemeinde in Hamburg. Sie emigrierten im März 1940.

Ausschliessungsgründe gem. § 1 Abs. 4 BEG sind lt. Akteninhalt nicht bekannt.

Die Ehe der Antragstellerin wurde im Jahre 1899 geschlossen. Die Eheleute hatten ihren ersten ehelichen Wohnsitz in Hamburg. In Hamburg galt damals als gesetzlicher Güterstand die allgemeine Gütergemeinschaft und im Rahmen dieser Gütergemeinschaft gehörten alle Vermögensbestandteile jedem Ehegatten zur Hälfte.

Gemäss § 1483 BGB wird diese Gütergemeinschaft beim Tode eines der Ehegatten mit den gemeinschaftlichen Abkömmlingen, die im Falle gesetzlicher Erbfolge als Erben berufen sind, fortgesetzt.

Das Gericht kann also einen Erbschein, soweit es sich um Sachen, die zum Gesamtgut gehören, überhaupt nicht ausstellen. Einkommensausfall und Vermögensschaden, die von der Antragstellerin geltend gemacht werden, sind Forderungen, die zum Gesamtgut gehören.

Aus §§ 1443/1487 I BGB ergibt sich, dass hier die überlebende Ehefrau die rechtliche Stellung des Mannes bei der allgemeinen Gütergemeinschaft einnimmt, während die anteilsberechtigten Abkömmlinge die rechtliche Stellung der Ehefrau haben.

Der Erblasser ist am 26.12.1946 verstorben und hat testamentarisch seine Witwe als Alleinerbin eingesetzt.

Die Antragstellerin hat in ihrer Eigenschaft als Alleinerbin ihres Ehemannes für die Hälfte des Schadens, der den Eheleuten an Eigentum und Vermögen erwachsen ist, einen Erbantrag eingereicht.

Der zur Bearbeitung vorliegende Wg.-Antrag der jetzt 82 jährigen Antragstellerin erstreckt sich auf die andere Hälfte, hinsichtlich derer die Antragstellerin einen Schaden nach eigenem Recht erlitten hat.

Anlässlich ihrer Auswanderung wurden die Eheleute W. lt. Bescheid des Finanzamts vom 25.2.1941 (s.Anlage 10a) zu RM 397.437.-- (26) Reichsfluchtsteuer veranlagt. Lt. Bestätigung des Bankhauses Brinckmann, Wirtz & Co., Hamburg, vom 5.5.1954 (Anlage 11e) sind vom Reichsmarkkonto Max M. Warburg am:

1.4.1940 - RM 261.750.--

1.3.1941 - RM 22.360.--

für Reichsfluchtsteuer an das Finanzamt Hamburg Rechtes Alsterufer gezahlt. Die Differenz von RM 113.393.-- zu der mit RM 397.437.-- veranlagten Reichsfluchtsteuer wurde lt. Schreiben des vorstehenden Bankhauses (Anlage 11e) gegen überzahlte Einkommensteuer verrechnet.

Ausgehend von RM 397.437.-- Reichsfluchtsteuer für beide Ehegatten zusammen entfällt auf Grund der Gütergemeinschaft die Hälfte mit je RM 198.718,50 auf jeden Ehegatten.

Die Antragstellerin beansprucht demgemäss nach eigenem Recht Entschädigung für RM 198.718,50.

Gemäss § 21 (5) BEG hat ein Verfolgter Anspruch auf Entschädigung für Reichsfluchtsteuer, wenn er aus Verfolgungsgründen genötigt war, in der Verfolgungszeit auszuwandern.

Steuerbeträge bis zu RM 50.000.-- werden gemäss § 6 Abs. 1 umgerechnet (10:2). Der über RM 50.000.-- hinausgehende Betrag wird im Umrechnungsverhältnis 10 RM : 1 DM und nur bis zum Höchstbe-

b.wenden

trage von DM 30.000.-- erstattet. Es kann also eine Entschädigung in jedem Fall nur bis zum Betrage von RM 350.000.-- berücksichtigt werden. Stehen dem Verfolgten andere Ansprüche aus diesem Titel oder aus dem Dritten Titel zu, so werden die entsprechenden Entschädigungsleistungen bis zum Höchstbetrage von DM 10.000.-- an den Anspruch angerechnet.

In diesem Fall steht der Antragstellerin nach eigenem Recht auf Entschädigung für die geleistete Reichsfluchtsteuer ein Betrag

DM 14.871.85

zu, der sich wie folgt errechnete:

RM 50.000.-- umgestellt im Verh. 10 : 2 =

DM 10.0

RM100.000.-- reserviert für Titel 2 und 3

BM 4.57

RM 48.718,50 umgestellt im Verh. 10 : 1 =

DM 14.

2.) R 9

zur Vorlage hinsichtlich des Teil-Vergleichs über DM 14.
als Entschädigung für geleistete Reichsfluchtsteuer.

Hamburg, den 26. Juli 1955.
Nachgerechnet: *Leib*

Penstock.
S. 9

S. 9

1) In Privatbesitzung. Einmalige Ausgabe.
2) Vermuth: Ich übernehme den Vorschlag von
§ 9. Rückzahlung von 10.000. - fl. auf den
noch von der Bank zu beizulegenden
kalkulierten Kapitalkto. auf der Basis
Bemessung. Im Fall des § 77 § 89 liegt vor.
3) § 9 z. v. Quant.

287 x 55 4.8 (29)

(Faint background text from another page visible through the paper)

... 6805 73 ...
... Mrs. Warburg geb. Magnus
... Avenue
... YORK (USA) ...

... den Anspruch auf Ent-
steuer.
... gehrte Frau Warburg

... werden Sie davon unter-
... Anspruch als dem G.

... Niedergutmachungsber-
... stellt, daß Sie im
... land auswandern m
... erlitten und Son

... Prüfung des Sch
... einen Vergleich über
... abschließen.

Hiermit legen Sie hiermit Geleg-
... hat dahin zu äußern
... liegend in doppel-
... zureiten. Es wird noch
... abzuschließenden V
... kann, wenn sie j
... übersandt

Sie sind, die
... bitte die beide
... hierher zurückkri-

Sie mit dem vorge-
... ist für eine Mit-
... gegeben

Lieber Ansehn-
... Reichert
... Brückmann
... 1941
... 1941

Freie und
Hansestadt Hamburg
Sozialbehörde
Amt für Wiedergutmachung

Aktz. Wg. 0805 73 -9-

Hamburg, den 1. August 1955
Altstädter Straße 8
Fernspr.: 33 16 41, App.

Dr.St/co

~~XXXX~~/Frau/~~XXXXXX~~
Alice Warburg geb. Magnus
399 Park Avenue
NEW YORK (USA)

vertreten durch Frau Rechtsanwältin
H. Jönsson, Hamburg-Altona, Gr. Berg-
strasse 249

Betr.: Ihren Anspruch auf Entschädigung wegen geleisteter Reichsflucht-
steuer.

Sehr geehrte Frau Warburg !

Hiermit werden Sie davon unterrichtet, daß das Amt den von Ihnen geltend
gemachten Anspruch als dem Grunde nach gerechtfertigt festgestellt hat.

Der die Wiedergutmachungsberechtigung auslösende schädigende Eingriff wird
darin erblickt, daß Sie im März 1940 aus rassistischen Gründen aus
Deutschland auswandern mussten. Hierdurch haben Sie Wirtschafts-
schäden erlitten und Sonderabgaben leisten müssen.

Nach näherer Prüfung des Schadenstatbestandes hat das Amt in Erwägung ge-
zogen, einen Vergleich über die Höhe der geltend gemachten Entschädigungs-
forderung abzuschließen.

Es wird Ihnen hiermit Gelegenheit gegeben, sich innerhalb einer Frist von
einem Monat dahin zu äußern, ob Sie bereit sind, einem Vergleich nach Maß-
gabe der anliegend in doppelter Ausfertigung beigelegten Vergleichsurkunde
näherzutreten. Es wird noch besonders darauf hingewiesen, daß die Behörde
den etwa abzuschließenden Vergleich erst dann als für sich verbindlich
anerkennen kann, wenn sie Ihnen ein von ihr vollzogenes Exemplar der Ver-
gleichsurkunde übersandt hat.

Sofern Sie gewillt sind, den in Aussicht genommenen Vergleich abzuschließen,
wollen Sie bitte die beiden Exemplare der Vergleichsurkunde unterschreiben
und beide hierher zurückreichen.

Sollten Sie mit dem vorgesehenen Vergleich nicht einverstanden sein, so
wäre das Amt für eine Mitteilung darüber dankbar, in welchen Punkten Sie
von der nachstehend gegebenen Beurteilung des Schadensfalles abweichen.

Anlässlich Ihrer Auswanderung wurden Sie und Ihr verstorbener Ehe-
mann laut Bescheid des Finanzamtes Hamburg vom 25.2.1941 zu
397.437,-- RM Reichsfluchtsteuer veranlagt. Laut Bestätigung des
Bankhauses Brinckmann, Wirtz & Co. vom 5.5.1954 sind vom Reichsmark-
konto Max M. Warburg am 1. 4. 1940 261.750,-- RM
und am 1. 3. 1941 22.360,-- RM
für Reichsfluchtsteuer an das Finanzamt Hamburg-Rechtes
Alsterufer gezahlt worden. Die Differenz von 113.393,-- RM
zu der mit 397.437,-- veranlagten Reichsfluchtsteuer wurde laut
Schreiben des vorstehend genannten Bankhauses gegen überzahlte
Einkommensteuer verrechnet.

1000	900	800	700	600	500	400	300	200	100	0	100	200	300	400	500	600	700	800	900	1000	1100	1200	1300	1400	1500	1600	1700	1800	1900	2000	2100	2200	2300	2400	2500	2600	2700	2800	2900	3000	3100	3200	3300	3400	3500	3600	3700	3800	3900	4000	4100	4200	4300	4400	4500	4600	4700	4800	4900	5000	5100	5200	5300	5400	5500	5600	5700	5800	5900	6000	6100	6200	6300	6400	6500	6600	6700	6800	6900	7000	7100	7200	7300	7400	7500	7600	7700	7800	7900	8000	8100	8200	8300	8400	8500	8600	8700	8800	8900	9000	9100	9200	9300	9400	9500	9600	9700	9800	9900	10000
------	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	---	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	-------

iere

er
in-
du

bs.
s-
om.
olge
lich
er-
wer-
ch
tene
kan
pruc

in

七
乙七
乙

4.

9

L931

9-

- len

t.

for

Ausgefertigt am 4. Aug. 1955
Abgesandt am
mit 2 Anlagen + 1 x Text.

Finanzamt Hamburg-Schlump
zugleich Umsatzsteuerstelle
der Oberfinanzdirektion Hamburg

Geschäftsstunden:
montags, mittwochs, freitags von 8¹/₂ bis 14 Uhr

Kassenstunden:
montags bis freitags von 8¹/₂ bis 13 Uhr
sonntags bis 12 Uhr

Postscheckkonto: Hamburg Nr. 48027
Bankkonto: Hamburgische Landesbank
Girozentrale Konto Nr. 480
Landeszentralbank
Hamburg Konto Nr. 2/1112

Geschäftszeichen: Steuernummer Tbz. 25
Zuschäften und bei Überweisungen bitte angeben!

26
Hamburg 13, 29. Juni 1955
Beim Schlump 83, Zimmer 45
Fernsprecher 44 10 21
(Behördenvermittlung Eimsbüttel-Hochhaus)



Brinckmann, Wirtz & Co.,

H a m b u r g 1
Ferdinandstr. 75

Betr.: Entschädigungsangelegenheit Max M. Warburg Nachlaß.
Ihr Schreiben vom 16. Juni 1955.

Hiermit teile ich Ihnen mit, daß für Herrn Max M. Warburg keine rückständigen Steuern bestehen, die gem. § 21 Abs. 4 des Bundesentschädigungsgesetzes auf Entschädigungsleistungen angerechnet werden müßten.

Die von Ihnen erwähnte Reichsfluchtsteuer ist durch endgültigen Bescheid vom 25. Februar 1941 auf RM 397.437,-- festgesetzt und durch Zahlungen vom 1.4.1940 und 1.3.1941 beglichen worden:

Ich hoffe, Ihnen mit diesen Angaben gedient zu haben, möchte Sie jedoch bitten, alle weiteren Anfragen in dieser Angelegenheit an das jetzt zuständige Finanzamt Hamburg - Nord, Steuernummer 322/412, zu richten.

Hochachtungsvoll!

Wedemeyer
(Wedemeyer)

Oberregierungsrat.

Helga Jönsson

Rechtsanwältin

Hamburg-Altona, Gr. Bergstr. 249

Ruf: 42 40 30

Postscheck-Konto: Hamburg 886 99

Girokonto: Hamburger Kreditbank 7163

Ab 1. Juli 1955 ist das Büro

abends von 15 Uhr an geschlossen.

Hamburg-Altona, den 18. August 1955

An das
Amt für Wiedergutmachung

H a m b u r g

Altstädterstr. 8

Betr.: Frau Alice W a r b u r g
geb. am 8.5.1873 - E 4278 AZ 113
Hg. 0805 73 -9-

Auf das dortige Schreiben vom 1. August 1955 teile ich mit, dass die Antragstellerin mit dem Teilvergleichsvorschlag betreffend Reichsflachtsteuer einverstanden ist, sofern der in dem Schreiben gemachte Hinweis auf die Anrechenbarkeit von RM 100.000.-- auf andere Ansprüche nach dem 2. und 3. Titel auch in dem Vergleich aufgenommen wird.

Ich habe mir erlaubt, den Vergleich entsprechend zu ergänzen in der Annahme, dass, da es sich um eine Selbstverständlichkeit handelt, Einwendungen von dort nicht erhoben werden.

Der Betrag von DM 10.000.-- wird erbeten an das Bankhaus Brinckmann, Wirtz & Co. zu Gunsten von Frau Alice Warburg, lib. Kapitalkonto.

Jönsson
Rechtsanwältin

Aktenzeichen:

Wg. 0805 73 -9-

Hamburg, den

31. Aug. 1955

Teil -

Vergleich.

1. Ausfertigung f.d.
Akte

Zwischen

der Freien und Hansestadt Hamburg
Sozialbehörde

Amt für Wiedergutmachung
Hamburg 1, Altstädter Straße 8

Statistik:

DM 14.871,85

§§ 21.5 BEG

einerseits

und

~~Herrn~~/Frau/~~Frau~~ Alice Warburg geb. Magnus

geboren am 8.5.1873 in Leipzig

wohnhaft in 399 Park Avenue, NEW YORK (USA)

vertreten durch Frau Rechtsanwältin H. Jönsson, Hamburg-
Altona, Gr. Bergstrasse 249

andererseits

wird folgender Vergleich geschlossen:

Zur Abgeltung aller Ansprüche auf Entschädigung wegen geleisteter Reichs-
fluchtsteuer, jedeeh mit der Massgabe, dass RM 100.000.-- gemäss
Abs. 5 BEG reserviert bleiben zur Anrechnung auf andere Ansprüche
dem 2. und 3. Titel und mit dem Vorbehalt, dass, soweit eine solche
Anrechnung später nicht stattfinden sollte, für diese RM 100.000.--, bzw.
den entsprechenden Teil, eine Entschädigung nachträglich festgesetzt wird,
zahlt die Sozialbehörde

~~Herrn~~/Frau/~~Frau~~ Alice Warburg geb. Magnus

1. den Betrag von 14.871,85 DM

2. ,-- DM

3. --,-- DM

zusammen 14.871,85 DM

- unter Anrechnung bereits geleisteter Zahlungen von --,-- DM --.

Zur Zahlung verbleiben somit 14.871,85 DM

(in Worten: Vierzehntausendachthunderteinundsiebzig Deutsche Mark).
85/100 - - - -

Die Zahlung erfolgt in ~~Barzahlung~~ - Höhe von 10.000,-- ---DM alsbald nach
Vergleichsabschluß ~~Barzahlung~~ auf ein von (zehntausend)
der Antragstellerin noch zu benennendes ~~hiesiges~~ Kapitalkonto.
Die Auszahlung - des Restbetrages - erfolgt nach §§ 78 Absatz 3 ---des
Bundesergänzungsgesetzes zur Entschädigung für Opfer der nationalsozialisti-
schen Verfolgung (BEG.) vom 18.9.1953 (nach Aufruf durch Rechtsverordnung
der Bundesregierung).

(Unterschrift des Referenten)

Dr. Steinmetz, Referent

(Unterschrift des Antragstellers)

Frau Alice Warburg
H. Jönsson

080573

(32)

Helga Jönsson

Rechtsanwältin

Hamburg-Altona, Gr. Bergstr. 249

Ruf: 42 40 30

Postcheck-Konto: Hamburg 886 99

Kontokonto: Hamburger Kreditbank 7163

Hamburg-Altona, den 8. November 1955
F.

An das
Amt für Wiedergutmachung

H a m b u r g 1
- . - . - . - . - . -
Altstädterstr. 8

Freie und Hansestadt Hamburg
Amt für Wiedergutmachung
- 9. NOV. 1955
Zuständig

Betrifft: Wg. 080573

In der Entschädigungssache Alice Warburg
geo. Magnus gebe ich nachstehend die Namen der
Kinder der Antragstellerin aus ihrer Ehe mit
Max M. Warburg wie folgt an:

- 1.) Erich Hermann Max Warburg
- 2.) Lola Nina Helene Hahn
geb. Warburg
- 3.) Renate Olga Strauss
geb. Warburg
- 4.) Anita Sofie Wolff geb. Warburg
- 5.) Gisela Maximiliane Wyzanski
geb. Warburg.

Für die Antragstellerin:

Jönsson

Rechtsanwältin

hier zum Vortrag mitbringen.

17.11.55 9.11.55

Freie und
Hansestadt Hamburg
Sozialbehörde
Amt für Wiedergutmachung

Aktz. Wg. o8o5 73 -9- E 4278
Dr.St/St.

33
Hamburg, den 4.Nov.1955
Altstädter Straße 8
Fernspr.: 33 16 41, App. 3o7

~~HEER~~/Frau/~~XXXXXXXX~~

Alice Warburg
399 Park Avenue
New York (USA)

vertreten durch:

Frau Rechtsanwältin H.Jönsson,
Hamburg-Altona, Gr.Bergstraße 249

Betr.: Ihren Anspruch auf Entschädigung wegen geleisteter Reichsfluchtsteuer,
die von dem Erblasser, Herrn Max Moritz Warburg, entrichtet worden ist.
Sehr geehrte Frau Warburg!

Hiermit werden Sie davon unterrichtet, daß das Amt den von Ihnen geltend
gemachten Anspruch als dem Grunde nach gerechtfertigt festgestellt hat.

Der die Wiedergutmachungsberechtigung auslösende schädigende Eingriff wird
darin erblickt, daß Ihr Ehemann, Herr Max Moritz Warburg, im März 1940 aus
rassischen Gründen aus Deutschland auswandern mußte. Hierdurch hat der Erb-
lasser Wirtschaftsschäden erlitten und Sonderabgaben leisten müssen.

Nach näherer Prüfung des Schadenstatbestandes hat das Amt in Erwägung ge-
zogen, einen Vergleich über die Höhe der geltend gemachten Entschädigungs-
forderung abzuschließen.

Es wird Ihnen hiermit Gelegenheit gegeben, sich innerhalb einer Frist von
einem Monat dahin zu äußern, ob Sie bereit sind, einem Vergleich nach Maß-
gabe der anliegend in doppelter Ausfertigung beigelegten Vergleichsurkunde
näherzutreten. Es wird noch besonders darauf hingewiesen, daß die Behörde
den etwa abzuschließenden Vergleich erst dann als für sich verbindlich
anerkennen kann, wenn sie Ihnen ein von ihr vollzogenes Exemplar der Ver-
gleichsurkunde übersandt hat.

Sofern Sie gewillt sind, den in Aussicht genommenen Vergleich abzuschließen,
wollen Sie bitte die beiden Exemplare der Vergleichsurkunde unterschreiben
und beide hierher zurückreichen.

Sollten Sie mit dem vorgesehenen Vergleich nicht einverstanden sein, so
wäre das Amt für eine Mitteilung darüber dankbar, in welchen Punkten Sie
von der nachstehend gegebenen Beurteilung des Schadensfalles abweichen.

Auf das Schreiben des Amtes vom 18.9.1955 wird Bezug genommen. Ihnen in fort-
gesetzter Gütergemeinschaft mit Ihren Kindern steht daher als Erbin nach dem
Verstorbenen als Entschädigung für die vom Erblasser geleistete Reichsflucht-
steuer in Höhe von 198.718,50 RM ein Betrag von 14.871,85 DM zu, der sich
ebenso errechnet, wie Ihnen bereits mit obengenanntem Schreiben vom 1.8.1955
mitgeteilt worden ist. Dieser Betrag wird Ihnen mit anliegendem Teilvergleich
als Entschädigung angeboten.

Der inzwischen rechtskräftig gewordene Teilvergleich vom 31.8.1955 lautet
fälschlich im Rubrum

"Frau Alice Warburg, geb.Magnus".

Es muß richtig heißen, wie auch aus anliegendem Teilvergleichsvorschlag zu
entnehmen ist,

"Frau Alice Warburg, geb.Magnus in fortgesetzter Gütergemeinschaft

mit ihren Kindern:

- 1) Erich Hermann Max Warburg,
- 2) Lola Nina Helene Hahn, geb. Warburg,
- 3) Renate Olga Strauss, geb. Warburg,
- 4) Anita Sofie Wolff, geb. Warburg,
- 5) Gisela Maximiliane Wyzanski, geb. Warburg."

Hochachtungsvoll!

I.A. *f.*

(Dr. Steinmetz)
Referent

gn 2) *g* 17. Nov. 1955 St. *g*

21.8. Nov. 1955

21.11.55

W

✓ 2) Anschreiben und 2 Exemplare der Vergleichsurkunde an Bevollmächtigte der Antragstellerin absenden.

3) Wvl. nach Eingang.

R 9

f.

Aktenzeichen: Nr. 0805 73 -9- E 4278
Br. St/St.

Hamburg, den

23. Dez 1955

35

Teil - Vergleich.

Zwischen

der Freien und Hansestadt Hamburg
Sozialbehörde
Amt für Wiedergutmachung
Hamburg 1, Altstädter Straße 8

einerseits

und

Herrn/Frau/Fräulein Alice Warburg, geb. Magnus
geboren am 8.5.1873 in Leipzig

wohnhaft in 399 Park Avenue, New York (USA)

vertreten durch Frau Rechtsanwältin H. Jönsson,
Hamburg-Altona, Gr. Bergstraße 249

Statistik:

§ 21 BEG-

14.871,85 DM

- 8 -

in fortgesetzter Gütergemeinschaft mit ihren Kindern:

- 1) Erich Hermann Max Warburg, 2) Lola Nina Helene Hahn, geb. Warburg,
3) Renate Olga Strauss, geb. Warburg, 4) Anita Sofie Wolff, geb. Warburg, 5) Gisela
andererseits Teil- Maximiliane Wyzanski, geb. Warburg

wird folgender Vergleich geschlossen:

Zur Abgeltung aller Ansprüche auf Entschädigung wegen geleisteter Reichsfluchtsteuer, die von dem Erblasser, Herrn Max Moritz Warburg entrichtet worden ist, jedoch mit der Maßgabe, daß RM 100.000,-- gem. § 21 Abs. 5 BEG reserviert bleiben zur Anrechnung auf andere Ansprüche aus dem 2. und 3. Titel und mit dem Vorbehalt, dass, soweit eine solche Anrechnung später nicht stattfinden sollte, für diese RM 100.000,--, bzw. einen entsprechenden Teil, eine Entschädigung nachträglich festgesetzt wird, zahlt die Sozialbehörde

Herrn/Frau/Fräulein Alice Warburg, geb. Magnus

1.	14.871,85	DM
2.	-----	DM
3.	-----	DM
	zusammen	14.871,85 DM

- unter Anrechnung bereits geleisteter Zahlungen von ----- DM -.

Zur Zahlung verbleiben somit 14.871,85 DM

(in Worten: Vierzehntausendachthunderteinundsiebzig 85/100 Deutsche Mark).

Die Zahlung erfolgt in voller Höhe von ----- DM alsbald nach Vergleichsabschluß in bar.

Die Auszahlung - des Restbetrages - erfolgt nach §§ 78 Abs. 3 des Bundesergänzungsgesetzes zur Entschädigung für Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung (BEG.) vom 18.9.1953 (nach Aufruf durch Rechtsverordnung der Bundesregierung).

H. Steinmetz
(Unterschrift des Referenten)
(Dr. Steinmetz) Referent

H. Jönsson
(Unterschrift des Antragstellers)

FREIE UND HANSESTADT HAMBURG

SOZIALBEHÖRDE

Statistik:

§§ BEG

DM 79.487,40

AMT FÜR WIEDERGUTMACHUNG

SPRECHZEITEN:

SONNTAG U. DONNERSTAG 8.13 UHR

FERNSPRECHER: 34 15 31

BEHÖRDENNETZ: 21

App. 26

Akte: Wg.

0805 73 - 9 -

(Bei Beantwortung bitte angeben)

1. Ausfertigung

f.d. Akte

Hamburg,
Dr.St/DB

12. Nov 1950

B e s c h e i d .

In der Sache

der Frau Alice Warburg geb. Magnus,
geboren am 8.5.1873 in Leipzig,
wohnhaft 399, Park Avenue, New York, N.Y. USA.,

vertreten durch:

Frau Rechtsanwältin Helga Jönsson,
Hamburg-Altona, Grosse Bergstrasse 249,

ergeht folgender Bescheid:

Die Antragstellerin in fortgesetzter Gütergemeinschaft mit ihren Kindern

- 1.) Erich Hermann Max Warburg,
- 2.) Lola Nina Helene Hahn geb. Warburg,
- 3.) Renate Olga Strauss geb. Warburg,
- 4.) Anita Sofie Wolff geb. Warburg,
- 5.) Gisela Maximiliane Wyzanski geb. Warburg,

erhält die von ihr mit ihrem verstorbenen Ehemann, Herrn Max Moritz Warburg entrichtete Reichsfluchtsteuer mit DM 79.487,40

(i.W.: Neunundsiebzigtausendvierhundertsebenund-
achtzig 40/00 DMark)

ersetzt. Hiervon sind die in der Gesamthöhe von . DM 10.000,--
gezahlten Beträge in Abzug zu bringen. Der Rest v. DM 69.487,40
ist bar an die Antragstellerin zu zahlen.

Rechtsmittelbelehrung:

Soweit mit diesem Bescheid der Antrag auf Entschädigung abgelehnt ist, kann innerhalb von einer Frist von sechs Monaten nach Zustellung dieses Bescheides Klage vor der Entschädigungskammer des Landgerichts Hamburg erhoben werden.

Der Bescheid wird unanfechtbar, wenn die Antragstellerin nicht fristgemäß Klage erhebt oder vor Fristablauf auf ihr Klagerecht verzichtet.

G r ü n d e :

Die Antragstellerin hat mit ihrem Ehemann, Herrn Max Moritz Warburg, 1899

die Ehe geschlossen. Die Ehegatten lebten in dem damals in Hamburg geltenden Güterstand der allgemeinen Gütergemeinschaft. Im Rahmen dieser Gütergemeinschaft gehören alle Vermögensbestandteile jedem Ehegatten zur Hälfte. Der Ehemann der Antragstellerin ist im Jahre 1946 verstorben.


Vor ihrer Auswanderung sind die Antragstellerin und ihr Ehemann zusammen aus Verfolgungsgründen zur Zahlung einer Reichsfluchtsteuer von RM 397.437,-- veranlagt worden und haben diesen Betrag an das zur Entgegennahme dieser Steuer zuständige Finanzamt gezahlt.

Die Antragstellerin, die in fortgesetzter Gütergemeinschaft mit ihren Kindern Erich Warburg, Lola Hahn geb. Warburg, Renate Strauss geb. Warburg, Anita Wolff geb. Warburg und Gisela Wyzanski geb. Warburg lebt, hat beantragt, sie für die gezahlte Reichsfluchtsteuer zu entschädigen. Mit ihr wurden die Teilvergleiche vom 31.8.1955 und 23.12.1955 geschlossen. Auf Grund dieser Entscheidungen ist an die Antragstellerin ein Betrag von DM 10.000,-- zur Auszahlung gelangt.

Nach Inkrafttreten des Bundesentschädigungsgesetzes vom 29.6.1956 (BEG n.F.) hat die Antragstellerin die genannten Teilvergleiche angefochten und um Neuberechnung des für die Reichsfluchtsteuer zu gewährenden Entschädigungsbetrages gebeten.

Dieser Antrag war nach § 59 BEG n.F. gerechtfertigt. Danach hat der Verfolgte, der Reichsfluchtsteuer entrichtet hat, Anspruch auf eine Entschädigung hierfür.

Die Antragstellerin in fortgesetzter Gütergemeinschaft mit ihren Kindern war für den gesamten Betrag von RM 397.437,-- zu entschädigen. Nach Umstellung im Verhältnis 10 : 2 ergibt das die Summe von DM 79.487,40. Von diesem Betrag war der der Antragstellerin bereits gewährte Betrag von DM 10.000,-- in Abzug zu bringen. Es verbleiben DM 69.487,40, die bar an die Antragstellerin auszusahlen sind.


(Dr. Steinmetz)
Referent

FREIE UND HANSESTADT HAMBURG

SOZIALBEHÖRDE

AMT FÜR WIEDERGUTMACHTUNG

Statistik: § 59 BEG n.F.

DM 79.487,40 - 8 -

RECHZEITEN:

MONTAG U. DONNERSTAG 8-13 UHR

ERNSTRECHER: 33 16 41 } App. 307

HÖRDENNETZ: 30

Mz.: Wg. 0805 73-9

(Bei Beantwortung bitte angeben)

Hamburg, den

Dr. St./Son

An Prüfungsabteilung.

R 9 zur Kenntnisnahme und evtl. Vollziehung der Unterschrift.

In der Sache der

Frau Alice Warburg geb. Magnus,
geboren am 8.5.1873 in Leipzig,
wohnhaft: New York, N.Y., U.S.A.,
399 Park Avenue,

vertreten durch:

Frau Rechtsanwältin Helga Jönsson,
Hamburg-Altona, Große Bergstr. 249,

ergeht folgender

B e s c h e i d :

Die Antragstellerin erhält als Entschädigung für entrichtete
Reichsfluchtsteuer den Betrag von DM 79.487,40
Hiervon ist der an die Antragstellerin geleistete Vorschuss v. DM 10.000.--
in Abzug zu bringen. Die Restentschädigung von DM 69.487,40
(in Worten: Neunundsechzigtausendvierhundertsiebenundachtzig 40/100 Deutsche Mark)
ist bar an die Antragstellerin zu zahlen.

Rechtsmittelbelehrung:

Soweit mit diesem Bescheid der Antrag auf Entschädigung abgelehnt ist, kann
innerhalb einer Frist von 6 Monaten nach Zustellung dieses Bescheides Klage
vor der Entschädigungskammer des Landgerichts Hamburg erhoben werden.

Der Bescheid wird unanfechtbar, wenn die Antragstellerin nicht fristgemäß
Klage erhebt oder vor Fristablauf auf ihr Klagerecht verzichtet.

G r ü n d e :

Die Antragstellerin hat mit ihrem Ehemann, Herrn Max Moritz Warburg, 1899
die Ehe geschlossen. Die Ehegatten lebten in dem damals in Hamburg geltenden
Güterstand der allgemeinen Gütergemeinschaft. Im Rahmen dieser Gütergemein-
schaft gehörten alle Vermögensbestandteile jedem Ehegatten zur Hälfte.
Der im Jahre 1946 verstorbene Ehemann der Antragstellerin hat seine Ehefrau
testamentarisch zur Alleinerbin eingesetzt.
Vor ihrer Auswanderung sind die Antragstellerin und ihr Ehemann zusammen aus
Verfolgungsgründen zur Zahlung einer Reichsfluchtsteuer von RM 397.437.--
veranlagt worden und haben diesen Betrag an das zur Entgegennahme dieser
Steuer zuständige Finanzamt gezahlt.

Die Antragstellerin, die in fortgesetzter Gütergemeinschaft mit ihren Kindern
lebt, hat beantragt, sie für die gezahlte Reichsfluchtsteuer zu entschädigen.
Mit ihr wurden die Teilvergleiche vom 31.8.1955 und 23.12.1955 geschlossen.
Auf Grund dieser Entscheidungen ist an die Antragstellerin ein Vorschuss von
DM 10.000.- zur Auszahlung gelangt.

-2-

Nach Inkrafttreten des Bundesentschädigungsgesetzes vom 29.6.1956 (BEG n.F.) hat die Antragstellerin die genannten Teilvergleiche angefochten und um Neuberechnung des für die Reichsfluchtsteuer zu gewährenden Entschädigungsbetrages gebeten.

Dieser Antrag war nach § 59 BEG n.F. gerechtfertigt. Danach hat der Verfolgte, der Reichsfluchtsteuer entrichtet hat, Anspruch auf eine Entschädigung hierfür.

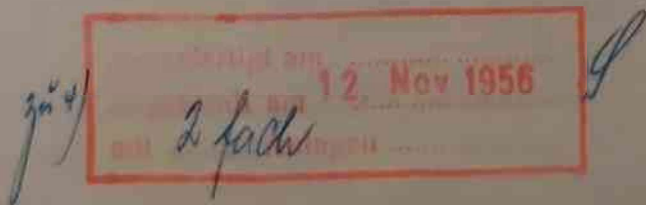
Die Antragstellerin war für den gesamten Betrag von RM 397.437.-- zu entschädigen, einmal für die Hälfte des Betrages aus eigenem Recht entsprechend den Bestimmungen der Gütergemeinschaft, die zwischen ihr und ihrem Ehemann gegolten hat, und für die andere Hälfte des Betrages als testamentarische Alleinerbin des Erblassers.

Nach Umstellung im Verhältnis 10:2 ergibt das die Summe von DM 79.487,40. Von diesem Betrag war der der Antragstellerin bereits gewährte Vorschuss von DM 10.000.-- in Abzug zu bringen. Es verbleiben DM 69.487,40, die bar an die Antragstellerin auszusahlen sind.

(Dr. Steinmetz)
Referent

- ✓ 4.) StSK zur Absendung des Bescheides mit Zustellungsurkunde an Bevollmächtigte. Tagesdatum einstempeln. Durchschlag des Bescheides für die Handakte der Bevollmächtigten beifügen.
- ✓ 5.) RST zur Entnahme des Bescheiddurchschlages mit der Bitte, die Zahlung zu veranlassen. Eine Buchung gem. § 228 Abs. 2 BEG n.F. entfällt.
- ✓ 6.) G zur Austragung und statistischen Erfassung. *not. v. 12.11.56*
- 7.) Akte an S 9.

R 9
K.



RECHTSANWÄLTE

Dr. ULMER (öff. Notar), Dr. Dr. BUNDSCHUH, Dr. GANSSMÜLLER
OTTO SCHMIDT und KURT REISSMÜLLER

BEIM LAND- UND OBERLANDESGERICHT STUTTGART

POSTSCHECKKONTO: STUTTGART 20663 - BANKKONTO: COMMERZ- & CREDITBANK STUTTGART

TELEGRAMMADRESSE: OSTERJURA - TELEFON 241241

Stuttgart S, Postschließfach 451

Stuttgart S, den 12.2.1957
Charlottenstr. 15 A
Postschließfach 451

An die

Sozialbehörde
Amt für Wiedergut-
machung

H a m b u r g



ORoZo./Warb./DR.

Bitte bei Antwort
Aktenzeichen angeben!

Reg.Nr. E 4278
Az.: 11 346

Alte Warburg, g. L. 8.1.48

Betr.: Max M. Warburg-Erben

-durch Ablieferung von Gulden gegen Reichsmark entstandene
Schäden-

In der Rückerstattungssache Warburg ./.. das Deutsche Reich
wegen Ablieferung von Gulden, die beim Landgericht Berlin
unter Aktenzeichen 63 WGA 841/55 anhängig ist, benötigen
wir eine Auskunft darüber, wie weit das bei Ihnen anhängige
Entschädigungsverfahren wegen des gleichen Anspruches ge-
diehen ist. Da in der genannten Rückerstattungssache Termin
auf den 9. März 1957 anberaumt wurde, wären wir Ihnen für
eine eilige Antwort sehr verbunden.

Rechtsanwalt

- Dr. Ulmer -

FREIE UND HANSESTADT HAMBURG

SOZIALBEHÖRDE

53

AMT FÜR WIEDERGUTMACHUNG

ARBEITSZEITEN:

FRITAG U. DONNERSTAG 8-13 UHR

ANSPRECHER: 3415 31 } 31
ORDENNETZ: 21 } App.

Wg. 0805 73-9

(Bei Beantwortung bitte angeben)

Hamburg, den
Dr. St/Sch

13. Mai 1957

In der Entschädigungssache der

Frau Alice Warburg geb. Magnus,
geboren am 8.5.1873 in Leipzig,
wohnhaft: 399, Park Avenue, New York, N.Y., USA,
vertreten durch:

Frau Rechtsanwältin Helga Jönsson,
Hamburg-Altona, Grosse Bergstr. 249,

ergeht folgender

B e s c h e i d :

Die Antragstellerin in fortgesetzter Gütergemeinschaft mit ihren Kindern

- 1.) Erich Hermann Max Warburg,
- 2.) Lola Nina Helene Hahn geb. Warburg,
- 3.) Renate Olga Strauss geb. Warburg,
- 4.) Anita Sofie Wolff geb. Warburg,
- 5.) Gisela Maximiliane Wyzanski geb. Warburg,

erhält die von ihr zusammen mit ihrem verstorbenen Ehemann, Herrn Max Moritz Warburg, entrichtete Judenvermögensabgabe mit

DM 130.150.--

(in Worten: Einhundertdreissigtausendeinhundertfünfzig Deutsche Mark)

ersetzt.

Der Entschädigungsbetrag ist bar an die Antragstellerin zu zahlen.

Der mit Beschluss des Wiedergutmachungsamtes beim Landgericht Hamburg vom 21.8. 1952 -Aktenzeichen VI Z 2717-4- in Höhe von RM 116.572,80 festgestellte Rückerstattungsanspruch der Antragstellerin geht bis zur Höhe von DM 23.314,56 auf die Freie und Hansestadt Hamburg, Sozialbehörde -Amt für Wiedergutmachung- über.

Rechtsmittelbelehrung:

Soweit mit diesem Bescheid der Antrag auf Entschädigung abgelehnt ist, kann innerhalb einer Frist von 6 Monaten nach Zustellung dieses Bescheides Klage vor der Entschädigungskammer des Landgerichts Hamburg erhoben werden.

Der Bescheid wird unanfechtbar, wenn die Antragstellerin nicht fristgemäss Klage erhebt oder vor Fristablauf auf ihr Klagerecht verzichtet.

G r ü n d e :

Die Antragstellerin hat mit ihrem Ehemann, Herrn Max Moritz Warburg, 1899 die Ehe geschlossen. Die Ehegatten lebten in dem damals in Hamburg geltenden Güterstand der allgemeinen Gütergemeinschaft.

Der Ehemann der Antragstellerin ist im Jahre 1946 verstorben.

Vor ihrer Auswanderung sind die Antragstellerin und ihr Ehemann zusammen aus

Verfolgungsgründen zur Zahlung einer Judenvermögensabgabe von insgesamt RM 650.750.-- veranlagt worden und haben diese Sonderabgabe in Höhe von RM 534.177,20 durch Barzahlung und in Höhe von RM 116.572,80 mit Wertpapieren entrichtet.

Die Antragstellerin, die in fortgesetzter Gütergemeinschaft mit ihren Kindern

- 1.) Erich Hermann Max Warburg,
- 2.) Lola Nina Helene Hahn geb. Warburg,
- 3.) Renate Olga Strauss geb. Warburg,
- 4.) Anita Sofie Wolff geb. Warburg,
- 5.) Gisela Maximiliane Wyzanski geb. Warburg,

lebt, hat beantragt,

sie für die entrichtete Judenvermögensabgabe zu entschädigen.

Der Antrag der Antragstellerin ist nach §§ 59, 60 des Bundesentschädigungsgesetzes vom 29.6.1956 (BEG) gerechtfertigt.

Danach hat der Verfolgte, der Judenvermögensabgabe entrichten musste, Anspruch auf eine Entschädigung hierfür.

Die Antragstellerin in fortgesetzter Gütergemeinschaft mit ihren Kindern war für den gesamten Betrag von RM 650.750.- zu entschädigen.

Nach Umstellung im Verhältnis 10:2 ergibt das die Summe von DM 130.150.--. Der Entschädigungsbetrag ist fällig.

Der Übergang der Rückerstattungsansprüche der Antragstellerin für die mit Wertpapieren entrichtete Judenvermögensabgabe auf die Freie und Hansestadt Hamburg, Sozialbehörde -Amt für Wiedergutmachung- ergibt sich aus § 60 Abs. 1 BEG.

F. Steinmetz
(Dr. Steinmetz)
Referent

FREIE UND HANSESTADT HAMBURG
SOZIALBEHÖRDE

FÜR WIEDERGUTMACHUNG

ZEITEN:

AG U. DONNERSTAG 8-13 UHR

PRECHER: 34 15 31 } App. 31
DENNETZ: 21 }

0805 73-13

Wg.
Bei Beantwortung bitte angehen)

Hamburg, den 21. Juni 1957
Dr. St/Sch

In der Entschädigungssache der

Frau Alice Warburg geb. Magnus,
geboren am 8.5.1873 in Leipzig,
wohnhaft: 399, Park Avenue, New York, N.Y., USA,

vertreten durch:

Frau Rechtsanwältin Helga Jönsson,
Hamburg-Altona, Grosse Bergstr. 249,

ergeht folgender

B e s c h e i d :

Die Antragstellerin in fortgesetzter Gütergemeinschaft mit ihren Kindern

- 1.) Erich Hermann Max Warburg,
- 2.) Lola Nina Helene Hahn geb. Warburg,
- 3.) Renate Olga Strauss geb. Warburg,
- 4.) Anita Sofie Wolff geb. Warburg,
- 5.) Gisela Maximiliane Wyzanski geb. Warburg,

erhält die von ihr zusammen mit ihrem verstorbenen Ehemann, Herrn Max Moritz Warburg, entrichtete Auswandererabgabe an den Jüdischen Religionsverband mit

DM 43.003,36

(in Worten: Dreiundvierzigtausendunddrei 36/100 Deutsche Mark)

ersetzt.

Der Entschädigungsbetrag ist bar an die Antragstellerin zu zahlen.

Der mit Vergleich vom 2.2.1955 vor dem Wiedergutmachungsamt beim Landgericht Hamburg - Aktenzeichen 2 WiK 26/53 - in Höhe von RM 41.145.-- festgestellte Rückerstattungsanspruch der Antragstellerin geht bis zur Höhe von DM 8.229.-- auf die Freie und Hansestadt Hamburg, Sozialbehörde - Amt für Wiedergutmachung - über.

Rechtsmittelbelehrung:

Soweit mit diesem Bescheid der Antrag auf Entschädigung abgelehnt ist, kann innerhalb einer Frist von 6 Monaten nach Zustellung dieses Bescheides Klage vor der Entschädigungskammer des Landgerichts Hamburg erhoben werden.

Der Bescheid wird unanfechtbar, wenn die Antragstellerin nicht fristgemäß Klage erhebt oder vor Fristablauf auf ihr Klagerecht verzichtet.

G r ü n d e :

Die Antragstellerin hat mit ihrem Ehemann, Herrn Max Moritz Warburg, 1899 die Ehe geschlossen. Die Ehegatten lebten in dem damals in Hamburg geltenden Güterstand der allgemeinen Gütergemeinschaft.

Der Ehemann der Antragstellerin ist im Jahre 1946 verstorben.

Vor ihrer Auswanderung sind die Antragstellerin und ihr Ehemann zusammen aus Verfolgungsgründen zur Zahlung einer Auswandererabgabe an den Jüdischen Religionsverband in Höhe von RM 213.004,31 veranlasst worden. Sie haben diese Sonderabgabe in Höhe von RM 173.871,81 durch Barzahlung in Höhe von RM 41.145.-- mit Wertpapieren entrichtet.

Die Antragstellerin, die in fortgesetzter Gütergemeinschaft mit ihren Kindern

- 1.) Erich Hermann Max Warburg,
- 2.) Lola Nina Helene Hahn geb. Warburg,
- 3.) Renate Olga Strauss geb. Warburg,
- 4.) Anita Sofie Wolff geb. Warburg,
- 5.) Gisela Maximiliane Wyzanski geb. Warburg,

lebt, hat beantragt,

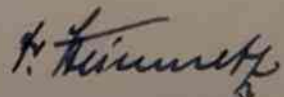
sie für die entrichtete Abgabe an den Jüdischen Religionsverband zu entschädigen.

Der Antrag der Antragstellerin ist nach §§ 59, 60 des Bundesentschädigungsgesetzes vom 29.6.1956 (BEG) gerechtfertigt.

Danach hat der Verfolgte, der aus Verfolgungsgründen zur Auswanderung genötigt gewesen ist, Anspruch auf eine Entschädigung für eine derartige Sonderabgabe.

Die Antragstellerin in fortgesetzter Gütergemeinschaft mit ihren Kindern war für den gesamten Betrag von RM 215.016,81 zu entschädigen. Nach Umstellung im Verhältnis 10:2 ergeben RM 215.016,81 die Summe von DM 43.003,36. Der Entschädigungsbetrag ist fällig.

Der Übergang der Rückerstattungsansprüche der Antragstellerin für die mit Wertpapieren entrichtete Sonderabgabe auf die Freie und Hansestadt Hamburg, Sozialbehörde - Amt für Wiedergutmachung - ergibt sich aus § 60 Abs. 1 BEG.


(Dr. Steinmetz)
Referent

Helga Jönsson
Rechtsanwältin

Telefon: 42 40 30 u. 42 41 13
Postfachkonto: Hamburg 886 99
Bankkonto:
Hamburger Kreditbank, Kto. 71 63

J. Hamburg-Altona, den 19. Oktober 1957
Große Bergstraße 249

An das
Amt für Wiedergutmachung
H a m b u r g 36
Drehbahn 54

Betrifft : 0805 73

In der Entschädigungssache

Frau Alice Warburg geb. Magnus

in fortgesetzter Gütergemeinschaft mit ihren Kindern
sind laut Hauptantrag vom 23. Juni 1954 die bei dem Transport des Umzugsgutes entstandenen Aufwendungen als Schaden
angemeldet worden (Anlagen 21-23). Gemäss Rechnung der
Firma Keim, Krauth & Co. vom 25. April 1939 - Anlage 22 -
sind dem verstorbenen Ehemann der Antragstellerin, Herrn
Max M. Warburg, für die Versicherung des Umzugsgutes
£ 148.-- berechnet worden, die in der Anlage 21 bei der
Zusammenstellung der Kosten auf Reichsmark umgerechnet
worden sind.

Gemäss § 57 Abs. 2 BEG ist die Entschädigung für
Aufwendungen in fremder Währung nach dem Kurs dieser Wäh-
rung im Zeitpunkt der Entscheidung zu berechnen. Der Be-
trag von £ 148.-- ist daher aus der Schadenszusammen-
stellung - Anlage 21 - herauszunehmen. An Transport- und
Versicherungskosten sind entstanden

1) laut Anlage 23	RM 14.188.55
2) " " 22	" 65.75

RM 14.254.30,

d.s. umgestellt im Verhältnis 10:2 DM 2.850.86 und

3) laut Anlage 22	£ 148.--
-------------------	----------

Zum Beweise dafür, dass der Betrag von £ 148.--
in Fremdwährung gezahlt worden ist, wird

als Anlage 24

im Original die Quittung der Firma Keim, Krauth & Co.
vom 4. Mai 1939 überreicht.

Für die Antragstellerin

Linum

Rechtsanwältin

hebt
über
vous
you

waar
dessen
kont
rooip

PAR
P.
A.

Hamburg, den 28. 10. 1957
Wi./In.

A n l a g e

Es stehen nun die Entschädigungsansprüche zur Bearbeitung an, die wegen der ersatzlosen Abgabe an die Deutsche Golddiskontbank geltend gemacht werden.

Zur Erlangung der Genehmigung dafür, dass die Auslandswerte der Firma M.M. Warburg & Co. auf die Teilhaber der Firma nämlich:

Max M. Warburg
Dr. Fritz M. Warburg
Dr. Ernst Spiegelberg
Erich M. Warburg und den stillen Gesellschafter
Siegmond G. Warburg

übertragen und ihnen freigegeben werden, musste die Firma bzw. deren Teilhaber neben anderen Auflagen den Betrag von

1.000.000,- RM

an die Dego zugunsten des Exportförderungsfonds bezahlen, ohne dafür einen Gegenwert zu erhalten (Anlg. 17-19).

Die Zahlung erfolgte am 16. 6. 1938 (Bl. 112 ff, Akte Dr. Fritz M. Warburg). Sie ging zu Lasten eines Gemeinschaftskontos, das anlässlich der Arisierung der Firma zur Abwicklung gedient hat. Die Aufteilung auf die einzelnen Gesellschafter kann aus dem Gesellschaftsvertrag vom 12. 10. 1934 entnommen werden, von dem 1 Exemplar der Akte Dr. Fritz M. Warburg beiliegt. Danach war Max M. Warburg zu 47 % an den Entnahmen, Gewinnen und Verlusten beteiligt (§§ 2,3a (3),4) des Gesellschaftsvertrages).

Somit gingen von der Abgabe an die Dego 47 % zu Lasten der antragstellenden Gütergemeinschaft.

47 % von 1.000.000,- RM = 470.000,- RM ✓
umgestellt 10 : 2 = 94.000,- DM. ✓

Die Möglichkeit der Entschädigung ergibt sich aus § 59 - Abs.2-Ziff. 2, da die Freistellung der Auslandswerte bzw. deren Mitnahme ins Ausland die Abgabe ab die Dego erforderlich machten.

Es ist somit derselbe Fall gegeben, als wenn eine Abgabe an die Dego wegen Mitnahme von Umzugsgut erfolgen musste. Ein Rückerstattungsverfahren ist wegen dieses Barbetrages nicht durchgeführt worden.

Ich schlage vor, einen entsprechenden Bescheid zu erteilen.

Festgestellt:

[Handwritten Signature]
(Name u. Dienstbez.)

Nachgerechnet:

[Handwritten Signature]
(Name u. Dienstbez.)

Wg. 0805 73 - 13 -
Alice Warburg

Hamburg, den 12. 11. 1957
Wi./Hn.

A n l a g e

Es stehen nun die Entschädigungsansprüche wegen Auswanderungskosten an.

Max M. Warburg ist 1939 mit seiner Ehefrau von Hamburg über England nach den USA aus rassischen Gründen ausgewandert (Bl. 10, Bl. 101 ff der Auswandererakte, Bd. I). Der übrige Sachverhalt usw. ergibt sich aus den Bescheiden (Bl. 41, 53, 61).

Folgende Auswanderungskosten werden geltend gemacht:

- 1.) Transport des Umzugsgutes (Anlg. 22) = 14.188,55 RM
Die Durchführung dieses Transportes ergibt sich aus Bl. 51, Bd. I, der Auswandererakte, sodass mit Sicherheit die in Anlg. 22 beigefügte Rechnung als bezahlt angesehen werden kann.
- 2.) Stempelgebühren usw. (Anlg. 23) = 65,75 RM
- 3.) Versicherung (Anlg. 23) £ 148.--
Dieser Betrag ist in Fremdwährung gezahlt worden (Bl. 71 f).

Berechnung:

<u>Zu 1):</u>	=	14.188,55 RM
<u>Zu 2):</u>	=	65,75 RM
	=	14.254,30 RM
Umgestellt lo : 2	=	2.850,86 DM
<u>Zu 3):</u> £ 148.-- (Kurs 11,70)	=	1.731,60 DM
	=	4.582,46 DM
		=====

verpflichtet werden dürfte
Ich schlage vor, dieser Summe zuzusprechen.

Festgestellt:

Willy A. H. b.

(Name u. Dienstbez.)

Nach:

Willy A. H. b.

(Name u. Dienstbez.)

79

31

0805 73-13

Hamburg, den 27. Nov. 1957
Dr.St/Sch

1.) Frau
Alice Warburg
399 Park Avenue
New York, N.Y.

vertreten durch:
Frau
Rechtsanwältin Helga Jönsson
H a m b u r g - A l t o n a
Grosse Bergstr. 249

Sehr geehrte Frau Warburg!

Das Amt bietet Ihnen hiermit an, einen Vergleich zu schliessen über die Schäden, die Ihnen und Ihrem Ehemann seinerzeit durch die verfolgungsbedingte Auswanderung entstanden sind.

Sie haben geltend gemacht:

- 1.) für den Transport des Umzugsgutes RM 14.188,55
- 2.) für Stempelgebühren RM 65,75
- 3.) für die Versicherung engl.£ 148.--
Letzterer Betrag ist in Fremdwährung gezahlt.

Die von Ihnen geltend gemachten Beträge sind nur teilweise nachgewiesen. Das Amt hat sie jedoch als tatsächlich entstanden seiner Entscheidung zugrunde gelegt und bietet Ihnen - Kurs für das engl.£ 11,70 - den Betrag von DM 4.582,46 an.

Diesen Betrag sollen Sie bar erhalten, wenn Sie die anliegend überreichten Vergleichsexemplare unterschrieben zurücksenden.

Hochachtungsvoll



(Dr.Steinmetz)
Referent

4 Anlagen

- 1.) 3 Exemplare des Vergleichs mit Schreiben zu 1) zweifach an Vertreterin absenden.
- 2.) Wvl. nach Eingang.

R 13



Ausgefertigt am	27. 11. 57 Vch.
Abgesandt am	27. NOV. 1957
mit	7 Anlagen

FREIE UND HANSESTADT HAMBURG

SOZIALBEHÖRDE

86

FÜR WIEDERGUTMACHTUNG

ANZEITEN:

TAG U. DONNERSTAG 8-13 UHR

SPRECHER: 34 15 31 } App. 31
ORDENNEITZ: 21 }

Wg. 0805 73-13

(Bei Beantwortung bitte angeben)

Hamburg, den 17. Dez 1957
Dr. St./Sch

In der Entschädigungssache der

Frau Alice Warburg geb. Magnus,
geboren am 8.5.1873 in Leipzig,
wohnhaft: 399, Park Avenue, New York, N.Y., USA
vertreten durch:

Frau Rechtsanwältin Helga Jönsson,
Hamburg-Altona, Grosse Bergstr. 249,

ergeht folgender

B e s c h e i d :

Die Antragstellerin in fortgesetzter Gütergemeinschaft mit ihren Kindern

- 1.) Erich Hermann Max Warburg,
- 2.) Lola Nina Helene Hahn geb. Warburg,
- 3.) Renate Olga Strauss geb. Warburg,
- 4.) Anita Sofie Wolff geb. Warburg,
- 5.) Gisela Maximiliane Wyzanski geb. Warburg,)

erhält die von ihrem verstorbenen Ehemann, Max Moritz Warburg, ent-
richtete Abgabe an die Deutsche Golddiskontbank in Höhe von
RM 470.000.-- mit

DM 94.000.--

(in Worten: Vierundneunzigtausend Deutsche Mark)

ersetzt.

Der Entschädigungsbetrag ist fällig.

Rechtsmittelbelehrung:

Soweit mit diesem Bescheid der Antrag auf Entschädigung abgelehnt
ist, kann innerhalb einer Frist von 6 Monaten nach Zustellung die-
ses Bescheides Klage vor der Entschädigungskammer des Landgerichts
Hamburg erhoben werden.

Der Bescheid wird unanfechtbar, wenn die Antragstellerin nicht
fristgemäss Klage erhebt oder vor Fristablauf auf ihr Klagerecht
verzichtet.

G r ü n d e :

Um die Genehmigung dafür zu erhalten, dass die Auslandswerte der
Firma M.M. Warburg & Co. Hamburg auf die Teilhaber des Bankhauses,
nämlich

Max M. Warburg,
Dr. Fritz M. Warburg,
Dr. Ernst Spiegelberg,
Erich M. Warburg und den
stillen Gesellschafter Siegmund G. Warburg,

übertragen und für sie vor ihrer Auswanderung freigegeben wurden, war die Firma bzw. deren Teilhaber selbst u.a. verpflichtet, den Betrag von RM 1.000.000.-- an die Deutsche Golddiskontbank zugunsten des Exportförderungsfonds zu bezahlen, ohne dafür einen Gegenwert zu erhalten. Diese Sonderabgabe wurde am 16.6.1938 geleistet und ging zu Lasten eines Gemeinschaftskontos, das anlässlich der Arisierung der Firma zu deren Abwicklung diente.

Die Aufteilung der Abgabe auf die einzelnen Gesellschafter erfolgte nach den Abmachungen des Gesellschaftsvertrages. Danach war der Ehemann der Antragstellerin zu 47 % an den Entnahmen, Gewinnen und Verlusten beteiligt. Der von ihm geleistete Anteil der Abgabe betrug 47% von RM 1.000.000.-- = RM 470.000.--.

Die Antragstellerin in fortgesetzter Gütergemeinschaft mit ihren Kindern

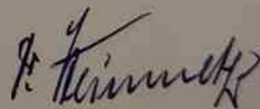
- 1.) Erich Hermann Max Warburg,
- 2.) Lola Nina Helene Hahn geb. Warburg,
- 3.) Renate Olga Strauss geb. Warburg,
- 4.) Anita Sofie Wolff geb. Warburg,
- 5.) Gisela Maximiliane Wyzanski geb. Warburg,

begehrt mit dem hier am 10.7.1954 eingegangenen Wiedergutmachungsantrag hierfür eine Entschädigung.

Der Antrag ist gerechtfertigt.

Die Entschädigungspflicht des Amtes ergibt sich aus § 59 Abs.2 des Bundesentschädigungsgesetzes vom 29.6.1956 (BEG). Der verstorbene Ehemann der Antragstellerin ist aus Verfolgungsgründen ausgewandert.

Nach Umstellung im Verhältnis 10:2 ergibt sich ein Entschädigungsbetrag von DM 94.000.--, der fällig ist.



(Dr. Steinmetz)
Referent

Aktenzeichen: 0805 73-13

Hamburg, den 27. Dez 1957
Dr. St/Sch

89

V e r g l e i c h

Zwischen

der Freien und Hansestadt Hamburg
Sozialbehörde
Amt für Wiedergutmachung
Hamburg 36, Drehbahn 54



einerseits

und

~~Herrn/Frau/Erben~~ Alice Warburg geb. Magnus,
geboren am 8.5.1873 in Leipzig,
wohnhaft in 399, Park Avenue, New York, N.Y.
vertreten durch Frau Rechtsanwältin Helga Jönsson,
Hamburg-Altona, Grosse Bergstr. 249

andererseits

wird folgender Vergleich geschlossen:

Zur Abgeltung aller Ansprüche auf Entschädigung wegen der ihr selbst und
ihrem verstorbenen Ehemann verfolgungsbedingt entstandenen Auswan-
derungskosten

zahlt die Sozialbehörde

~~Herrn/Frau/Erben~~ Alice Warburg ohne Präjudiz auf sonstige
Anspruchsarten als Kapitalentschädigung

1. den Betrag von	4.582,46	DM
2.		DM
3.		DM
	<u>zusammen</u>	<u>4.582,46 DM</u>
- unter Anrechnung bereits geleisteter Zahlungen von	- - -	DM -.
Zur Zahlung verbleiben somit	4.582,46	DM

(in Worten: Viertausendfünfhundertzweiundachtzig 46/100 Deutsche Mark).

Die Zahlung erfolgt in - voller - Höhe von 4.582,46 DM alsbald nach
Vergleichsabschluß in bar.

H. Steinmetz
(Dr. Steinmetz)

(Unterschrift des Referenten)



Alice Warburg
i.V. *Helga Jönsson*

(Unterschrift des Antragstellers)

Helga Jönsson

Rechtsanwältin

Nummern: 42 40 30 u. 42 41 13

Postcheckkonto: Hamburg 886 99

Bankkonto:

Hamburger Kreditbank, Kto. 71 63

Hamburg-Altona, den 2. April 1958
Große Bergstraße 249

K.

An das
Amt für Wiedergutmachung

H a m b u r g 36

D r e h b a h n 54

Betrifft : Wg 0805 73 - 13 -

In der Entschädigungssache

Frau Alice W a r b u r g

in fortgesetzter Gütergemeinschaft mit ihren Kindern wird zu dem Schaden, der dem verstorbenen Ehemann der Antragstellerin, Herrn Max M. Warburg, dadurch entstanden ist, dass die Genehmigungen zur Freigabe der Auslandswerte des Bankhauses M.M. Warburg & Co., an dem er mit 47% beteiligt gewesen ist, von der Zahlung eines Betrages von insgesamt hfl. 889.133.16 abhängig gemacht wurde, folgendes vorgetragen.

Es ist nachgewiesen, dass die Gesellschafter der Firma M.M. Warburg & Co. nur unter der Voraussetzung die Genehmigung erhalten haben, über ihre Auslandswerte frei zu verfügen, dass von ihnen zur Verfügung gestellt wurden

- 1) RM 1.000.000.-- ersatzlos der Deutschen Golddiskontbank, Berlin,
- 2) Gulden im Gegenwerte von RM 1.200.000.-- unter Abrechnung zum offiziellen Kurs.

Das Schreiben des Bankhauses M.M. Warburg & Co. vom 23. März 1938 an das Reichs- und Preussische Wirtschaftsministerium, sowie die Genehmigung des Wirtschaftsministers vom 22. April 1938 sind zur Akte gereicht worden.

Dem Antrage auf Entschädigung wegen der gezahltem Sonderabgabe von insgesamt RM 1.000.000.-- ist bereits stattgegeben worden. Der Anspruch wegen der Ablieferung holländischer Gulden ist noch offen.

Der Ehemann der Antragstellerin hat in Erfüllung der Auflage des Wirtschaftsministeriums zusammen mit den anderen Gesellschaftern des Bankhauses bei der Reichsbankhauptstelle Hamburg eingezahlt

am 9. 6.1938	hfl.	174.317,26	und dagegen erhalten	RM	239.895,27
" 31. 8.1938	"	117.802,97	" " "	"	159.999,85
" 1.11.1938	"	117.750,95	" " "	"	159.999,85
" 2. 1.1939	"	118.011,51	" " "	"	159.999,86
" 1. 3.1939	"	120.873,31	" " "	"	159.999,86
" 12. 5.1939	"	240.377,16	" " "	"	320.951,58
		hfl. 889.133,16	RM 1.200.846,27		
		=====	=====		

Die Abrechnungen der Reichsbankhauptstelle Hamburg sind zur Akte gereicht worden.

Den Gesellschaftern des Bankhauses M.M. Warburg & Co., darunter auch dem verstorbenen Ehemanne der Antragstellerin, ist durch die zwangsweise Ablieferung der Guldenbeträge ein erheblicher Schaden erwachsen, der nicht dadurch abgedeckt ist, dass den Gesellschaftern der Reichsmarkgegenwert zum damaligen offiziellen Kurs zugeflossen ist. Wären die Gesellschafter nicht zur Ablieferung gezwungen worden, so hätten sie auch heute noch den Betrag von hfl. 889.133,16 zur Verfügung. Dabei ist bedeutsam, dass der Gulden nicht wie die Reichsmark abgewertet worden ist, hfl. 889.133,16 stellen heute wie 1938/39 einen erheblichen Wert dar.

Die Antragstellerin beansprucht unter dem Gesichtspunkt, dass es sich bei dem Anspruch um eine echte Geldwertforderung handelt, eine Entschädigung für den abgelieferten Guldenbetrag zum heutigen Kurs unter Anrechnung der gezahlten Reichsmarkbeträge nach Umstellung im Verhältnis 10 : 2.

Bei einem Tageskurs von 110,55 wäre der abgelieferte Betrag von hfl. 889.133,16 zu entschädigen mit DM 982.936,70 dagegen sind anzurechnen erhaltene RM 1.200.846,27 nach Umstellung im Verhältnis 10 : 2.

so dass
verbleiben DM 742.767,45.
=====

Hiervon entfallen auf die Antragstellerin laut Gesellschaftsvertrag vom 12. Oktober 1934 47% gleich DM 349.100,70. Dieser Betrag wird beansprucht.

Für die Antragstellerin

Linssen
Rechtsanwältin

Vles

1) Vermerk: Auf die Vles Bl. 139 in der Akte Dr. Fritz Warburg (120379-13-) wird hingewiesen. Die Bevollmächtigte der Autragstellerin begründet den Entschädigungsauspruch im vorliegenden Schreiben auf dieselbe Weise wie bereits in der Verhandlung am 30. Januar 1958 (a.o.) u.E. sollte die Bevollmächtigte die gestellten Entträge zurück nehmen.

2) R 13

Porath (S13)

20/5.58

FREIE UND HANSESTADT HAMBURG
SOZIALBEHÖRDE

97

FÜR WIEDERGUTMACHTUNG

ZEITEN:
AM U. DONNERSTAG 8-13 UHR
SPECHER: 34 15 31 } App. 27
FENNETZ: 21
0805 73-13
Wg.
Bei Beantwortung bitte angeben

Sprechzeit nur
montags von 7³⁰ - 15⁰⁰ Uhr.
Besucher können an den übrigen
Tagen nicht empfangen werden.

Hamburg, den 24. Juni 1958
Dr. O/Sch

In der Entschädigungssache der

fortgesetzten Gütergemeinschaft
nach dem Bankier Max Moritz Warburg,

bestehend aus:

- 1.) seiner Witwe
Frau Alice Warburg geb. Magnus,
geboren am 8.5.1873 in Leipzig,
wohnhaft: 399, Park Avenue, New York, N.Y.
und ihren Kindern
- 2.) Erich Hermann Max Warburg,
- 3.) Lola Nina Helene Hahn geb. Warburg,
- 4.) Renate Olga Strauss geb. Warburg,
- 5.) Anita Sofie Wolff geb. Warburg,
- 6.) Gisela Maximiliane Wyzanski geb. Warburg,

sämtlich vertreten durch:

Frau Rechtsanwältin Helga Jönsson,
Hamburg-Altona, Gr. Bergstr. 249,

ergeht folgender

B e s c h e i d :

Eine Entschädigung für Vermögensschadens wegen Ablieferung von
holländischen Gulden im Gegenwert von RM 1.200.000.-- wird
abgelehnt.

Rechtsmittelbelehrung:

Soweit mit diesem Bescheid der Antrag auf Entschädigung abgelehnt
ist, kann innerhalb einer Frist von 6 Monaten nach Zustellung die-
ses Bescheides Klage vor der Entschädigungskammer des Landgerichts
Hamburg erhoben werden.

Der Bescheid wird unanfechtbar, wenn die Antragsteller nicht
fristgemäß Klage erheben oder vor Fristablauf auf ihr Klagerecht
verzichten.

G r ü n d e :

Der Erblasser war Mitgesellschafter des Bankhauses Warburg in
Hamburg. Dieses hatte erhebliche Auslandswerte, die im wesent-
lichen in Aktien der Hollandschen Handels- en Crediet Associatie,
Amsterdam ("Alphabet") bestanden. Die letztgenannte Gesellschaft
war wiederum Inhaberin des Bankhauses Warburg & Co. in Amsterdam.

Im Jahre 1938 wurde das Hamburger Bankhaus Warburg arisiert. Wegen
der Arisierung und der bevorstehenden Auswanderung verhandelten

die Gesellschafter des Bankhauses Warburg mit dem Reichswirtschaftsministerium über die Freigabe ihrer Auslandswerte. Das Reichswirtschaftsministerium gab diese Auslandswerte frei gegen eine Deagoabgabe von RM 1.000.000.--. Hierfür hat die Antragstellerin bereits eine anteilige Entschädigung durch Bescheid vom 17.12.1957 erhalten. Ferner wurde den Gesellschaftern auferlegt, hfl. im Gegenwert von RM 1.200.000.-- zum Tageskurs an die Reichsbank zu verkaufen. Die Zahlungen erfolgten folgendermaßen:

am 9. 6.1938	hfl. 174.317,26	und dagegen erhalten	RM 239.895,27
" 31. 8.1938	" 117.802,97	" " "	" 159.999,85
" 1.11.1938	" 117.750,95	" " "	" 159.999,85
" 2. 1.1939	" 118.011,51	" " "	" 159.999,86
" 1. 3.1939	" 120.873,31	" " "	" 159.999,86
" 12. 5.1939	" 240.377,16	" " "	" 320.951,58
	<u>hfl. 889.133,16</u>		<u>RM 1.200.846,27</u>

Die Antragsteller begehren jetzt anteilig Entschädigung für die Zahlung der hfl an die Reichsbank. Sie tragen hierzu vor, bei einem Tageskurs von 110,55 wäre der abgelieferte Betrag von hfl 889,133,16 zu entschädigen mit DM 982.936,70

Dagegen seien anzurechnen erhaltene

DM 1.200.846,27 nach Umstellung

im Verhältnis 10:2 = DM 240.169,25

verbleiben DM 742.767,45

Hievon entfielen auf die Antragsteller 47% (Beteiligung des Bankiers Max Moritz Warburg) = DM 349.100,70.

Der Antrag auf Entschädigung für Vermögensschäden musste zurückgewiesen werden, da die Voraussetzungen des § 56 des Bundesentschädigungsgesetzes vom 29.6.1956 (BEG), die hier einzig in Betracht kommen, nicht vorliegen, weil der Rechtsvorgänger der Antragsteller, Max Moritz Warburg, derzeit den Gegenwert der abgelieferten hfl zum Tageskurs erhalten hat.

Die Antragsteller können keine Entschädigung dafür beanspruchen, dass der Reichsmark-Gegenwert im Ausland minderbewertet wurde, denn diese Minderbewertung der Reichsmark im Ausland beruht auf einem ausserhalb der Verfolgung liegenden Geschehen und ist aus diesem Grunde nicht zu entschädigen (vgl. BGH im Urteil vom 27.2.1957 - RZW 1957 Seite 147).

Da schon aus vorstehenden Gründen keine Entschädigung zu gewähren ist, braucht hier nicht geprüft zu werden, ob der Entschädigungsanspruch auch auf Grund des § 9 Abs. 5 BEG entfällt. Das wäre der Fall, wenn die abgelieferten Devisen später ohnehin auf Grund der allgemeinen Devisengesetze abzuliefern gewesen wären.

L. Oldero
(Dr. Oldero)
Referent

V.R.

(109)

1203 79 -13-

0805 73 -13-

An das
Wiedergutmachungsamt beim
Landgericht Hamburg

H a m b u r g

Betr.: Wiedergutmachungssache Dr. Fritz Moritz Warburg,
geboren am 12.3.1879 in Hamburg und
Erbengemeinschaft nach Max Moritz Warburg, geb. am
5.6.1867 in Hamburg, verst. am 26.12.46 i. New York

In o.a. Wiedergutmachungssache wird um Übersendung der
Rückerstattungsakten gebeten, in denen der Anspruch der
früheren Inhaber der Firma M.M. Warburg & Co.
gegen die Firma Brinckmann, Wirtz & Co.
verhandelt worden ist.

Die Inhaber der Firma M.M. Warburg & Co. waren :

Dr. Fritz Moritz Warburg ,
Max Moritz Warburg ,
Erich Warburg ,
Dr. Ernst Spiegelberg ,
Siegfried G. Warburg .

Das Aktenzeichen soll Z 137 oder Z 138 Unterakte 5 sein.

Um baldige Übersendung wird gebeten.

Ausgefertigt am	18.3.55
Abgegeben am	18.3.57
mit	Anlagen

I.A.

(Wittig)
Sachbearbeiter

Aktenzeichen: Wg. 0805 73-13
Alice Warburg

113
Hamburg, den 5. Jan. 1960
Dr. L/Sch

An L 6

S. Klageschrift Bl. 11

Antragsteller und Verfolgte:

- 1.) Max Moritz Warburg, geb. 5.6.1867 in Hamburg,
gestorben 26.12.1946 in New York, USA,
- 2.) Alice Warburg geb. Magnus, geb. am 8.5.1873 in Leipzig,
wohnhaft: New York, 399 Park Avenue.

zu 2) Antragstellerin aus eigenem Recht (Bl. 11 140) und als
testamentarische Alleinerbin nach dem Recht des Staates
New York (Testamentsvollstreckung ist angeordnet) nach
ihrem Ehemann Max Warburg (E 4278).

Prozessbevollmächtigte Bl. 17, 19: RA Helga Jönsson,
Hamburg-Altona, Gr. Bergstr. 249.

Betr.: verschiedene Entschädigungsansprüche,
hier: Zahlung einer Sonderabgabe in Höhe von
hfl. 889.133,16 = RM 1.200.000.--.

Verfolgungs- und Schadenssachverhalt: Bl. 95.

Ablehnender Bescheid vom 4.6.1958 (Bl. 97).

Klageschrift: Klageband Bl. K 2.

Aus der Parallelsache 1203 79-13 - Dr. Fritz Warburg - ergibt
sich, dass die Wiedergutmachungskammer eine vergleichsweise
Regelung dieser Sachen angeregt hat.

Bezüglich der rechtlichen Beurteilung des hier geltend ge-
machten Anspruchs wegen Schadens durch Zahlung einer Sonder-
abgabe wird auf die Vorlage in der Sache 1203 79-13 verwie-
sen. Eine abweichende Klagesumme ergibt sich daraus, dass
der Erblasser als ehemaliger Seniorchef der Firma M.M. Warburg
& Co. an dem Gesellschaftsvermögen mit einer höheren Quote,
nämlich 47 % beteiligt gewesen ist. Der Hauptantrag hat daher
47 % von DM 742.767,45 = DM 349.100,70 zum Gegenstand.
Der Hilfsantrag betrifft 47 % von RM 1.080.000.-- = 507.600.--
= DM 101.520.--.

Wenn man die letztere Summe zugrunde legt, so ist noch die
durch § 60 (2) BEG bedingte Minderung des Entschädigungsbe-
trages zu berücksichtigen, wie in der Parallelsache dargelegt
ist. Dieser Abzug kann mangels ausreichender Unterlagen nur
geschätzt werden. Ich würde vorschlagen, diese Schadenssache
im Vergleichswege durch Zahlung einer Summe von DM 55.000.--
zu Ende zu bringen.

Einer Erörterung bedarf in formeller Hinsicht noch die
Aktivlegitimation der Antragstellerin.

Der Bescheid vom 4.6.1958 ist für die "fortgesetzte Güter-
gemeinschaft nach dem Bankier Max Moritz Warburg, bestehend aus:

- 1.) seiner Witwe
Frau Alice Warburg geb. Magnus,
geboren am 8.5.1873 in Leipzig,
wohnhaft: 399, Park Avenue, New York, N.Y.

und ihren Kindern

- 2.) Erich Hermann Max Warburg,
- 3.) Lola Nina Helene Hahn geb. Warburg,
- 4.) Renate Olga Strauss geb. Warburg,
- 5.) Anita Sofie Wolff geb. Warburg,
- 6.) Gisela Maximiliane Wyzanski geb. Warburg,"

ergangen. Das entspricht dem Rubrum des Bescheides vom 17.12.1957 (Bl.86) betr. Degoabgabe und des Bescheides vom 12.11.1956 (Bl. 39) betr. Reichsfluchtsteuer. Degoabgabe und Reichsfluchtsteuer sind also an die Antragstellerin in ihrer Eigenschaft als Haupt der mit den gemeinschaftlichen Abkömmlingen fortgesetzten Gütergemeinschaft des alten hamburgischen Rechts ausgezahlt worden. Diese rechtliche Beurteilung beruht auf dem Vermerk Bl. 31 R. d.A., in dem zum Ausdruck gebracht ist, dass die Gütergemeinschaft durch das einseitige Testament des Ehemannes Max Warburg nicht aufgehoben werden konnte (s. Anlage 7/8).

Ich halte diese Rechtsbeurteilung nicht für richtig. Nach der Sterbeurkunde Anl. 6 war der am 26.12.1946 in New York gestorbene Erblasser zurzeit des Todes in den USA staatsangehörig. Nach dem in Art. 25/26 § 65 BGB enthaltenen Grundsatz wurde er also nach dem Recht des Staates New York beerbt. Selbst wenn man annimmt, dass das in Deutschland begründete Güterrecht der Eheleute Warburg nach Erlangung der amerikanischen Staatsangehörigkeit weiterbestanden hat - vgl. den in Art.15 § 6 BGB verankerten Grundsatz der Unwandelbarkeit des Güterrechts -, so kann doch keinesfalls angenommen werden, dass die Vorschriften über die Fortsetzung der Gütergemeinschaft nach amerikanischem Recht ihre Gültigkeit behalten haben. Das würde eine Rückverweisung auf das Heimatrecht voraussetzen, die nach amerikanischem Recht bez. des beweglichen Nachlasses nicht stattfindet. Es kann daher m.E. keinem Zweifel unterliegen, dass der Ehemann Max Warburg von seiner Ehefrau, der Antragstellerin, aufgrund des Testaments vom 5.10.1946 als Alleinerbe beerbt worden ist und dass der Nachlass einer Testamentsvollstreckung nach dem Recht des Staates New York untersteht (vgl. Zeugnis vom 15.6.1954, Anl.8).

Zweifel können bestehen hinsichtlich der Frage, ob nach amerikanischem Recht das Gesamthandsvermögen als solches oder nur die dem Erblasser zustehende Hälfte des Gesamtguts zum Nachlass gehören. Diese Frage kann ohne genaue Kenntnis des Rechtes des Staates New York nicht beantwortet werden (vgl. bez. des Rechts des Staates California: Erlanger, RzW 6/58, S. 206). Praktische Bedeutung dürfte diese Frage nicht haben, da beide Güter in der Hand der Antragstellerin vereinigt sind.

Das in dem Bescheid vom 4.6.1958 (Bl.97) gewählte Rubrum ist unter diesen Umständen nicht richtig, ~~denn~~ mindestens hätte zum Ausdruck gebracht werden müssen, dass die Antragstellerin die Entschädigung zur Hälfte aus eigenem Recht geltend gemacht hat. Die andere Hälfte stand ihr nicht als Haupt einer fortgesetzten Gütergemeinschaft, sondern aufgrund ihres Erbrechts zu. Insoweit hätte die Anordnung einer Testamentsverwaltung vermerkt werden müssen.

115

Bei dieser Rechtslage schlage ich vor, die Antragstellerin vor Abschluss eines Vergleichs zur Vorlage einer Erbeslegitimation nach § 184 BEG, § 2369 BGB aufzufordern und die Auszahlung erst nach Vorlage derselben vorzunehmen.

Dr. Lenz

(Dr. Lenz)

sich
n, Witv

k M. V
rburg
und

ar 1941

vom 5

urg vom
W 17 -

& Co. v

en Relig

arisieru

om 23. Ma

s Wirtsc

bank uel

blieferu

th & Co.

Helga Jönsson

Rechtsanwältin

Telefonnummern: 42 40 30 u. 42 41 13

Postcheckkonto: Hamburg 886 99

Bankkonten:

Dresdner Bank A.G., Konto 71 63

Brückmann Wirtz & Co.

Hamburg-Altona,

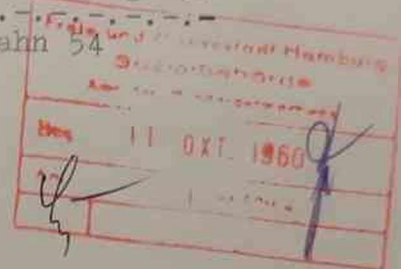
Große Bergstraße 249

den 10. Oktober 1960

An das
Amt für Wiedergutmachung

H a m b u r g 36

Drehbahn 54



Bitte: von LG zur weiteren Bearbeitung

Magus

A. Warburg 11. 10. 60.

Betr.: Wg 0805 8 73 -13-

In der Entschädigungssache

- 1) Max M. Warburg
- 2) Frau Alice Warburg
geb. Magus

wird in Beantwortung des dortigen Schreibens vom 6. Mai 1960 auf die Stellungnahme der Unterzeichnenden in der Parallelsache Dr. Fritz M. Warburg - Wg 1203 79 -13- vom heutigen Tage verwiesen. Unter Zugrundelegung dieser Ausführungen wird der Vergleichsvorschlag mit DM 76.140.-- beziffert. Das entspricht einem Abschlage von 25% gleich DM 25.380.-- von DM 101.520.--.

Bezüglich der Aktivlegitimation entspricht die dortige Stellungnahme den gestellten Anträgen, bei denen gleichfalls davon ausgegangen worden war, dass die Ansprache Frau Alice Warburg zu 1/2 aus eigenem Recht und zu 1/2 als Erbin nach Max M. Warburg zustehen. Mit Rücksicht darauf, dass die bisher ausgezahlten Beträge ohnehin Frau Alice Warburg allein zugeflossen sind - alle Beträge sind mit Zustimmung der 5 Kinder und des Testamentsvollstreckers Herrn Eric M. Warburg auf das Konto der Frau Warburg überwiesen worden - und mit Rücksicht auf das Alter und den Gesundheitszustand der Frau Warburg, für die die Stellung eines Erbscheinsantrages beschwerlich wäre, wird gebeten, von der Beibringung des Erbscheines abzusehen. Der Erbschein würde an den tatsächlichen

Verhältnissen nichts ändern. Gegebenenfalls können entsprechende Erklärungen der 5 Kinder, dass sämtliche Ansprüche Frau Alice Warburg zustehen, beigebracht werden.

D.

Simon
Rechtsanwältin

Hasanenstraße 87, Zimmer
Fernruf 31 08 91, Apparat 269

Nr.: 61 969

~~Herrn-Regierungspräsidenten~~
~~Entschädigungsbehörde~~
Freie u. Hansestadt Hamburg
Amt für Wiedergutmachung
Arbeits-u. Sozialbehörde
2 Hamburg 36, Drehbahn 54

Landesamt für Wiedergutmachung
und verwaltete Vermögen,
Rheinland-Pfalz - Abt. IV -
65 Mainz
Alleeplatz 4

Elga Jönsson
Jönssonwörlin
Telefon: 38 40 30 u. 38 41 13
Telefax: Hamburg 886 99
Bankkonten:
Bank AG., Konto 71 63
Bank Wirtz & Co.
Tele-Nr. 45 486

Hamburg-Altona, den 24.7.1967
Große Bergstraße 249

144

An das
Amt für Wiedergutmachung
H a m b u r g 36

Drehbahn 54

Freie u. Hansestadt Hamburg
Arbeits- und Sozialbehörde
Amt für Wiedergutmachung

25. JULI 1967

Ad.				

Betrifft : WG 4 - 0805 73/13

h 47) + 67

In der Entschädigungssache
Alice Warburg
wird der Anspruch wegen eines erlittenen Steuerschadens
zurückgenommen.

Hochachtungsvoll
Fincken

Aus dem folgenden ergibt sich, daß ich mit gleich-
zeitig mitteilen, ob bei weiteren Bescheiden eine nochmalige
Rückfrage erforderlich ist, nicht ausdrücklich von
Ihnen verlangt wird, gehe ich davon aus, daß der Übergang von
Rückerstattungsansprüchen gemäß § 25 BRUG nicht in Betracht
kommt.

Im Auftrag

Mertens
(Mertens)

der Vermögens- und Bauverwaltung
der Oberfinanzdirektion Berlin

Gesch.-Z.: V 7214 VV 6030

Erf.-Nr.: 61 969

Berlin 12. 9. November 1967 145
Postfach

Fasanenstraße 87, Zimmer 63
Fernruf 51 08 94, Apparat 269

~~Herrn Regierungspräsidenten~~
~~==Entschädigungsbehörde==~~
Freie u. Hansestadt Hamburg
Amt für Wiedergutmachung
Arbeits-u. Sozialbehörde

2 Hamburg 36, Drehbahn 54

Landesamt für Wiedergutmachung
und verwaltete Vermögen,
Rheinland-Pfalz - Abt. IV -
65 Mainz
Alte Platz 4

Betrifft: Erfüllungsverfahren wegen Entziehung
von Umzugsgut

in Paris 13/11.67

Bezug: Erlaß des Herrn Bundesministers der Finanzen
vom 2. Juli 1957 V B/4 - O 1480 - 197/57 -

Berechtigter:
(Antragsteller)

geb. am:

Warburg, Anita

25.12.1908

kein Vorgang.

43.11.67

32-

Geschädigter:
(Verfolgter)

geb. am:

wie vor

Reg.-Nr.: Wg. 0805 73

Reise Harburg, geb. Harburg
Wg. 0805 73 32-

~~Laut Angabe der BZK~~ / laut Angabe d. Berechtigten.
Anfrage durch Sie bei der BZK ist nicht erforderlich.

13/11.67

Für den d. obengenannten Berechtigten zu erteilenden Bescheid
bitte ich um Erklärung, ob Sie den Übergang rückerstattungs-
rechtlicher Ansprüche gemäß § 25 BRÜG geltend machen.

Aus Gründen der Arbeits- und Zeitersparnis bitte ich, mir gleich-
zeitig mitzuteilen, ob bei weiteren Bescheiden eine nochmalige
Rückfrage erforderlich ist. Falls dies nicht ausdrücklich von
Ihnen verlangt wird, gehe ich davon aus, daß der Übergang von
Rückerstattungsansprüchen gemäß § 25 BRÜG nicht in Betracht
kommt.

Im Auftrag

Mertens

ANLAGE
Verzeichnis der als Anl.

Anlage 2 Rueckerstattungsansprueche

Anlage 3 Geburtsurkunde von Max M. Warburg

Anlage 4 Heiratsurkunde der Eheleute Warburg, aus der
sowie das Geburtsdatum der Antragstellerin
Alice geb. Magnus, ergibt.

REIHE UND HANSESTADT HAMBURG
ARBEITS- UND SOZIALBEHÖRDE
VfG.

WG 4 - 0805 73/13

2000

den 27.11.67 Wil/Sei
1245

An Sondervermögens- u. Bauverwaltung
bei der Oberfinanzdirektion
Berlin

1000 Berlin 12
Fasanenstr. 87

Wiedergutmachungssache

Betr.: Erfüllungsverfahren wegen Entziehung von Umzugsgut in Paris
(Anita Warburg, geb. 25.12.1908)

Bezug: Ihr Schreiben vom 9.11.67 - Gz.: V 7214 V V 6030
Dortiges Schreiben vom 11.11.67

Anliegend wird

Auf den in Ihrem obigen Schreiben genannten Anspruch ist eine
Entschädigung vom hiesigen Amt nicht gewährt worden, so daß ein
Ubergang gem. § 25 BRUG nicht erfolgt ist.

Eine nochmalige Rückfrage bei weiteren Bescheiden ist nicht
erforderlich.

Im Auftrage:

27.11.67 Sei

28.11.67

(Neddermeyer)
Wiss. Angestellte

Vvl.

Anlage 22)
Anlage 23)

Rechnungen des Spediteurs Keim Krauth
13. Mai 1939 und 25. April 1939

BU 40

28/12/64

S) RAT

1. JAN. 1968
L. S. J.

W. 3 Mann
10.11.65

W. 3 Mann
(K. S. J.)

IM VERGLEICH:

Prüfung.

Die Ordnung und Zählung der 0-2

Gruppe mit einem

Werk: Eine 0 Mann

L. S. J.

29. NOV. 1967

W. 3 Mann
K. S. J.

10.11.65

10.11.65

10.11.65

ANZA
Verzeichnis der als Anl.

- Anlage 2 Rueckerstattungsansprueche
- Anlage 3 Geburtsurkunde von Max M. Warburg
- Anlage 4 Heiratsurkunde der Eheleute Warburg, aus der sich zugleich das Geburtsdatum der Antragstellerin, Witwe Max M. Warburg, Alice geb. Magnus, ergibt.
- Anlage 5 Abmeldeschein der Eheleute Warburg
- Anlage 6 Sterbeurkunde von Max M. Warburg
- Anlage 7 Beglaubigte Abschrift des Testamentes von Max M. Warburg
- Anlage 8 Testamentsvollstreckerzeugnis von Eric M. Warburg
- Anlage 9 Betr: Guetergemeinschaft der Eheleute Max M. und Alice Warburg
- Anlage 10 Betr: Reichsfluchtsteuer
- Anlage 10 a) Reichsfluchtsteuerbescheid vom 25. Februar 1941
- Anlage 11 Betr: Judenvermoegensabgabe
- Anlage 11 a) b) c) d) Judenvermoegensabgabebescheide
- Anlage 11 e) Bestaetigung von Brinckmann, Wirtz & Co. vom 5.5.1951 betr: Sonderabgaben
- Anlage 12 Betr: Vermoegensverfall
- Anlage 13 Bescheid des Oberfinanzpraesidenten Hamburg vom 17. Dezember 1943 - Aktenzeichen O 5210 - W 17 - V 1 betr: Vermoegensverfall
- Anlage 14 Bestaetigung der Firma Brinckmann, Wirtz & Co. vom 5. Mai 1954 betr: Confiscation
- Anlage 15 Betr: Auswandererabgabe an den Juedischen Religionsverband
- Anlage 16 Betr: Schaden im Zusammenhang mit der Arisierung des Bankhauses M.M. Warburg & Co.
- Anlage 17 Antrag an das Wirtschaftsministerium vom 23. Maerz 1938
- Anlage 18 Beglaubigte Abschrift des Bescheids des Wirtschaftsministers vom 22. April 1938
- Anlage 19 Bestaetigung der Deutschen Golddiskontbank ueber den Empfang der RM 1,000,000.--
- Anlage 20 a) - f) einschliesslich Belege betr: Ablieferung von Gulden an die Reichsbank
- Anlage 21 Betr: Umzugskosten
- Anlage 22) Rechnungen des Spediteurs Keim Krauth & Co. vom
- Anlage 23) 13. Mai 1939 und 25. April 1939

Brinckmann
BL 40
Gel. 22/12/64

Aufstellung über

(zu V 2 der Entschädigungsgesetze)
Antragstellung gemachte (nicht) eingetragene Ansprüche
Antragstellung gemachte (nicht) eingetragene Ansprüche

- 3) Rückerstattungsanspruch betr. die zur teilweisen Begleichung der
Anlage der Judenvermögensabgabe zu Gunsten des Reichsfinanzmi-
nisteriums am 22.8.1939 an die Preussische Staatsbank (Seehand-
lung), Berlin, in Zahlung gegebenen

RM 112.800.-- Mannesmann-Werke AG Aktien

(siehe auch die Ausführungen der Anlage 11(3) und 11a)).

Eine Wiedergutmachungsanmeldung (MGAF/C) wurde beim Zentralamt
für Vermögensverwaltung, Bad Nenndorf, am 27.12.1948 vorgenommen
und von diesem unter dem Akt.Z. K/3396 am 22.2.1949 bestätigt.
Das Wiedergutmachungsamt beim Landgericht Hamburg, an welches
die Anmeldung weitergeleitet wurde, hat durch Beschluss vom
21.2.1952 Akt.Z. Z.VI/2 2717-4- die Schadensersatzpflicht des
Deutschen Reiches (vertreten durch die Oberfinanzdirektion Hamburg)
festgestellt und die Höhe des Schadens am Tage der Entziehung auf
RM 116.575,80 beziffert.

Der Beschluss ist rechtskräftig geworden. Eine Wiedergutmachungs-
leistung ist bisher nicht erfolgt.

Im Hinblick auf die seinerzeit offene Zuständigkeitsfrage wurde
der Anspruch vorsorglich ausserdem in Berlin, und zwar am 18.11.48
beim Treuhänder der Amerikanischen, Britischen und Französischen
Militärregierung für zwangsübertragene Vermögen angemeldet, der
die Anmeldung am 5.1.1950 unter der Reg.Nr. C/439/W bestätigte.
Die Wiedergutmachungsämter von Berlin, an welche die Anmeldung
weitergeleitet wurden, erliessen über den Anspruch am 29.9.1951
unter dem Akt.Z. 6 WGA 201/50 Reg.Nr. C/439/W Journ.Nr.AL 11.938/50
ebenfalls einen Beschluss, in welchem den Antragstellern jedoch
nur das Recht auf Geldtendmachung von Ansprüchen nach dem Wertpa-
pierbereinigungsgesetz zuerkannt wurde.

Eine nach § 60 Abs.3 dieses Gesetzes der Rheinisch-Westfälischen
Bank, Düsseldorf, als Prüfstelle am 19.9.1951 eingereichte und
unter dem Akt.Z. Mann 12123 registrierte Rückerstattungsanmeldung
wurde durch Beschluss des Landgerichts Düsseldorf-Kammer für Wert-
papierbereinigung- vom 17.3.1954 Akt.Z. 12 a KWPr 1398-12 f - abge-
lehnt, weil der Nachweis darüber, dass der Entzieher ununterbrochen
vom 1.1.1945 bis zum 1.10.1949 Eigentümer der Stücke gewesen ist,
nicht geführt werden konnte.

Rückerstattungsanspruch betr. die zur teilweisen Begleichung der
Anlage der Judenvermögensabgabe am 30.3.1940 an den Jüdischen Religionsverband
e.V. Hamburg im Annahmewert von RM 39.132,50 in Zahlung gegebenen

RM 40.000.-- 4 1/2% Deutsche Reichsschatzanweisungen v.1938 II.

Der Anspruch wurde nur beim Zentralamt, und zwar in gleicher Weise,
wie der unter 3) aufgeführte, angemeldet.

Nachdem der Rückerstattungsanspruch auf Grund einer gegen eine
Zurückweisung eingelegten Beschwerde an das Landgericht Hamburg
zurückverwiesen wurde, ist der Anspruch im Rückerstattungsver-
fahren noch in der Schwebe. Das Aktenzeichen des Hanseatischen
Oberlandesgerichts ist 5 WiS 238/52, das Akt.Z. des Landgerichts
Hamburg 2 WiK 26/53. (Siehe auch die Ausführungen der Anlage 15(2)).

- 5) Rückerstattungsanspruch betr. auf Grund der 11. Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 25.11.1941 eingezogene Wertpapiere, die im Einzelnen aus der Anlage 14(3) zu ersehen sind.

Rückerstattungsansprüche wurden in gleicher Weise, wie unter 3) aufgeführt, beim Zentralamt und in Berlin angemeldet. Hinsichtlich der Einziehung der Reichsschatzanweisungen wurde durch Beschluss des Wiedergutmachungsamtes Hamburg vom 21.8.1952 Akt.Z. VI/Z 2717-4- die Schadensersatzpflicht gem. Art. 26 Abs. 2 REG des Entziehers festgestellt. Auf den in dieser Schadensfeststellung enthaltenen Anspruch aus der Einziehung der nom. RM 128.000.-- 3 1/2% Dt. Reichsschatzanweisungen von 1941 V. Folge wird jedoch voraussichtlich zu verzichten sein, sofern nämlich der zur Zeit noch beim Landgericht Hamburg schwebende Rückerstattungsanspruch gemäss nachstehender Ziff. 6) anerkannt werden wird. Der eingezogene Schatzanweisungsposten ist nämlich mit den im Zwangsumtausch gegen die Mannesmannaktien erhaltenen nom. RM 128.000.-- Schatzanweisungen identisch. - Insoweit kann also auch der obige, bereits anerkannte Rückerstattungsanspruch noch als schwebend gelten.

Hinsichtlich der restlichen eingezogenen Wertpapiere wurde in dem selben Beschluss des Wiedergutmachungsamtes Hamburg vom 21.8.52 den Antragstellern lediglich das Recht zur Geltendmachung von Ansprüchen nach dem Wertpapierbereinigungsgesetz abgetreten, von dem jedoch im Hinblick auf die Wertlosigkeit bzw. Aussichtslosigkeit kein Gebrauch gemacht worden ist.

Eine Wiedergutmachungsleistung ist bisher nicht erfolgt.

- 6) Rückerstattungsanspruch betr. RM 85.800.-- Mannesmannröhrenwerke AG Aktien, die zum Zwangsumtausch in nom. RM 128.000.-- 3 1/2% Reichsschatzanweisungen von 1941 V. Folge an die Deutsche Reichsbank, Wertpapierabteilung, Berlin, eingesandt werden mussten.

Der Anspruch wurde in gleicher Weisem wie der unter 3) aufgeführte, beim Zentralamt und auch in Berlin angemeldet.

Das beim Landgericht Hamburg unter dem Akt.Z. 2 WiX 492/52-VI/Z 2717-2- anhängige Rückerstattungsverfahren ist noch in der Schwebe.

Der in Berlin angemeldete Anspruch wurde durch Beschluss der Wiedergutmachungsämter von Berlin vom 29.1.1953 Akt.Z. 62/WGA 203/50 Reg.Nr. G/439/W Journ.Nr. A.L. 11.941/40 als nicht unter den auf Westberlin beschränkten Geltungsbereich der REAO fallend, zurückgewiesen.

Eine nach § 60 Abs. 3 des Wertpapierbereinigungsgesetzes bei der Rheinisch-Westfälischen Bank, Düsseldorf, als Prüfstelle am 19.9.1951 eingereichte und unter dem Akz.Z. Mann 12122 registrierte Rückerstattungsanmeldung wurde durch zwei Beschlüsse des Landgerichts Düsseldorf-Kammer für Wertpapierbereinigung vom 21.10.1952 Akt.Z. 12 a KWpR 1397 f bzw. vom 17.3.1954 Akt.Z. 12 a KWpR 1397 - 12f - 12f KWpR 21 - abgelehnt, weil ein Teil der Wertpapiere inzwischen mit Lieferbarkeitsbescheinigungen versehen worden war, bzw. weil für den Rest der Nachweis nicht geführt werden konnte, dass der Eigentümer ununterbrochen vom 1.1.1945 bis zum 1.10.1949 Eigentümer der Stücke gewesen ist.

- 7) Rückerstattungsanspruch betr. auf Grund der 3. Anordnung zur Verordnung über den Einsatz jüdischen Vermögens vom 21.2.39 abgelieferte Gold- und Silbersachen.

Der Anspruch wurde nur beim Zentralamt, Bad Nenndorf, und zwar in gleicher Weise, wie der unter 3) aufgeführte, angemeldet.

Das Wiedergutmachungsamt beim Landgericht Hamburg hat durch Beschluss vom 23.6.1952 Akt. Z. VI/Z 2717-1- und VI/Z 138-9- die Schadensersatzpflicht gem. Art. 26 REG festgestellt und die Höhe des Schadens am Tage der Entziehung mit RM 2.130,-- beziffert.

Der Beschluss ist rechtskräftig geworden. Eine Wiedergutmachungsleistung ist bisher nicht erfolgt.

26.5.1954/Braem

Geboren am:

5. Juni 1867

Ort der Geburt:

Lützen, Rotherbaum

Vater:

Moritz Harbiny

geboren in

Lützen, 29 Jahre alt

Heimatsberechtigung Staatsangehörigkeit:

hieriger Bürger

Wohnort:

Grindelhof Nr. 12

Gewerbe:

Bauherr

Mutter:

Charlotte Erber geborene Lippert

geboren in

Frankfurt a. M.

Heimatsberechtigung Staatsangehörigkeit:

Ort und Tag der Erteilung der Urkunde

Frankfurt a. M. 26. Juni 1954

Die Übersetzung dieser Urkunde mit den Originaldokumenten wird nachher nachgeliefert.

Hamburg, den

24. März 1954

Staatsekretär
Deutsches Reich



Auszug

aus den von 1866 bis 1875 einschl. geführten

Zivilstandsregistern*

Geburtsregister

Name des Kindes:

Max Moritz Warburg

Geboren am:

5. Juni 1867

Ort der Geburt:

Regie Rotherbaum

Vater:

Moritz Warburg

geboren:

in Hamburg, 29 Jahre alt

Heimatberechtigung Staatsangehörigkeit:

hieriger Bürger

Wohnort:

Grindelhof Nr. 1a

Gewerbe:

Bankier

Mutter:

Charlotte Esther geborene Oppenheim

geboren:

in Frankfurt a. M.

Heimatberechtigung Staatsangehörigkeit:

Ort und Tag der Trauung der Eltern:

Frankfurt a. M. d. 8. Juni 1864

Die Übereinstimmung dieses Auszuges mit den Originalregistern wird hierdurch amtlich beglaubigt.

Hamburg, den

24. März 1894

Staatsarchiv Hamburg
Personenfundliche Abteilung

*F. A.
Otto*

Regierungsinspektor



* In den in Hamburg von 1866 bis 1875 geführten Zivilstandsregistern sind Konfessionsangaben nicht enthalten.

Heiratsurkunde

(Standesamt I Altona jetzt Hamburg-Altona Nr. 131/99.)

Der Bankier Max Moritz Warburg,

mosaisch

, wohnhaft in Hamburg

geboren am 5. Juni 1867 in Hamburg

(Standesamt Nr.), und

die Alice Magnus, ohne Gewerbe, mosaisch

, wohnhaft in Altona

geboren am 8. Mai 1873 in Leipzig

(Standesamt Nr.),

haben am 28. Februar 1899 vor dem Standesamt

I Altona

die Ehe geschlossen.

Vater des Mannes: Moritz Warburg.

Mutter des Mannes: Charlotte Esther geborene
Oppenheim,

Vater der Frau: Hermann Magnus,

Mutter der Frau: Charlotte geborene Schorstein.

Vermerke:

Standesamt Hamburg
SchlossensurkundeDM 1,00
G 98589

Hamburg, den 7. Mai 1954

Der Standesbeamte

In Vertretung: *[Signature]*

Eheschließung der Ehe

des Mannes am

(Standesamt

Nr.)

der Frau am

(Standesamt

Nr.) st

Prüfen Sie nicht, ob in den
Handen des Herrn
Fotokopie
ist, sondern ob die Handen
nachdem sie die Handen
nachdem sie die Handen
nachdem sie die Handen
nachdem sie die Handen

Abmeldung

bei der polizeilichen Meldekarte

Der polizeiliche Beamte

26 Polizeirevier

2 APR 1946

Hamburg

Am 31. März

1946

Hamburg (U.S.A.)

Hamburg

Hamburg 36

52, William Street

Hamburg

Neue Rabenstraße

Hamburg

Hamburg

Hamburg

Hamburg

Hamburg

Hamburg

Nr.	Familienname bei Geburt und Heirat und eventuelle Name aus der letzten Ehe	Vorname (Männliche, weibliche, unterschiedlich)	Geburts- datum (Geburts- ort)	Beruf (Ingenieur, Kaufmann, etc.) oder sonstiger Arbeitsort	Geburts- datum (Geburts- ort)	Geburts- datum (Geburts- ort)	Geburts- datum (Geburts- ort)	Geburts- datum (Geburts- ort)	Geburts- datum (Geburts- ort)
1.	Werbung	Von M. Israel	verh.	früher Sank- tion	5.6.1947	Hamburg	deutsche	Mon.	---
2.	Werbung geb. Wagners	Alice Sam	verh.	Heimfrau	8.5.1873	Leipzig	deutsche	Mon.	---

30: Meldekarte

Hamburg

Die Meldekarte des ständigen Wohnortes

1. Ständige- und Meldekarte
2. Meldekarte
3. Meldekarte
4. Meldekarte
5. Meldekarte

Hamburg

Hamburg

Hamburg

1. April

1946

Vermerk :

Die Übereinstimmung dieser Fotokopie
mit der in unseren Akten befindlichen
Kopie wird hiermit bestätigt

20. Mai 1954

BRACKMANN, WIRTZ & CO

CITY OF NEW YORK
DEPARTMENT OF HEALTH
BUREAU OF RECORDS AND STATISTICS

JUN 28 1954

Borough of **MANHATTAN**, New York, N. Y.

Below is a photostatic copy of a certificate on file in the Bureau of Records and Statistics of the Department of Health of the City of New York.

BUREAU OF RECORDS DEPARTMENT OF HEALTH Borough of MANHATTAN		Certificate of Death		Certificate No. 27539
FILED				
346 DEC 27 PM 10 53				
1. NAME OF DECEASED		Social Security Number		
(Print or Type name)				
First Name		Middle Name	Last Name	
MAX		MORITZ	WARBURG	NONE
PERSONAL PARTICULARS (To be filled in by Funeral Director)				
2 USUAL RESIDENCE: (a) State New York				
(b) Co. New York (c) Post Office and Zone				
(d) No. 300 Park Avenue Ave. St.				
(e) Length of residence or stay in City of New York immediately prior to death 8 years				
3 SINGLE, MARRIED, WIDOWED, OR DIVORCED (write the word) Married				
4 WIFE of Alice				
5 DATE OF BIRTH OF DECEDENT (Month) (Day) (Year) June 5 1867				
6 AGE 79 yrs. mos. days hrs. or min. If LESS than 1 day,				
7 Occupation Banker				
8 BIRTHPLACE OF DECEDENT: (a) State Germany				
(b) County (c) City, Town or Village				
9 OF WHAT COUNTRY WAS DECEDENT A CITIZEN AT TIME OF DEATH United States				
10 WAS DECEASED WAR VETERAN IF SO, NAME WAR None				
11 NAME OF FATHER OF DECEDENT Moritz Warburg				
12 BIRTHPLACE OF FATHER (State or country) Germany				
13 MAIDEN NAME OF MOTHER OF DECEDENT Charlotte Oppenheim				
14 BIRTHPLACE OF MOTHER (State or country) Germany				
15 SIGNATURE OF INFORMANT Eric M. Warburg RELATIONSHIP TO DECEASED Son ADDRESS 121 East 52 St. N.Y.C.				
22 PLACE OF BURIAL OR CREMATION Sleepy Hollow Cem. DATE OF BURIAL OR CREMATION December 30 1946				
23 FUNERAL DIRECTOR M. J. Muehler ADDRESS 106 Lexington Ave. PERMIT NUMBER 139				
BUREAU OF RECORDS AND STATISTICS		DEPARTMENT OF HEALTH		CITY OF NEW YORK

This is to certify that the foregoing is a true copy of a record in my custody.

CARL L. ERHARDT
Director of Bureau

BY **William Stern**
Borough Registrar

WARNING: DO NOT ACCEPT THIS TRANSCRIPT UNLESS THE RAISED SEAL OF THE DEPARTMENT OF HEALTH IS AFFIXED THEREON. THE REPRODUCTION OF THIS TRANSCRIPT IS PROHIBITED.

NOTICE: In issuing this transcript of the Record, the Department of Health of the City of New York does not certify to the truth of the statements made thereon, as no inquiry as to the facts has been provided by law.

I, MAX M. WARBURG, residing at 300 Park Avenue, New York, New York, being of sound mind, memory and understanding, do hereby make, publish and declare this as and for my Last Will and Testament, hereby revoking any and all Wills or Codicils heretofore by me at any time made.

FIRST: Guided by the thought that I have during my lifetime duly provided for my children, I give, devise and bequeath all of my earthly possessions, whether real, personal or mixed and of whatsoever character or wheresoever situated, to my wife, Alice Warburg.

SECOND: In the event that my said wife shall have predeceased me, my estate shall be divided into six parts. My daughters or the issue of one or more daughters predeceasing me shall receive one part each, and my son Eric two parts. Should one or more of my daughters predecease me without leaving issue, her or their part shall be equally distributed among the surviving daughters and the descendants of a predeceased daughter per stirpes.

I consider the preferential treatment accorded to my son Eric as justified as he, the male carrier of the name, has certain obligations of representation.

THIRD: I herewith appoint my son Eric to be the executor of my Last Will. If and as long as a beneficiary hereunder, or, in the case of minors, their legal representative, are residing in a country in which through invasion, foreign currency regulations etc., to the best judgment of the executor, he or she would not be in free economic possession of his or her share, the executor shall administer that share as long as such situation prevails.

The executor shall not be required to furnish bond or security. He shall be entitled to make investments in his own judgment without being confined to investments in legal trust investments.

IN TESTIMONY WHEREOF, I have hereunto subscribed my name and affixed my seal to this my Last Will and Testament at White Plains, in the State of New York, this ^{5th} 5 day of October, in the year One Thousand Nine Hundred and Forty-Six.

Max M. Warburg (L.S.)

SUBSCRIBED, SEALED, PUBLISHED AND DECLARED by Max M. Warburg, the Testator above named, as and for his Last Will and Testament in the presence of us who, at his request, in his presence and in the presence of each other, have hereunto subscribed our names as witnesses, at White Plains, in the State of New York, this ^{5th} 5 day of October, in the year One Thousand Nine Hundred and Forty-Six.

<u>Hans J. Meyer</u>	residing at	<u>White Plains Delabar Cottage</u>
<u>E. F. Adolph Meyer</u>	residing at	<u>White Plains Delabar Cottage</u>
<u>1</u>		<u>Woodlands White Plains N.Y.</u>

No. B 338475

79615-53 94

The People of the State of New York,

To all to whom these presents shall come or may concern

SEND GREETING:

Know Ye, That we, having inspected the Records of our Surrogate's Court, in and for the County of New York, do find that on the 4 day of April in the year one thousand nine hundred and 47 by said Court, Letters Testamentary on the estate of

Max M. Warburg

late of the County

of New York, deceased, were granted unto

Eric M. Warburg

OR
the Execut named in the last Will and Testament of said deceased, and that it does not appear by said Records that said Letters have been revoked.

In Testimony Whereof, we have caused the Seal of the Surrogate's Court of the County of New York to be hereunto affixed.

Witness, Honorable
said County, in the City of New York, the 15 day of
year of our Lord one thousand nine hundred and fifty four

George Frankenthaler

a Surrogate of our
in the

June

Philip A. Donahue
Clerk of the Surrogate's Court.

ANLAGE 9

Betr: Guetergemeinschaft der Eheleute Max M. Warburg
und Alice geb. Magnus (Anspruchsberechtigte)

Die Eheleute Warburg haben laut Anlage 4 am 28. Februar 1899 geheiratet und ihren ersten ehelichen Wohnsitz in Hamburg genommen. Mangels eines Ehevertrages richtete sich ihr ehelicher Gueterstand nach altem hamburgischem Recht. Es bestand mithin Guetergemeinschaft, und im Rahmen dieser Guetergemeinschaft gehoerten alle Vermoegensbestandteile jedem Ehegatten zur Haelfte.

Die Antragstellerin hat daher in dieser Anmeldung als Alleinerbin ihres Ehemannes Max M. Warburg die Haelfte des jeweiligen Gesamtschadens angemeldet, der laut den folgenden Anlagen den Ehegatten in den verschiedenen Schadensfaellen entstanden ist. In einer gleichzeitig mit dieser Anmeldung eingereichten separaten Anmeldung hat sie die andere Haelfte aus eigenem Recht angemeldet.

Fuer den Fall, dass -- aus der Antragstellerin nicht ersichtlichen Gruenden -- die Entschaedigungsbehoerde der Auffassung sein sollte, dass der dem Erblasser Max M. Warburg erwachsene Schaden in einem oder mehreren Schadensfaellen ein groesserer Bruchteil ist als die Haelfte, sind die in den folgenden Anlagen enthaltenen Anmeldungen dahin auszulegen, dass ein solcher groesserer Bruchteil des jeweiligen Gesamtschadens von der Antragstellerin als Erbin ihres Ehemannes angemeldet gilt.

ANLAGE 10

REICHSFLUCHTSTEUER

Anlaesslich ihrer Auswanderung wurden die Eheleute Warburg durch Reichsfluchtsteuerbescheid des Finanzamtes Rechtes Alsterufer - Steuernummer 043/233 - vom 25. Februar 1941 -- als Anlage 10 a) ueberreicht -- zu RM 397,437.-- Reichsfluchtsteuer veranlagt. Et.Bestaetigung des Bankhauses Brinckmann, Wirtz & Co., Hamburg, Nachfolgerin von M.M. Warburg & Co., vom 5. Mai 1954 -- ueberreicht als Anlage 11 e) -- wurden hierauf an das Finanzamt gezahlt

am 1. April 1940 RM 261,750.--

am 1. Maerz 1941 22,360.--

und es wurden gegen ueberzahlte
Einkommensteuer verrechnet 113,393.--

RM 397,503.--

(Die RM 66.-- Mehrbetrag waren wahrscheinlich heute nicht mehr feststellbare Gebuehren).

Ausgehend von RM 397,437.-- fuer beide Ehegatten zusammen entfaellt auf Grund der Guetergemeinschaft -- siehe Anlage 9 -- die Haelfte mit je RM 198,718.50 auf jeden Ehegatten.

Die Anspruchsberechtigte, Frau Alice Warburg, bean-
sprucht demgemaess mit diesem Antrag als Erbin Entschaedigung fuer
RM 198,718.50 von dem Erblasser (Verfolgten) Max M. Warburg ent-
richtete Reichsfluchtsteuer.

Die person von Max M. Warburg ist in Hamburg hinreichend bekannt. Er war Volljude und war in prominenter wirtschaftlicher Stellung. Er war aus Gruenden der Rasse und des Glaubens genoetigt, zusammen mit seiner Ehefrau am 31. Maerz 1940 auszuwandern.

Hamburg=Rechtes=Alsterufer

28. FEB. 1941

St. Nr. 43/233

An Herrn und Frau Max M. Israel Warburg
z. Hdn. Herrn Bücherrevisor Carl Jönsson.

Abchrift
an Johnson

H a m b u r g 39

Leinpfad 3

21. März 1941
Endgültiger

Endgültiger

Reichsfluchtsteuerbescheid nach § 225
der Reichsabgabenordnung

Nach den Feststellungen des Finanzamts haben Sie Ihren - inländischen Wohnsitz - gewöhnlichen Aufenthalt im Inland - aufgegeben. Sie haben daher gemäß § 1 der Reichsfluchtsteuer-Vorschriften vom 8. Dezember 1931 (RGBl. I S. 699) unter Berücksichtigung der Abänderungen auf Grund

der Verordnung vom 23. Dez. 32 (RGBl. I S. 571, 572),
des Gesetzes vom 18. Mai 34 (RGBl. I S. 392),
des Steueranpassungsgesetzes vom 16. Okt. 34, § 43 Abs. 1 und 2
(RGBl. I S. 925, 941),
des Gesetzes vom 28. Juni 35 Art. 9 Abs. 6 b (RGBl. I S. 844, 850),
des Gesetzes vom 1. Dez. 36, § 28 Ziff. 70 b (RGBl. I S. 961, 975),
des Gesetzes vom 19. Dez. 37 (RGBl. I S. 1395),
des Gesetzes vom 1. Febr. 39 (RGBl. I S. 125),

der Verordnung vom 18. Dez. 39 (RGBl. I S. 2443)
der Verordnung vom 19.12.1940 (RGBl. I S. 1605)
eine Reichsfluchtsteuer zu entrichten.

Nach dem ~~letzten~~ ^{Ihnen} ~~letzten~~ ^{berichtigten endgültigen} ~~Weg~~ ^{zugegangenen} Vermö-
gensteuerbescheid vom 21. ^{IV} November 1949. betrug das Ihnen und Ihrer
Ehefrau gehörige Gesamtvermögen

em Gesamtvermögen sind gem. § 3 Abs.3 der
deichsfluchtsteuervorschriften hinzuzurech-
nen: der Wert - ~~der zu versteuern ist~~

1.177.994.--

RN

~~xxxxxx~~ einer Reihe von Schenkungen.....

..... mit insges.

411.756.-- *✓*

RM -

..... mit

FLX

Ehefrau - von Todes wegen nach dem

..... 19.....
Grund der Schenkung de...

[illegible]

R. 44

Summe

1,589,750.--

RM

12. Diebstahl (stealing) - Diebstahl eines Gegenstands (theft of an object)
 13. Diebstahl (stealing) - Diebstahl eines Gegenstands (theft of an object)
 14. Diebstahl (stealing) - Diebstahl eines Gegenstands (theft of an object)
 15. Diebstahl (stealing) - Diebstahl eines Gegenstands (theft of an object)
 16. Diebstahl (stealing) - Diebstahl eines Gegenstands (theft of an object)
 17. Diebstahl (stealing) - Diebstahl eines Gegenstands (theft of an object)
 18. Diebstahl (stealing) - Diebstahl eines Gegenstands (theft of an object)
 19. Diebstahl (stealing) - Diebstahl eines Gegenstands (theft of an object)
 20. Diebstahl (stealing) - Diebstahl eines Gegenstands (theft of an object)

RM

abzusetzen; es verbleiben noch Ihre Anteil
am Gesamtvermögen

1,589,750.--

RM

Die

Die Reichsfluchtsteuer wird hiermit gem. § 3 Abs. 1 der Reichsfluchtsteuer-Vorschrift auf ein Viertel dieses Betrages

= 397.437.-- ^{RM} ~~V~~ ~~in~~ ~~RM~~

festgesetzt.

Die Reichsfluchtsteuer - ist - ~~wird~~ gem. § 5 der Reichsfluchtsteuer-Vorschriften - am ..31.: ~~März~~..... 19.40. fällig geworden - ~~am Tage der Ausreisefälligkeit~~; sie ist gemäß § 6 der Reichsfluchtsteuer-Vorschriften mit einem Zuschlag, der ab 1.1. 38 1 v.H. für jeden auf den Zeitpunkt der Fälligkeit folgenden angefangenen Monat, mindestens jedoch 2 v.H., beträgt, an die Finanzkasse zu entrichten.

Gegen diesen ^{endgültigen} Reichsfluchtsteuerbescheid steht Ihnen die Anfechtung an den Oberfinanzpräsidenten Hamburg zu; sie kann bei dem Finanzamt schriftlich eingereicht oder zu Protokoll erklärt werden. Dies kann bis zum Ablauf eines Monats nach der Zustellung des ^{endgültigen} Steuerbescheides, d.h. nach dem Tage, an dem der Bescheid zur Post gegeben ist, geschehen.

Durch die Einlegung eines Rechtsmittels wird die Wirk-^{endgültigen} samkeit des Steuerbescheides nicht gehemmt; insbesondere die zwangsweise Beitreibung der Steuerschuld nicht aufgehalten.

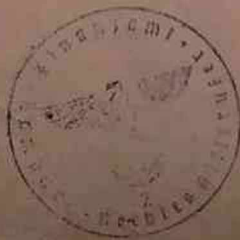
Falls Sie nicht ~~innerhalb eines Monats nach dem Tage der Fälligkeit~~ ^{sofort} ~~die gesamte Reichsfluchtsteuer~~ - die gesamte Reichsfluchtsteuer nebst Zuschlägen entrichten, wird gegen Sie

- 1.) das Strafverfahren gem. § 9 der Reichsfluchtsteuer-Vorschriften eingeleitet;
- 2.) ein Steuersteckbrief erlassen und Ihr inländisches Vermögen mit Beschlag belegt werden. Der Steuersteckbrief und die Vermögensbeschlagnahme werden auf Ihre Kosten im Reichsanzeiger bekanntgemacht werden. Wenn Sie nach der Bekanntgabe Ihres Namens im Reichsanzeiger im Inland betroffen werden, so ist jeder Beamte des Polizei- und Sicherheitsdienstes, des Steuerfahndungs- und des Zollfahndungsdienstes sowie jeder andere Beamte der Reichsfinanzverwaltung, der zum Hilfsbeamten der Staatsanwaltschaft bestellt ist, verpflichtet, Sie vorläufig festzunehmen.

In Vertretung
gez. Lagemann

Beglaubigt

Stl.



Abgeschrieben
am 28. Feb. 1941

durch Bank/Fiskus

no. 12345

Max M. Weidert

RM 22.360.-

ANLAGE 11

JUDENVERMOEGENSABGABE

(1) Durch "berichtigte Bescheide ueber die Judenvermoegensabgabe" des Finanzamtes Hamburg-Altstadt vom 7. Januar 1939, der eine gerichtet an Max M. Warburg, der andere an Frau Alice Warburg, beide Steuer-Nummer 16/207, wurden veranlagt

Max M. Warburg zu	RM 255,600.--	Abgabe,
Alice Warburg zu	265,000.--	Abgabe,
	<u>RM 520,600.--</u>	

Durch Bescheide vom 6. November 1939 wurde ein fuenftes "Viertel" veranlagt, naemlich

Max M. Warburg zu	RM 63,900.--
Alice Warburg zu	66,250.--
	<u>RM 130,150.--</u>

Insgesamt wurden die Ehegatten also zu RM 650,150.-- veranlagt - Anlagen 11 a) b) c) d).

(2) Ausweislich der Bestaetigung von Brinckmann, Wirtz & Co. vom 5. Mai 1954 -- Anlage 11 e) -- wurden hierauf in bar gezahlt

am 15. Dezember 1938	RM 123,415.42
" " " "	4,415.31
" " " "	2,319.27
am 15. Februar 1939	130,150.--
am 13. Mai 1939	130,150.--
am 14. August 1939	13,000.--
am 22. August 1939	577.20
am 15. November 1939	130,150.--
	<u>RM 534,177.20</u>

Auf Grund der Guetergemeinschaft ist je die Haelfte dieser Barbetaege, d.h. je RM 267,088,60 als von jedem Ehegatten gezahlt anzusehen.

Die Anspruchsberechtigte, Frau Alice Warburg, beansprucht demgemaess mit diesem Antrag als Erbin Entschaedigung fuer RM 267,088.60 von dem Erblasser in bar gezahlten Judenvermoegensabgabe.

(3) Zieht man von den veranlagten RM 650,750.--
die in bar gezahlten 534,177.20
ab, so verbleibt ein Rest von RM 116,572.80

Lt. Anlage 11 e) wurden diese RM 116,572.80 in Form von nominal RM 112,800.-- Mannesmann Aktien entrichtet, die abgeliefert und mit RM 116,572.80 angerechnet wurden. Vorsorglich beantragt die Anspruchsberechtigte als Erbin ihres Ehemannes hiermit Entschaedigung fuer die auf ihren Ehemann zum Guetergemeinschaft entfallende Haelfte dieser RM 116,572.80, d.h. RM 58,286.40.

Sie behaelt sich vor, diesen Teil ihres Antrags zu berichtigen, sobald klar steht, wie das Verhaeltnis von Rueckerstattung und Entschaedigung bezueglic auf Sonderabgaben abgelieferter Werte endgueltig geregelt wird. Wegen des Rueckerstattungsanspruchs siehe Anlage 2 unter "3".

St.-Nr.

12/71

Die Namen und Adressen der zur Durchführung berechtigten Beamten sind im Kopfen nach anzugeben.

Die Finanzkasse ist für den Zahlungsverkehr zuständig:

Fördert den unbaren Zahlungsverkehr, erspart längeres Warten in der Finanzkasse!

Das Finanzamt (Finanzkasse) hat folgende Konten:

Bescheid über einen weiteren Teilbetrag an Judenvermögensabgabe

Durch die Dritte Durchführungsverordnung über die Enteignung der Juden vom 19. Oktober 1938 (Reichsgesetzbl. I S. 2059) ist die Judenvermögensabgabe von 20 v. H. auf 25 v. H. des abgabepflichtigen Vermögens erhöht worden. Der von Ihnen danach zu entrichtende weitere Teilbetrag an Judenvermögensabgabe berechnet sich auf

63900,- RM.

Dieser Betrag ist bis zum 15. November 1939 unter Bezeichnung als Judenvermögensabgabe und unter Angabe der oben vermerkten St.-Nr. zu leisten.

Mit der Zahlung nicht rechtzeitig entrichtet, so ist mit Ablauf des Fälligkeitstags ein Säumniszuschlag in Höhe von zwei vom Hundert des rückständigen Betrags zu verfahren. Nach Ablauf der Zahlungsfrist wird der rückständige Betrag ohne vorherige Mahnung eingezogen und erforderlichenfalls beigetrieben. Die Zwangsversteigerungskosten fallen dem Zahlungspflichtigen zur Last.



Abgeschlossen

am 14. Nov. 1939

durch Bank/Posscheck

zu Lasten

Gemeinschaftskonto Max u. Dr. Fritz Warburg

Herrn Max u. Dr. Fritz Warburg

in

Hamburg

Nein Rosenstr. 24

St.-Nr.

12/71

Die Steuern und Abgabenpflichtigen, die zur Durchführung der
berichtigten Steuern und Abgaben im Rahmen der
Finanzamt Hamburg-Alstadt.

Die Finanzämter sind für den Zahlungsvorgang geöffnet.

Fördert den unbaren Zahlungsverkehr, er
erspart längeres Warten in der Finanzkasse!

Das Finanzamt (Finanzkasse) hat folgende Konten:

Bescheid über einen weiteren Teilbetrag an Judenvermögensabgabe

Durch die Zweite Durchführungsvorordnung über die Säumnisleistung der Juden vom 19. Oktober 1939 (Reichsgesetzbl. I S. 2059) ist die Judenvermögensabgabe von 20 v. H. auf 25 v. H. des abgabepflichtigen Vermögens erhöht worden. Der von Ihnen danach zu entrichtende weitere Teilbetrag an Judenvermögensabgabe berechnet sich auf

66 250,- R.M.

Dieser Betrag ist bis zum 15. November 1939 unter Bezeichnung als Judenvermögensabgabe und unter Angabe der oben bemerkten St.-Nr. zu leisten.

Wird die Zahlung nicht rechtzeitig erbracht, so ist mit Ablauf des Fälligkeitstags ein Säumniszuschlag in Höhe von zwei vom Hundert des rückständigen Betrags vermehrt. Nach Ablauf der Zahlungsfrist wird der rückständige Betrag ohne vorherige Mahnung eingezogen und erforderlichenfalls beigetrieben. Die Zwangsversteckungslosien fallen dem Zahlungspflichtigen zur Last.



Abgeschrieben
14. Nov. 1939

am

durch Bank, Postscheck

Gemeinschaftskonto Max u. Dr. Fritz Warburg

Aliso von Warburg

in Hamburg

Neue Rabenstr. 24

Finanzamt ~~Finanzamt~~ Hamburg-Haupt

Hamburg, -7. JAN 1938

St.-Nr.

16/207

Die Namen und Unterschriften der zur Amtungsberechtigung berechtigten Beamten sind im Kollencium angehängt.

Fördert den unbaren Zahlungsverkehr, erspart längeres Warten in der Finanzkasse!

Die Finanzkasse ist für den Zahlungsverkehr geöffnet.

Das Finanzamt (Finanzkasse) hat folgende Konten:

Beurteiliger

Bescheid über die Judenvermögensabgabe

Auf Grund der Durchführungsvverordnung über die Säumnisfestsetzung der Juden vom 21. November 1938 (Reichsgesetzbl. I S. 1638) wird die von Ihnen zu entrichtende Abgabe festgesetzt auf

255 600 RM

Die Abgabe beträgt 20 vom Hundert des von Ihnen auf Grund der Verordnung über die Anmeldung des Vermögens von Juden vom 26. April 1938 (Reichsgesetzbl. I S. 14) angemeldeten Vermögens (unter Berücksichtigung angezeigter Veränderungen).

Die Abgabe ist zu entrichten in vier Teilbeträgen von je

63 900 RM

Der erste Teilbetrag ist bis zum 15. Dezember 1938, die weiteren Teilbeträge sind bis zum 15. Februar,

15. Mai und

15. August 1939

unter Bezeichnung als Judenvermögensabgabe und unter Angabe der oben bemerkten St.-Nr. zu leisten.

Wird eine Zahlung nicht rechtzeitig entrichtet, so ist mit Ablauf des Fälligkeitstags ein Säumniszuschlag in Höhe von zwei vom Hundert des rückständigen Betrags verwirkt. Nach Ablauf der Zahlungsfrist werden rückständige Beträge ohne vorhergehende Mahnung eingezogen und erforderlichenfalls beigetrieben. Die Zwangsvollstreckungskosten fallen dem Zahlungspflichtigen zur Last.

Dieser Bescheid tritt anstelle des Bescheides v. 13.12.38

Herrn
Frau

Max A. Warburg

In

Hamburg

Neue Rosestr. 24.



18.12.38

24.12.38

18.1.39

15.5.39

15.8.39

125.734.69

4.445.34

63.900.-

63.900.-

Max Warburg 63.900.-

Max do 63.900.-

1.301.58

3.12.38 - 1.12.39

der 3.000.00

279.16

4.12.38

Finanzamt ~~Finanzamt~~ ~~Hamburg~~

Hamburg - 7. JAN 1939 193

St.-Nr.

16/207

Die Namen und Unterschriften der zur Ausfertigung berechtigten Beamten sind im Kopfsatzraum angebracht.

Fördert den unbaren Zahlungsverkehr, erspart längeres Warten in der Finanzkasse!

Die Finanzkasse ist für den Zahlungsverkehr geöffnet:

Das Finanzamt (Finanzkasse) hat folgende Konten:

Bescheid über die Judenvermögensabgabe

Auf Grund der Durchführungsverordnung über die Sühneleistung der Juden vom 21. November 1938 (Reichsgesetzbl. I S. 1638) wird die von Ihnen zu entrichtende Abgabe festgesetzt auf

265000 RM

Die Abgabe beträgt 20 vom Hundert des von Ihnen auf Grund der Verordnung über die Anmeldung des Vermögens von Juden vom 26. April 1938 (Reichsgesetzbl. I S. 414) angemeldeten Vermögens (unter Verückichtigung angezeigter Veränderungen).

Die Abgabe ist zu entrichten in vier Teilbeträgen von je

66250,- RM

Der erste Teilbetrag ist bis zum 15. Dezember 1938,
die weiteren Teilbeträge sind bis zum 15. Februar,
15. Mai und
15. August 1939

unter Bezeichnung als Judenvermögensabgabe und unter Angabe der oben vermerkten St.-Nr. zu leisten.

Wird eine Zahlung nicht rechtzeitig entrichtet, so ist mit Ablauf des Fälligkeitstags ein Säumniszuschlag in Höhe von zwei vom Hundert des rückständigen Betrags verurteilt. Nach Ablauf der Zahlungsfrist werden rückständige Beträge ohne vorhergehende Mahnung eingezogen und erforderlichenfalls beigetrieben. Die Zwangsvollstreckungskosten fallen dem Zahlungspflichtigen zur Last.

Dieser Bescheid tritt ausstelle des Reichs d. 13.12.38

Herrn
Frau

Rita Wörburg

in

Hamburg

Neue Rabenstr. 211.



1572 38

2062 38

1572 39

1675 39

125.784,69 RM

4.415,36 RM

66.250,-

66.250,-

DRAHTANSCHRIFT: BRINCKBANK
 ORTSGESPRÄCHE 32 10 05
 FERNGESPRÄCHE 32 64 21/22
 FERNSCHREIBER: 021 1225
 DEV.-ABT. 021 1650
 EFF.-ABT. 021 1411
 LANDESZENTRALBANK DER FREIEN UND
 HANSESTADT HAMBURG KONTO NR. 2/49

HAMBURG 1. Mai 5. Mai 1954
 FERDINANDSTRASSE 75
 POSTSCHLIESSFACH 744

B e s t ä t i g u n g .

Wir, die unterzeichneten zeichnungsberechtigten Vertreter des Bankhauses Brinckmann, Wirtz & Co., Hamburg, vormals M.M. Warburg & Co., erklären hierdurch, dass in den Büchern dieses Bankhauses RM-Konten geführt wurden auf die Namen von Max M. Warburg und Dr. Fritz M. Warburg gemeinsam (Gemeinschaftskonto Max M. Warburg und Dr. Fritz M. Warburg), auf den Namen Max M. Warburg und auf den Namen von Frau Alice Warburg und dass die folgenden Zahlungen zu Lasten dieser Konten für Rechnung von Herrn Max M. Warburg und seiner Ehefrau Alice Warburg, New York, vormals in Hamburg ansässig, erfolgt sind:

1) RM-Konto "Gemeinschaftskonto Max M. Warburg und Dr. Fritz M. Warburg"

am 15.12.1938 für Judenvermögensabgabe	
1. Rate (Teil-Zahlung)	RM 123.415,42.
am 13. 5.1939 für Judenvermögensabgabe	
3. Rate	RM 130.150,--.
am 22. 8.1939 für Judenvermögensabgabe	
4. Rate (Teil-Zahlung)	RM 577,20.
am 15.11.1939 für Judenvermögensabgabe	
5. Rate	RM 130.150,--.

gezahlt an das Finanzamt Hamburg-Altstadt auf Grund der Verordnung über eine Sühneleistung der Juden deutscher Staatsangehörigkeit vom 12.11.1938..

am 31.12.1938 Auswandererabgabe	RM 20.000,--.
am 30. 3.1940 Auswandererabgabe	RM 75.000,--.

gezahlt an den Jüdischen Religionsverband, Hamburg, auf Grund der Rechtsvorschrift über die "Auswandererabgabe", angeordnet durch die Geheime Staatspolizei (Gestapo).

2) RM-Konto Max M. Warburg

am 15.12.1938 für Judenvermögensabgabe	
1. Rate (Teil-Zahlung)	RM 4.415,31.
am 15. 2.1939 für Judenvermögensabgabe	
2. Rate	RM 130.150,--.
am 14. 8.1939 für Judenvermögensabgabe	
4. Rate (Teil-Zahlung)	RM 13.000,--.

gezahlt an das Finanzamt Hamburg-Altstadt.

am 21. 3.1941 Auswandererabgabe	RM 78.871,81.
---------------------------------	---------------

gezahlt an den Jüdischen Religionsverband, Hamburg.

2. Blatt ~~anz~~ der Bestätigung vom 5.5.1954
über für Rechnung von Herrn
Max M. Warburg u. seine Ehefrau Alice
Warburg für Abgaben geleistete Zahlungen.

2) RM-Konto Max M. Warburg (Fortsetzung)

am 1. 4. 1940 , für Reichsfluchtsteuer RM 261.750,--
am 1. 3. 1941. für Reichsfluchtsteuer RM 22.360,--
gezahlt an das Finanzamt Hamburg Rechtes Alsterufer
(Die Differenz von RM 113.393,-- zu der mit
RM 397.437,-- veranlagten Reichsfluchtsteuer
wurde gegen überzahlte Einkommensteuer ver-
rechnet.)

3) RM-Konto Alice Warburg

am 15.12.1938 , für Judenvermögensabgabe
1. Rate (Teil-Zahlung) RM 2.319,27,
gezahlt an das Finanzamt Hamburg-Altstadt.

Wir erklären hiermit ferner, dass die folgenden bei
der Firma Brinckmann, Wirtz & Co. hinterlegt gewesenen Wertpapiere
für Rechnung von Max M. Warburg zur Teil-Begleichung der vorer-
wähnten Abgaben in Zahlung gegeben worden sind :

am 22. 8. 1939. RM 112.800,-- Mannesmannröhrenwerke
Aktiengesellschaft Aktien
zum Annahmewert von
RM 116.572,80,.

ausgeliefert an die Preussische Staatsbank
(Seehandlung), Berlin, zur teilweisen Begleichung
der 4. Rate der Judenvermögensabgabe;

am 30. 3. 1940, RM 40.000,-- 4 1/2% Deutsche Reichs-
schatzanweisungen
von 1938, II Folge
zum Annahmewert von
RM 39.132,50,.

ausgeliefert an den Jüdischen Religionsverband Hamburg
zur teilweisen Begleichung der Auswandererabgabe.

BRINCKMANN, WIRTZ & CO.

VERMOEGENSVERFALL

(1) Durch Bescheid des Oberfinanzpraesidenten vom 17. Dezember 19 gerichtet an die Firma Brinckmann, Wirtz & Co.-- Aktenzeichen O 5210 - W 17 - V 1 q -- Fotokopie ueberreicht als Anlage 13 -- wurde das Vermoeegen von Max M. Warburg auf Grund der Judenaus-buergerungsverordnung vom 25. November 1941 als dem Reich ver-fallen erklart.

(2) Gemaess Bestaetigung der Firma Brinckmann, Wirtz & Co. vom 5. Mai 1954 -- Anlage 14 -- wurden auf Grund dieser Verfaller-klaerung insgesamt RM 286,517.22 an die Finanzkasse Hamburg ab-gefuehrt.

Auf Grund der Guetergemeinschaft ist je die Haelfte, d.h. je RM 143,258.61 als von jedem Ehegatten gezahlt anzusehen. Die Anspruchsberechtigte, Frau Alice Warburg, beansprucht demgemaess mit diesem Antrag als Erbin Entschaedigung fuer RM 143,258.61.

(3) Ferner wurden lt. obiger Bestaetigung -- Anlage 14 -- am 29. Januar 1944 nominal RM 134,000.-- $3\frac{1}{2}\%$ Reichsschatzanweisungen und RM 100.-- $4\frac{1}{2}\%$ Reichsanleihe im Gesamtwerte von RM 133,102.50 an den Oberfinanzpraesidenten abgeliefert.

Hinsichtlich nominal RM 6,000.-- Reichsschatzanweisungen, deren Wert hier proportional mit RM 5,952.-- angenommen wird, beansprucht Frau Alice Warburg als Erbin von Max M. Warburg Ent-schaedigung in Hoehe der Haelfte, d.h. RM 2,976.--.

Die restlichen nominal RM 128,000.-- Reichsschatzanweisungen ruehrten her aus RM 85,800.-- Mannesmann Roehrenwerke Aktien, die auf Verlangen der Regierung zwangsweise gegen Reichsschatzanwei-sungen eingetauscht wurden. Fuer diese Aktien ist Rueckerstattung beantragt (siehe Anlage 2 unter "6").

Frau Alice Warburg beantragt hiermit als Erbin von Max M. Warburg vorsorglich Entschaedigung hinsichtlich nominal RM 42,900.-- Aktien (Haelfte von nominal RM 85,800.--) mit der Massgabe, dass dieser letztere Anspruch je nach dem Ausgang des diesbezuglichen Rueckerstattungsverfahrens modifiziert werden wird.

(4) Abtretung von Anspruechen

1939 und 1940 wurden eine Reihe in Blankenese auf dem Koester-berg gelegene auf den Namen Max M. Warburg eingetragene Grund-stuecke unter dem Zwang der Verhaeltnisse an die Hansestadt zu einem Gesamtpreis von RM 289,206.-- verkauft. Laut Abkommen vom 27. August 1948 wurden dann diese Grundstuecke von der Hansestadt Hamburg an den Testamentsvollstrecker zurueckgegeben. In diesem Abkommen ist gesagt, dass die seinerzeit gezahlten Kaufpreise im Rahmen der von Max M. Warburg in Deutschland unterhaltenen Gut-haben von den Reichsbehoerden beschlagnahmt und eingezogen seien, und dass der Testamentsvollstrecker die sich hieraus ergebenden Wiedergutmachungsansprueche an die Hansestadt Hamburg abtritt. Mit Bezug auf die oben unter (1) bis (3) dargestellten Schaeden aus Vermoegenseinziehungen wird hiermit der Entschaedigungsbe-hoerde von dieser Abtretung Kenntnis gegeben.

Der Oberfinanzpräsident
Hamburg
O 5210-W 17 - V 1 a
Titel 3-Abschnitt b

Hamburg d. 17. Dezen. 1943
Hödingenmarkt 53 / Postfach 744
20 00 00

Firma

Brinckmann, Wirts u. Co.,

Hamburg 1,

Postschloßfach 744

Es wird gebeten, diesen Checkbescheid, den Tag und
Ortseinstempel dieses Bescheides in der Adresse anzugeben

Betrifft: Vermögensverfall

Das Vermögen des Max M. Israel Verburg geb. 5.6.1867 früher
in Hamburg, Neue Rabenstr. 24, jetzt im Ausland, ist auf Grund
des § 3 der Elften Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom
25. November 1941 (RGBl. I S. 722); dem Reich verfallen. Verfall-
feststellung des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD vom
10.9.1943 IV B 4b -4- W 11040 liegt mir vor.

Die Verwaltung und Verwertung des verfallenen Vermögens
ist mir übertragen worden.

Zum verfallenen Vermögen gehören die von Ihnen angemeldeten
Guthaben per 1.12.1943

Auswandererguthaben RM 230.439,35

Sonderkonto " 20.992,69

Guthaben gesp. Milreis 26: 531 \$ 100 oder Gegenwert.

Sie werden aufgefordert, die Guthaben nebst den inzwischen
aufgelaufenen Zinsen unter Angabe des obigen Aktenzeichens
an die Oberfinanzkasse Hamburg, Hamburg 11, Hödingenmarkt 53,
auf das Konto Nr. 2/111 bei der Reichsbankhauptstelle Hamburg
einzuzahlen und mir entsprechende Mitteilung zu machen.

In Auftrag
gez. Nüsse

Nüsse

DRAHTANSCHRIFT: BRINCKBANK
 ORTSGESPRÄCHE 32 10 05
 FERNGESPRÄCHE 32 64 21/22
 FERNSCHREIBER: 021 1225
 DEV.-ABT. 021 1650
 EFF.-ABT. 021 1411
 LANDESZENTRALBANK DER FREIEN UND
 HANSESTADT HAMBURG KONTO NR. 2/49

HAMBURG I, den 5. Mai 1954
 FERDINANDSTRASSE 75
 POSTSCHLIESSFACH 744

B e s t ä t i g u n g .

Wir, die unterzeichneten zeichnungsberechtigten Vertreter des Bankhauses Brinckmann, Wirtz & Co. vormals M.M. Warburg & Co., Hamburg, erklären hierdurch, dass in den Büchern dieses Bankhauses ein Guthaben auf den Namen von Max M. Warburg, New York, vormals als Teilhaber von M.M. Warburg & Co. in Hamburg ansässig, geführt wurde und dass auf Grund der 11. Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 25. November 1941, wonach das Vermögen der im Ausland ansässigen Juden deutscher Staatsangehörigkeit beschlagnahmt und zu Gunsten des Deutschen Reiches eingezogen wurde, das auf diesem Konto vorhandene Guthaben durch die deutschen Behörden beschlagnahmt und eingezogen wurde. Auf Grund dieser Einziehung sind folgende Zahlungen aus diesem Guthaben erfolgt:

am 25.11.1943 ✓ RM	679,76 ✓	an die Oberfinanzkasse Hamburg gemäss einer Einziehungsverfügung des Oberfinanzpräsidenten Hamburg vom 16.11.1943 Akt. Zeichen O 5210 W 17 St I/c Titel 3; ✓
am 29.12.1943 ✓ RM	20.945,73 ✓	an die Oberfinanzkasse Hamburg gemäss einer Einziehungsverfügung des Oberfinanzpräsidenten Hamburg vom 17.12.1943 Akt. Zeichen O 5210 W 17 V 1 q Titel 3 Abschnitt b; ✓
am 6. 3.1944 ✓ RM	234.741,37 ✓	an die Oberfinanzkasse Hamburg gemäss einer Einziehungsverfügung des Oberfinanzpräsidenten Hamburg vom 17.12.1943 Akt. Zeichen O 5210 W 17 V 1 q Titel 3 Abschnitt b; ✓
am 9. 8.1944 ✓ RM	229,05 ✓	an die Oberfinanzkasse Hamburg gemäss einer Einziehungsverfügung des Oberfinanzpräsidenten Hamburg vom 17.12.1943 Akt. Zeichen O 5210 W 17 V 1 q Titel 3 Abschnitt b; ✓
am 29.11.1944 ✓ RM	2.000,-- ✓	an die Oberfinanzkasse Hamburg gemäss einer Einziehungsverfügung des Oberfinanzpräsidenten Hamburg vom 17.11.1944 Akt. Zeichen O 5210 W 17 V 1 q Titel 3 Abschnitt b; ✓
am 5. 3.1945 ✓ RM	27.921,31 ✓	an die Oberfinanzkasse Hamburg gemäss einer Einziehungsverfügung des Oberfinanzpräsidenten Hamburg vom 17.12.1943 Akt. Zeichen O 5210 W 17 V 1 q Titel 3 Abschnitt b. ✓
<u>gesamt</u>		RM 286.517,22 ✓

2. Blatt der Bestätigung vom 5.5.1954
über die Einziehung der Guthaben
des Herrn Max M. Warburg.

Infolge dieser Zahlungen sind die Guthaben auf diesem RM-Konto erschöpft worden.

Des Weiteren erklären wir hiermit, dass die folgenden im Depot bei der Firma Brinckmann, Wirtz & Co. auf Namen Max M. Warburg hinterlegt gewesenen Wertpapiere durch die vorerwähnte Verordnung beschlagnahmt und an die deutschen Behörden am 29. Januar 1944 auf Grund einer Einziehungsverfügung des Oberfinanzpräsidenten Hamburg-Vermögensverwertungsstelle vom 21. Januar 1944, Aktenzeichen O 5210 W 17 V 1 q Titel 3 Abschnitt b, wie folgt, ausgeliefert werden mussten :

Schuldverschreibungen

- RM 1.000.--- 3 1/2% Deutsche Reichsschatzanweisungen von 1942
IV. Folge,
RM 100.--- 4 1/2% Deutsche Reichsanleihe von 1938 II. Folge,
RM 128.000.--- 3 1/2% Schatzanweisungen des Deutschen Reichs von 1941
V. Folge,.

RM 5.000.--- 3 1/2% Deutsche Reichsschätze von 1943 I. Folge,
Gesamtwert nach den Kursen vom 21. Januar 1944 RM 133.102,50,✓

an die Reichsbank, Wertpapierabteilung, Berlin, und

Aktien (der Wert kann nicht ermittelt werden)

- RM 46.700.--- Aktiengesellschaft für Waggonbauwerte Berlin i. Liqui.,
RM 7.800.--- Wandsbeker Lederfabrik Aktiengesellschaft i. Liqui.,
RM 500.--- Grundstücks Aktiengesellschaft Berlin i. Liqui.,
St. -36- Bergedorf-Geesthachter Eisenbahn Aktiengesellschaft
-Genuss-Scheine,

an die Preussische Staatsbank (Seehandlung), Berlin.

Infolge dieser Auslieferungen blieben keine Wertpapiere in dem bei der Firma Brinckmann, Wirtz & Co. für Rechnung von Herrn Max M. Warburg, New York, geführten Depot zurück.

BRINCKMANN, WIRTZ & CO. *[Signature]*

ANLAGE 15

Auswandererabgabe an den Juedischen Religionsverband

- (1) Lt. Bestaetigung der Firma Brinckmann, Wirtz & Co. wurden die folgenden Barbetaege hierfuer gezahlt:

am 31.Dezember 1938	RM 20,000.--
am 30.Maerz 1940	75,000.--
am 21.Maerz 1941	<u>78,871.81</u>
insgesamt	RM 173,871.81

Die Anspruchsberechtigte, Frau Alice Warburg, beansprucht demgemaess als Erbin von Max M. Warburg Entschaedigung fuer die Haelfte, d.h. fuer RM 86,935.90.

- (2) Ausserdem wurden lt. Anlage 11 e) am 30.Maerz 1940 nominal RM 40,000.-- $4\frac{1}{2}\%$ Reichsschatzanweisungen an den Religionsverband abgeliefert, die mit RM 39,132.50 bewertet wurden.

Rueckerstattungsanspruch gegen das deutsche Reich ist geltend gemacht (siehe Anlage 2 unter "4"). Die Sache schwebt noch unter Aktenzeichen: 2 Wi K 26/53 bei dem Landgericht Hamburg. Die Anspruchsberechtigte, Frau Alice Warburg, beansprucht vorsorglich als Erbin von Max M. Warburg Entschaedigung fuer die Haelfte, d.h. fuer RM 19,566.25, behaelt sich aber vor, je nach dem Verlauf des obigen Rueckerstattungsverfahrens diesen Anspruch zu modifizieren.

Schaden im Zusammenhang mit der Arisierung des Bankhauses
M. M. Warburg & Co.

(1) Der Erblasser Max M. Warburg war bis Mai 1938 persönlich haftender Gesellschafter des Bankhauses M. M. Warburg & Co., Hamburg. Da Max M. Warburg und seine Teilhaber sämtlich Juden waren, waren sie im Frühjahr 1938 gezwungen, die Firma zu arisieren. Dies geschah im Mai 1938 in der Weise, dass die bisherigen Inhaber ausschieden und die Firma von einer arischen Personen und Firmen bestehenden Gruppe als Kommanditgesellschaft fortgeführt wurde. Die Firma änderte später den Namen in Brinckmann, Wirtz & Co.

Zur Zeit der Arisierung bestanden die Auslandsinteressen der Firma M.M. Warburg & Co. im wesentlichen in Aktien der Hollandschen Handels- en Crediet Associatie, Amsterdam ("Alphabet") und Forderungen gegen diese Gesellschaft. Der "Alphabet" wiederum gehörte praktisch die Bankfirma Warburg & Co., Amsterdam. Diese ausländischen Interessen unterlagen naturgemäß der deutschen Devisenbewirtschaftung. Solange die jüdischen Inhaber der Firma M.M. Warburg & Co. in Deutschland wohnten und ihr Geschäft dort betreiben konnten, bedeutete diese Devisenkontrolle keine Belastung. Dies änderte sich aber, als durch die fortschreitende Verschärfung der Lage der Juden sie gezwungen waren, ihre Hamburger Firma aufzugeben und selbst teils sofort, teils etwas später auszuwandern. Die jüdischen Inhaber der Hamburger Firma bemühten sich daher um die Freistellung der obengenannten holländischen und ihrer weniger bedeutenden sonstigen Auslandsinteressen. Nachdem sich aus einer Besprechung mit dem Wirtschaftsministerium ergeben hatte, dass die obigen Freistellungen von gewissen Auflagen abhängig gemacht wurden, reichten die Inhaber der Hamburger Firma den in Anlage 17 beigefügten Antrag vom 23. März 1938 bei dem Ministerium ein, laut welchem gegen die Freistellung der holländischen und sonstigen Auslandsinteressen

die Firma Warburg & Co., Amsterdam, Gulden im Gegenwert von RM 1,200,000.-- zum offiziellen Kurs an die Reichsbank abliefern und

die Inhaber der Hamburger Firma RM 500,000.-- ohne Gegenwert an die Deutsche Golddiskontbank abliefern sollten.

Dieser Antrag wurde durch Bescheid des Wirtschaftsministers vom 22. April 1938 -- V Dev. 3/4815/38 -- überreicht als Anlage 18 -- genehmigt, aber mit der Massgabe, dass nicht RM 500,000.-- sondern RM 1,000,000.-- an die Deutsche Golddiskontbank abgeliefert werden mussten.


Diese oben genannten Auflagen wurden erfüllt. Als Anlage 19 wird eine Bestätigung der Deutschen Golddiskontbank über den Empfang der RM 1,000,000.-- und als Anlagen 20 (a-f einschliesslich) Belege über die Ablieferung von Gulden im Gegenwert von RM 1,200,000.-- beigefügt.

(2) Die fruheren Inhaber der Firma M.M.Warburg & Co., darunter insbesondere Max M. Warburg, mussten eine Freistellung ihrer Auslandsinteressen erstreben, weil sie als Juden zur Auswanderung gezwungen waren. Diese Freistellung war abhaengig gemacht von den obigen Auflagen. Der hierdurch fuer die Beteiligten entstandene Vermoegenschaden ist folgender:

- (a) Die Zahlung von RM 1,000,000.-- ohne Gegenwert an die DEGO ist naturgemaess ein Schaden von RM 1,000,000.--.
- (b) In der fraglichen Zeit war der Kurs der Sperrmark ca. 10%. Durch die erzwungene Ablieferung von Gulden im Gegenwert von RM 1,200,000.-- wurden also 90% von RM 1,200,000.-- d.h. RM 1,080,000.-- verloren.

Der durch die Zahlung an die DEGO und die Ablieferung der Gulden entstandene Schaden belaeuft sich also auf insgesamt RM 2,080,000.--. Entsprechend seinem Anteil an der Firma war Max M. Warburg's Schaden 47% von RM 2,080,000.--, d.h. RM 977,600.--.

Die Anspruchsberechtigte, Frau Alice Warburg, beansprucht mit diesem Antrag als Erbin von Max M. Warburg die Haelfte, d.h. RM 488,800.--.



Tg.

Abschrift.

Hamburg, den 23. März 1938.

An das

Reichs- und Preussische
Wirtschaftsministerium,

B e r l i n - W. S.

Behrenstrasse 43.

Im Anschlusse an die im Reichs- und Preussischen
Wirtschaftsministerium gehaltenen Besprechungen erlauben
wir uns, als deren Ergebnis den Antrag auf folgende Ge-
nehmigung zu stellen:

Anlage I
1.) Die der Firma M.M. Warburg & Co., Hamburg, gehörigen, in der Anlage I aufgeführten Auslandswerte werden
auf die Teilhaber der Firma M.M. Warburg & Co., Hamburg,
nämlich die Herren Max M. Warburg, Dr. Fritz M. Warburg,
Hamburg, Dr. Ernst Spiegelberg, Berlin, und Erich M. War-
burg, Hamburg, sowie den stillen Gesellschafter Siegmund
G. Warburg, London, übertragen und ihnen freigegeben, so
dass sie hinsichtlich dieser Werte von den Beschränkungen
der deutschen Devisenbestimmungen befreit sind, sie unter
sich aufteilen, in ihr Auslandsvermögen und/oder auf die
Firma Warburg & Co., Amsterdam, überführen oder sie ge-
legentlich ihrer Auswanderung ins Ausland mitnehmen dürfen.

Die Genehmigung wird unter folgenden Voraussetzungen
gegeben:

a) Der Firma M.M. Warburg & Co., Hamburg, bzw. deren

am 23. März 1938.

II. das Reichs- und Preussische Wirtschaftsministerium, Berlin

Teilhaber liefern den in ihren Besitz befindlichen, in der Anlage II aufgeführten Bestand an ausländischen Werten im ungefähren Gegenwert von RM 300.000.- unverzüglich an die Reichsbank gegen Reichsmark ab oder verkaufen die Werte im Ausland gegen Valuta zu Tageskursen und stellen den Valuterlöse der Reichsbank gegen Zahlung des Reichsmarkgegenwerts zum offiziellen Berliner Mittelkurs zur Verfügung.

b) Die Firma Warburg & Co., Amsterdam, überweist einen Guldenbetrag im Gegenwert von RM 1.200.000.- an die Firma H.M. Warburg & Co., Hamburg, und/oder deren Teilhaber, die diese unmittelbar nach Eingang an die Reichsbank gegen Zahlung des Reichsmarkgegenwertes zum offiziellen Berliner Mittelkurs am Tage der Zahlung abliefern. Die Ablieferung erfolgt in Höhe von 20% = Guldengegenwert von RM 240.000.- sobald nach endgültig erteilter Genehmigung und vor der Auswanderung der Teilhaber Dr. Ernst Spiegelberg und Erich M. Warburg. Die restlichen Zahlungen erfolgen in 6 Monatsraten von je RM 160.000.-, so dass die letzte Rate spätestens am 30. Juni 1939 gezahlt wird. Sollte bis zu diesem Termin eine Auswanderung auch der Herren Max M. Warburg und/oder Dr. Fritz M. Warburg erfolgen, so hat die Zahlung der letzten Rate spätestens zum Zeitpunkt der Auswanderung dieser Herren zu erfolgen.

c) Darüber hinaus liefert die Firma H.M. Warburg & Co., Hamburg, und/oder deren Teilhaber RM 500.000.- an die Deutsche Golddiskontbank, Berlin, zu Gunsten des Exportförderungsfonds ab, ohne dafür einen Gegenwert zu erhalten.

III. des Reichs- und Preussische Wirtschaftsministerium, Berlin

2.) Die Firma Warburg & Co., Amsterdam, erhält die Genehmigung, von den in ihrem Besitz befindlichen eigenen Sparmark einen Betrag von RM 1.000.000.- zu einer stillen Beteiligung bei der umgeformten Firma M.M. Warburg & Co. Kommanditgesellschaft zu verwenden.

3.) Um den Herren Max M. Warburg, Hamburg, und Dr. Fritz M. Warburg, Hamburg, so lange sie in Deutschland verbleiben, die Erfüllung derjenigen Aufgaben zu ermöglichen, die mit der Umgestaltung der Firma M.M. Warburg & Co., Hamburg, verknüpft sind, und um sie in die Lage zu versetzen, ihre bisherige Tätigkeit hinsichtlich der Förderung der Auswanderung der Juden aus Deutschland fortzusetzen, wird diesen beiden Herren einschliesslich ihrer Ehefrauen der doppelte Wohnsitz auf die Dauer von zunächst drei Jahren bewilligt mit der Massgabe, dass die Genannten über ihren ausländischen Besitz und dessen Einkünfte, sowie über sonstige Einnahmen, falls sie solche im Auslande erzielen werden, frei verfügen dürfen und insoweit den Vorschriften der Devisenordnung entbunden sind.

Die Herren Max M. Warburg und Dr. Fritz M. Warburg für die der doppelte Wohnsitz, wie angeführt, beantragt wird, werden nach Durchführung der obigen Transaktionen die aus der Anlage III ersichtlichen ausländischen Werte besitzen.

Anlage III

In doppelter Abschrift.

A b s c h r i f t .

Der Reichs- und Preussische
Wirtschaftsminister

Berlin W. 8, 22. April 1938.
Behrenstr. 43

Aktenzeichen :

Y Dev. 3/4815/38

An das

Bankhaus M.M. Warburg & Co.
H a m b u r g.

Auf das Schreiben vom 23. März 1938.

Ich habe die Devisenstelle Hamburg angewiesen, die in Ihrer Eingabe vom 23. März 1938 beantragten devisenrechtlichen Genehmigungen zur Übertragung der ausländischen Vermögenswerte auf die Teilhaber Max Warburg, Dr. Fritz Warburg, Dr. Spiegelberg und Erich Warburg in Form eines verbindlichen Vorbescheides beschleunigt zu erteilen. Die in Ihrer Eingabe in Vorschlag gebrachte ersatzlose Ablieferung von RM. 500.000.- habe ich im Hinblick auf die erheblichen Devisenwerte, die den bisherigen Teilhabern freigegeben werden, auf RM. 1 Mill. erhöht.

Im Auftrag

gez. Dr. Schlotterer

L.S.

beglaubigt
gez. Unterschrift
Kanzleiangestellte.

Vermerk :

Die Übereinstimmung dieser
Fotokopie mit der in unseren
Akten befindlichen Abschrift
wird hiermit bestätigt.

20. Mai 1954

BRINCKMANN, WIRTZ & CO. *h. Wirtz*

DEUTSCHE GOLDDISKONTBANK

Abteilung "Zusatzausfuhr"

BERLIN C 111

Telekommunikation: Fernbank - Fernsprecher der Reichsbank 16 40 91 - Reichsbanktelegraph Nr. 107

An
M. M. Warburg & Co.
Kommanditgesellschaft

Hamburg
Postschliessfach 744



Auflage Dr/Ms 20. Juni 1938

Der Empfänger

Der Empfänger

Mein Zeichen

Tag

Betr. Bisherige Teilhaber der Firma M.M. Warburg
& Co., Hamburg.

Wir bestätigen den Eingang der uns am
16.d.M. durch die Reichs-Kredit-Gesellschaft
Aktiengesellschaft, Berlin, in Ihrem Auftrage
Ehrewiesenen

RM 1.000.000,--.

Der Devisenstelle Hamburg haben wir unter
Angabe der Aktenzeichen A 1/7 34/38 F 4/338/
38 von der Überweisung Kenntnis gegeben.

Heil Hitler!
Deutsche Golddiskontbank
Abteilung "Zusatzausfuhr"

Vermerk:

Die Übereinstimmung
dieser Fotokopie mit
dem in unseren Akten befindlichen Original
wird hiermit bestätigt.

20. Mai 1954

BRINCKMANN, WIRTZ & CO.

ANLAGE 21

Moebeltransportkosten aus Anlass der Auswanderung

Laut Rechnungen der Hamburger Speditionsfirma
Keim Krauth & Co. vom 13. Mai 1939 -- beigefuegt als
Anlage 22 -- und vom 25. April 1939 -- Abschrift bei-
gefuegt als Anlage 23 -- betrugen

die Transportkosten	RM 14,188.55
die Versicherungskosten E 148,-,- . . .	1,776.--
die Stempelkosten	<u>65.75</u>
insgesamt	RM 16,030.30

Die Anspruchsberechtigte erhebt als Erbin von
Max M. Warburg Anspruch auf die Haelfte, d.h. RM 8,015.15.

Oberfinanzdirektion Hamburg

— 0 5608 —
34 - XV 26/264

Hamburg 13, den
Telefon 44 12 91

Reg.-Nr. 4056

**E r g ä n z u n g -
Bescheid**

Auf Grund der §§ 38, 39 des Bundesgesetzes zur Regelung der Rückerstattungsrechtlichen Geldverbindlichkeiten des Deutschen Reiches und gleichgestellter Rechtsträger (Bundesrückerstattungsgesetz — BRüG —) vom 19. 7. 1957 (Bundesgesetzblatt I. S. 734) erfaßt die Oberfinanzdirektion

d er Berechtigten:

- 1) Frau Alice W a r b u r g geb. Magnus,
1016 Fifth Avenue, New York 28, N.Y./USA.
aus eigenem Recht und als Rechtsnachfolgerin
nach Max Moritz Warburg

- 2) Herrn Eric Max W a r b u r g,
Hamburg 1, Ferdinandstr. 75
i. Pa. Brinckmann, Wirtz & Co.
als Testamentsvollstrecker für den Nachlaß

als Rechtsnachfolgerin:

Max Moritz W a r b u r g,
letzter inländ. Wohnsitz: Hamburg

Bevollmächtigte:

Firma Brinckmann, Wirtz & Co.,
Hamburg 1, Ferdinandstr. 75

und der Freien und Hansestadt Hamburg -Sozialbehörde-
Amt für Wiedergutmachung, Hamburg 36, Drehbahn 54
- Az.: Wg. 080573 -9-13 - als Leistungsempfängerin

in Ansehung an den Bescheid vom 17.3.1960 - Reg.Nr.2806-
folgenden Bescheid:
folgenden weiteren Bescheid:

Dem Bescheid liegen die nachstehenden Rechtstitel zugrunde:

Vergleich vor der 2. Wiedergutmachungskammer des Landgerichts Hamburg vom 2.2.1955 - Az.: 2 WIK 26/53 - VI/2 2717 -3-

II.

und dem Testamentsvoll-

Aus den in Ziffer I aufgeführten Rechtstiteln stehen die ~~X~~ Berechtigten nach Maßgabe der §§ 14 bis 26 BRÜG folgende Ansprüche zu:

~~noch~~

DM 5.000.--

(1.000.000 Fünftausend 00/100 Deutsche Mark).

Der der Berechtigten und dem Testamentsvollstrecker unter Einbeziehung des ihnen durch Bescheid vom 17.3.1960 -Reg.Nr.1- anerkannten Betrages von DM 791.629,57

~~zusammen~~ insgesamt geschuldete Geldbetrag wird auf

DM 796.629,57

(in Worten: **Siebenhundertsechshundneunzigtausend- sechshundertneunundzwanzig 57/100** Deutsche Mark)

Der
bere.

Von
4 32

Der
ist
1961

Im P
nach

Der
unter
versch.
anspr.

Die
werde
Hambu
wirkte

Steh
Ziff.
Geld
gilt

0 R 0

Zu er
deren
2006-

Die Al
10% de
(5 21
ausg
(11 20

III.

Der in Ziff. II festgestellte Betrag ist in Höhe von DM 395.814,78 bereits ausgezahlt.

Von dem zu Ziff. II festgestellten Betrag sind nach § 32 Abs.2 und 3 BRUG zunächst zu zahlen weitere ... DM 2.500,--

Der verbleibende Restbetrag von DM 398.314,79 ist grundsätzlich bis zum Ende des Rechnungsjahres 1961 zu zahlen.

Im Falle des § 32 Abs.3 BRUG vermindert sich der Restbetrag auf einen nach dieser Vorschrift zu ermittelnden Hundertsteil.

IV.

Der zu Ziff. II festgestellte Geldbetrag ist im Rahmen des § 34 BRUG unter Zugrundelegung eines Zinssatzes von 4 v.H. vom 1.4.1956 ab zu versinsen. Die im Rahmen des § 34 BRUG etwa zu erfüllenden Zinsansprüche werden bis zum 31.12.1962 befriedigt.

V.

Die nach Ziff. III und IV jeweils zuerst zu leistenden Zahlungen werden bis zur Höhe von DM 2.500,-- gemäß § 37 BRUG an das Land Hamburg bewirkt. Die auf diesen Betrag entfallenden Zinsen sind mit Wirkung vom 21.6.1957 an die Freie und Hansestadt Hamburg zu leisten.

VI.

vollst

Stehen der Berechtigten und dem Testamentvollstrecker neben den in Ziff. II aufgeführten Ansprüchen weitere rückerstattungsgerechtlche Geldansprüche gegen die in § 1 BRUG genannten Rechtsträger zu, so gilt dieser Bescheid als Teil - Bescheid.

VII.

2. Funde

Zu erfüllen sind noch die Ansprüche wegen Alterserwerbsentschädigung, deren Regelung in den Gründen des Bescheides vom 17.3.1960 -Reg.Nr. 2006- vorbehalten war, für die entzogenen

DM 40.000,-- 4 1/2% ausl. Schatzanweisungen des Deutschen Reiches von 1938 II.

Die Alterserwerbsentschädigung für dieses Papier beträgt

10% des nom. Wertes, das ergibt DM 4.000,--

(§ 21 Abs.1 BRUG in Verbindung mit dem Alterserwerb.)

zusätzlich 25% Hinterzins DM 1.000,--

(§§ 20 Abs.3; 16 Abs.2 BRUG)

zus. DM 5.000,--

Nr. 280

Übertrag: DM 5.000,--

Durch Bescheid vom 17.3.1960 - Reg.Nr. 2836 - sind bereits Schadenersatzansprüche in Höhe von . . . DM 791.629,57
zuerkannt worden.

Der Gesamtanspruch in Höhe von DM 796.629,57
ist gemäß § 32 BRGG wie folgt zu erfüllen:

1) Zunkohst in Höhe von 50% des Gesamtanspruchs = DM 398.314,78
(§ 32 Abs.2 und 3 BRGG).

Hiervon abzusetzen sind die bereits ausgezahlten Beträge, und zwar

a) an die Berechtigte und an den
Testamentvollstrecker
in Höhe von DM 367.500,22

b) an die Freie und Hansestadt
Hamburg, Sozialbehörde - Amt
für Wiedergutmachung,
in Höhe von DM 28.314,56

zus. DM 395.814,78
2.500,--

Der verbleibende Betrag in Höhe von
ist gemäß Ziff. V des Ergänzungsbescheides an
die Leistungsempfängerin auszuschießen, da der
gemäß § 25 Abs.1 BRGG auf das Land Hamburg über-
gegangene Betrag in Höhe von DM 8.229,-- bisher
nur in Höhe von DM 5.000,-- erfüllt worden ist.

2) Bis zum Ablauf des Rechnungsjahres 1961 der
Restbetrag in Höhe von DM 398.314,78

(§ 32 Abs.4 BRGG),
davon zunkohst an die Leistungsempfängerin 729,--

Auf die Kürzungsmöglichkeit gemäß § 32 Abs.5 BRGG
wird hingewiesen.

Der in Ziff. IV genannte Anspruch auf Verzinsung des Gesamtbetrages
ab 1.4.1956 ergibt sich aus § 34 BRGG. Danach sind die festgestell-
ten Ansprüche ab 1.4.1956 zu verzinsen, sofern der noch voller Be-
friedigung a l l e r festgestellten Rückersatzungsansprüche ver-
bleibende Rest des in § 31 BRGG genannten Gesamtbetrages von
1,5 Mrd. Deutsche Mark noch nicht erschöpft ist. Falls der Rest-
betrag zu einer vollen Befriedigung der Einsprüche nicht aus-
reicht, verringert sich dieser Anspruch auf einen noch zu errech-
nenden Hundertsatz.

VIII.

Rechtsmittel:

Gegen diesen Bescheid können der Testamentvollstrecker zu 2)
innerhalb einer Frist von drei Monaten, die Berechtigte zu 1)
innerhalb einer Frist von sechs Monaten, beginnend mit dem Tage
der Zustellung dieses Bescheides, gerichtliche Entscheidung bei
der Wiedergutmachungskammer des Landgerichts Hamburg beantragen.

In Vertretung (M.d.W.d.G.b.)

Brinckmann
Oberregierungsrat

Durchschrift
Oberfinanzdirektion Hamburg

Postanschrift:

(24a) Hamburg 13, den 20. April 19 64
Harvestehuder Weg 14
Postfach
Tel. 44 12 91 / App.

0 5608 - W 34 - BV 23/232 -

An das
Bankhaus Brinckmann, Wirtz & Co.,
H a m b u r g 1
Ferdinandstrasse 75

Betr.: Rückerstattung Nachlässe Max Moritz Warburg und
Alice Warburg geb. Magnus
hier: Vorauszahlung

Sehr geehrte Herren !

In der o.a. Rückerstattungssache ist durch Ergänzungs-
Bescheid vom 4.7.1961 - Reg.Nr. 4056 - ein Anspruch in Höhe
von DM 796,629,57 zuerkannt worden. Von diesem Betrag sind ge-
mäss § 32 Abs. 2 und 3 BRUG DM 398.314,78 ausgezahlt worden.
Auf den gemäss § 32 Abs. 4 BRUG geschuldeten Restbetrag von
DM 398,314,79 wird auf Grund der Richtlinien des Bundesministers
der Finanzen vom 30.6.1961 (MinBlFin 1961 S. 640) in der Fas-
sung vom 2.10.1963 eine Vorauszahlung in Höhe von

DM 100.000,--

gewährt.

Von diesem Betrag sind nach Ziffer VII (Gründe) des vor-
genannten Ergänzungsbescheides DM 729,--
an die Freie und Hansestadt Hamburg, Arbeits- und
Sozialbehörde - Amt für Wiedergutmachung -
Az.: Wg. 0805 73 - 9 - 13, Hamburg 36, Drehbahn 54,
zu leisten. Der verbleibende Betrag in Höhe von DM 99.271,--
wird baldmöglichst auf das Ausländer-DM-Konto
Max Warburg Nachlass bei Ihrer Bank überwiesen werden.

Hochachtungsvoll
Im Auftrag
Wilken
(Dr. Wilken)
Regierungsrat

FREIE UND HANSESTADT HAMBURG

ARBEITS- UND SOZIALBEHÖRDE

AMT FÜR WIEDERGUTMACHTUNG

G.-Z.

(Bei Beantwortung bitte angeben)

Amt für Wiedergutmachung, 2 Hamburg 36, Drehbahn 54

Hamburg,

Fernsprecher 34 10 16 } App.
Behördennetz 9.23 }

Sprechzeit: montags 8-15 Uhr

An das

Verwaltungsamt für
Innere Restitutionen

496 Stadthagen

Obernstraße 29

Betrifft: Übergang von Rückerstattungsansprüchen gem. § 25 BRÜG
auf das Land Hamburg;

Der:

Name des Entschädigungs-
berechtigten:

Warburg Alice 080573

Scheid / Vergleich vom
(Siehe Anlage/n)

a) 12.11.56

über

79.487,40

DM.

b) 13.5.57

130.150,-

c) 21.6.57

43.003,36

d) 17.12.57

94.000,-

e) 27.12.57

4.582,46

wegen

- a) Reichsfluchtsteuer
- b) Juwa
- c) Auswandererabgabe
- d) Dejo
- e) Auswanderungskosten

Dieser Sache hat die Freie und Hansestadt Hamburg Entschädigungsleistungen
erbracht. Der Rückerstattungsanspruch wegen der mit dieser Entscheidung
festen Entziehungstatbestände wird hiermit angemeldet.

Gleichzeitig wird der Übergang des Rückerstattungsanspruches auf die Freie
Hansestadt Hamburg gem. § 25 BRÜG angezeigt.

Es wird gebeten, das Rückerstattungsverfahren einzuleiten und -auch wenn es
schon eingeleitet ist- die Freie und Hansestadt Hamburg, Arbeits- und
Sozialbehörde, Amt für Wiedergutmachung, an dem Verfahren zu beteiligen.
Weiter wird gebeten, das Amt von dem Stand des Verfahrens zu unterrichten
sowie das zuständige Wiedergutmachungsamt bzw. die zuständige Wiedergutmachungs-
behörde von dem Forderungsübergang in Kenntnis zu setzen.

Bestätigung der Anmeldung und der Anzeige des Forderungsübergangs wird gebeten.

Im Auftrage

Ausgeteilt am

Abgegeben am

mit Anlagen

X 105

Wg. 08 05 73 - 13 -

(Liste der Finanzbehörde)

W a r b u r g , Alice

(M.M. Warburg Nachlaß)

Vermerk:

Die Freie und Hansestadt Hamburg - Finanzbehörde - hat am 30.Sept. 1954 als Pauschalanmeldung gem. § 60,2 BEG. (Siehe Rü 151) Ansprüche auf Entschädigung von Sonderabgaben usw. aus dem Erlös des Verkaufs folgender Grundstücke angemeldet :

Blankenese - Bd.54 Bl.2094
 Bd.21 Bl.1042a
 Bd.25 Bl.1231
 Bd.37 Bl.1606

Eigent.: M.M. Warburg Nachlaß.

Vfg.

1. Regi - 13 - Akte austragen und weiterleiten an :

✓ 2. - St - mit der Bitte um Registrierung unter obiger Nummer *akt. L.*
 ✓ 3. - K - bitte Karteikarte notieren und Hinweiskarte fertigen. *akt. Z.*

4. Mit Wg. Akte 08 05 73 - 13 - Warburg, Alice -
 R - 13 - vorlegen.

Hamburg, den 3. Mai 1961

Aktenrücken gem. AO. 49 gefertigt. ✓-3. 5. 61

Vfg.

✓ 1) - 113 - mit der Bitte um Kenntnisnahme und
 Beachtung bei der weiteren Bearbeitung der Entschädigungs-
 ansprüche. Pn. 10./5.61.

2) U. mit Akten und Briefen an
Protektion

zur Fortführung des anhängigen Rechtsmittels.

Jüttgen - 12.75
P./S.

V.
 3. Mai
 (127)
 No. 5.

46)
 0.68
 1.68
 2.68

ordnen,
 sagen

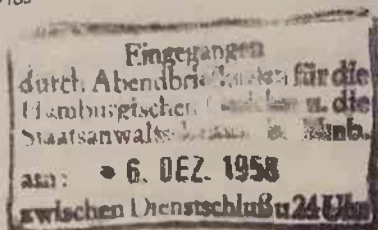
mitte)

Helga Jönsson

Hamburg-Altona, Gr. Bergstr. 249
Ruf. 42 40 30
Postcheck-Konto: Hamburg 886 99
Kreditbank: Hamburger Kreditbank 7163

den 5. Dezember 1958

F.



An das
Landgericht
Entschädigungskammer

H a m b u r g
-

K l a g e
- - - - -

der Frau Alice Warburg geb. Magnus,
399 Park Avenue, New York N.Y.

in fortgesetzter Gütergemeinschaft mit ihren Kindern

Erich Hermann Max Warburg
Lola Nina Helene Hahn geb. Warburg
Renate Olga Strauss geb. Warburg
Anita Sofie Wolff geb. Warburg
Gisela Maximiliane Wyzanski geb. Warburg,

Kläger,

- Prozessbevollmächtigte: Rechtsanwältin Helga Jönsson,
Hamburg-Altona, Gr. Bergstrasse 249, -

gegen

die Freie und Hansestadt Hamburg, Sozialbehörde,
Amt für Wiedergutmachung, Hamburg 36, Drehbahn 54,

Beklagte.

Reg. 0805 73

Es wird beantragt,

die Beklagte zu verurteilen an
die Kläger wegen Zahlung einer Sonder-
abgabe DM 349.100,70, hilfsweise
DM 101.520,-- zu zahlen.

Der verstorbene Ehemann der Klägerin Frau Alice
Warburg, der Bankier Max M. Warburg, war bis Ende Mai 1938

einer der persönlich haftenden Gesellschafter des Bankhauses M.M. Warburg & Co. in Hamburg. Seine Beteiligung betrug 47%. Sämtliche Gesellschafter der Bank waren Juden.

Als sich die Fortführung der Firma durch die jüdischen Gesellschafter als unmöglich erwies und von amtlicher Seite auf die Arisierung gedrängt wurde, führten die Inhaber Verhandlungen mit dem Reichswirtschaftsministerium mit dem Ziele, ihnen gewisse Auslandswerte, insbesondere das Aktienkapital der Hollandschen Handelsen Crediet Associatie, Amsterdam, die ihrerseits das gesamte Kapital der Firma Warburg & Co., Amsterdam, einer holländischen Kommanditgesellschaft besass, freizugeben. Das Ministerium erteilte schliesslich durch Bescheid vom 22. April 1938 diese devisenrechtliche Genehmigung mit gewissen Auflagen, nämlich

- a) Zahlung einer ersatzlosen Abgabe von RM 1.000.000,-- an die Deutsche Golddiskontbank, Berlin,
- b) Zahlung eines Guldenbetrages im Gegenwerte von RM 1.200.000,-- unter Abrechnung zum offiziellen Kurs an die Reichsbank,
- c) Ablieferung bestimmter Wertpapiere.

Den Auflagen wurde entsprochen. Die Gesellschafter haben sowohl RM 1.000.000,-- an die Deutsche Golddiskontbank gezahlt als auch in der Zeit vom 9. Juni 1938 bis zum 13. Mai 1939 insgesamt hfl. 889.113,16 an die Reichsbank abgeliefert, wofür ihnen RM 1.200.845,27 in Hamburg zur Verfügung gestellt wurden. Auch die angeforderten Wertpapiere sind abgeliefert worden.

Die Kläger haben den dem Erblasser durch Erfüllung der Auflagen zu Ziff. a) und b) anteilig entstandenen Schaden angemeldet. Durch Bescheid vom 17. Dezember 1957 hat die Beklagte den durch Zahlung des Betrages von RM 1.000.000,-- an die Dego entstandenen Schaden anerkannt, dagegen den durch Ablieferung der holländischen Gulden entstandenen Schaden durch Bescheid vom 4. Juni 1958, zugestellt am 10. Juni 1958, abgelehnt. Der Bescheid ist in Abschrift beigelegt.

Hiergegen richtet sich die Klage.

Es steht fest, dass der Erblasser, ebenso wie die übrigen Gesellschafter des Bankhauses, gezwungen worden ist, ausländische Zahlungsmittel abzuliefern. Sämtliche Belege befinden sich in der Akte der Beklagten.

Wenn die Beklagte in dem Bescheid vom 4. Juni 1958 ausführt, die Kläger hätten einen Vermögensschaden geltend gemacht, so ist darauf zu erwidern, dass die Kläger stets davon ausgegangen sind, es sei dem Erblasser eine Sonderabgabe auferlegt worden. Dass diese Ansicht richtig ist, ergibt sich ohne weiteres aus der Verbindung mit der zweiten geforderten Zahlung von RM 1.000.000,-- an die Deutsche Gelddiskontbank. Dabei hat es sich allerdings um eine Sonderabgabe besonderer Art gehandelt. Hierfür beanspruchen die Kläger eine Entschädigung.

Wenn das Reichswirtschaftsministerium die Inhaber des Bankgeschäftes zwang, unter Gewährung eines Gegenwertes von 1,2 Millionen Reichsmark eine Abgabe von rund hfl. 900.000,-- zu leisten, so führte es dem Deutschen Reich damit einen Wert von 12 Millionen Reichsmark zu. Denn dieser Sperrmarkbetrag wäre aufzuwenden gewesen, um im Ausland den Guldenbetrag zu erwerben. Auf der anderen Seite konnten die Inhaber des Bankgeschäftes für die als Gegenwert gezahlten 1,2 Millionen Reichsmark im Wege des Transfers nur ein Zehntel des von ihnen abgelieferten Guldenbetrages wieder erhalten.

Die Kläger beanspruchen unter dem Gesichtspunkt, dass es sich bei dem Anspruch um eine echte Geldwertforderung handelt und § 11 BEG nicht durchgreift, eine Entschädigung für den abgelieferten Guldenbetrag zum heutigen Kurs unter Anrechnung der gezahlten Reichsmarkbeträge im Verhältnis 10 : 2. Hieraus ergibt sich folgende Rechnung.

Bei einem Tageskurs von 110.55 wäre der abgelieferte Betrag von hfl. 889.133,16 zu entschädigen mit DM 982.936,70 dagegen sind anzurechnen erhaltene RM 1.200.846,27 nach Umstellung im Verhältnis 10 : 2 " 240.169,25
so dass verbleiben DM 742.767,45
=====

Niervon standen dem Erblasser 47% laut Gesellschaftsvertrag vom 12. Oktober 1934 zu, mithin DM 349.100,70.

Aber auch wenn diesen Ausführungen nicht gefolgt werden sollte, so haben die Kläger zumindest einen Entschädigungsanspruch in Höhe von ^{DM} 101.520,--. Da bei der Ablieferung der holländischen Gulden als Gegenwert der Berliner Mittelkurs zugrundegelegt wurde, der Sperrmarkkurs aber nur 10% dieses Kurses betrug (und daher also der Betrag von rund RM 1.200.000,-- in der Hand der vor ihrer Auswanderung stehenden jüdischen Inhaber der Bank nur ein Zehntel dieses Betrages wert war, muss der den früheren Gesellschaftern entstandene Schaden mit mindestens RM 1.080.000,-- bewertet werden. Entsprechend der 47igen Beteiligung des Erlassers entfällt daher auf ihn ein Schadensbetrag von RM 507.600,--, entsprechend DM 101.520,--. Dieser Entschädigungsbetrag wird hilfsweise gefordert.

Es wird darauf hingewiesen, dass das Entschädigungsamt Berlin durch Bescheid vom 8. Januar 1958 dem früheren Mitgesellschafter Dr. Ernst Spiegelberg, der den gleichen Schaden, wenn auch nur zur Höhe von 9% der Gesamtsumme erlitten hat, eine Entschädigung insoweit zugebilligt hat, als ihm nach Ablieferung der holländischen Gulden nur Sperrmark zur Verfügung gestellt werden sind. Die Begründung des zuerkennenden Bescheides entspricht also derjenigen des Klägers zu dem Hilfsantrage.

Beweis: Entschädigungsakte Dr. Ernst Spiegelberg
Entschädigungsamt Berlin - Reg.Nr. 71910 -

Weitere Begründung wird ausdrücklich vorbehalten.

Vollmacht & wird nachgereicht.

Für die Kläger:

Für richtige Abschrift
Der Rechtsanwalt

Jönsson

gez. Jönsson

Rechtsanwältin

Helga Jönsson

Rechtsanwältin

Rufnummern: 42 40 30 u. 42 41 13
Postcheckkonto: Hamburg 886 99
Bankkonten:
Dresdner Bank A.G., Konto 71 63
Brinckmann Wirtz & Co.

Hamburg-Altona,

Große Bergstraße 249

den 14. Nov. 1960

An das
Landgericht,
2. Entschädigungskammer:

H a m b u r g



In der Entschädigungssache

Alice Warburg
/RAIN.H.Jönsson/

gegen

Sozialbehörde
/Amt für Wiedergut-
machung/

81 0 (Entsch.)

304/60

- 81 0 (Entsch.) 814/58 -

81 0 (Entsch.)

wird mitgeteilt, dass die Vergleichsverhandlungen, die auf Anregung des Gerichts in der letzten mündlichen Verhandlung vom 16. Januar 1959 in der Sache Dr. Fritz M. Warburg gegen Sozialbehörde, Aktenzeichen 81 0 (Entsch.) 599/58, eingeleitet worden waren, gescheitert sind. Es wird beantragt, zur Fortsetzung des Verfahrens

Termin zur mündlichen Verhandlung
anzuberaumen.

Die Beklagte hat der Klägerin mit Schreiben vom 6. Mai 1960 das in Abschrift

als Anlage

überreicht wird, im Vergleichswege DM 55.000.-- angeboten. Die Klägerin hat darauf mit Schreiben vom 10. Oktober 1960 erwidert, dass sie den angebotenen Betrag für zu niedrig halte, aber ohne Präjudiz für die Sach- und Rechtslage bereit sei, einem Vergleich über DM 76.140.-- zuzustimmen. Dieses Schreiben wird gleichfalls in Abschrift

als Anlage

beigefügt. Mit Schreiben vom 26. Oktober 1960 hat die Beklagte den Vorschlag ohne weitere Begründung abgelehnt und mitgeteilt, der Rechtsstreit müsse jetzt durchgeführt werden.

Der Klaganspruch wird vollen Umfangs aufrechterhalten. Hervorgehoben wird, dass nunmehr auch die Beklagte in der zwangsweisen Ablieferung des Guldenbetrages eine Sonderabgabe

im Sinne des § 59 BEG sieht. Ein Abschlag analog § 60 (2) BEG, wie die Beklagte vorgeschlagen hat, ist nicht gerechtfertigt. Am 10. Juni 1938, als der erste Teilbetrag für die abgelieferten Gulden mit RM 239.895.-- auf dem Gemeinschaftskonto Max M. Warburg und Dr. Fritz M. Warburg einging, betrug der Saldo rund RM 4.000.000.--. Aus diesem Guthaben allein hätten die gesamten in bar entrichteten Sonderabgaben der Herren Max M. Warburg und Dr. Fritz M. Warburg mit rund RM 2.400.000.-- gedeckt werden können. Es hätte weder der Heranziehung anderer Vermögenswerte geschweige denn des Gegenwertes der abgelieferten Gulden mit insgesamt RM 1.200.000.-- bedurft.

Beweis: Vorlage der Bücher.

Für die Klägerin

gez. Jönsson

Rechtsanwältin

Der Rechtsanwalt
Jönsson

D.

1.) PL mit der Bitte um Kenntnissnahme vorgelegt

Bla. 11/12: 11/12
873-61

(Simon)
KR 2

1228

0805 73 -13-

Hamburg, den 8. März 1961
Sm./Kn.

2.) An das
Landgericht Hamburg
- Entschädigungskammer 2 -

H a m b u r g 36

Aktenzeichen: 32 3 (Entsch.) 301/60

Schriftsatz.

In der Entschädigungssache

der Frau Alice W a r b u r g ./.. Sozialbehörde Hamburg
(Hain. Helga Jönsson) - Amt für Wiedergutmachung-

wird auf den Schriftsatz der Kläger vom 14.11.60 folgendes
erwidert:

- 1.) Es ist zutreffend, daß die Vergleichsverhandlungen gescheitert sind. Es ist auch richtig, daß die Beklagte den Klägern im Vergleichswege den Betrag von DM 55.000.-- angeboten hat. Das Vergleichsangebot erfolgte selbstverständlich - wie in allen derartigen Fällen - ohne Präjudiz für den Rechtsstandpunkt, ohne daß dieses einer ausdrücklichen Erwähnung bedürfte. Demnach hat das Vergleichsangebot auch nicht die Frage präjudiziert, ob es sich bei dem geltend gemachten Anspruch um einen Schaden durch Zahlung von Sonderabgaben im Sinne von § 59 ff. BGG handelt.
- 2.) Bei richtiger rechtlicher Würdigung ist der geltend gemachte Schaden nicht gemäß § 59 BGG zu entschädigen. Es handelt sich hier nicht um die Zahlung einer Sonderabgabe, insbesondere nicht um eine Abgabe an die Deutsche Golddiskontbank zur Erlangung einer Ausführungsgenehmigung (§ 59 Abs. 2 Ziff. 2). Den Gesellschaftern des Bankhauses Warburg war auferlegt worden, holl. Gulden im Gegenwert von RM 1.200.000.-- zum Tageskurs an die Reichsbank zu verkaufen. Eine Abgabenschuld, insbesondere eine Sonderabgabenschuld war damit nicht entstanden und damit auch nicht von den Verfolgten entrichtet worden.
- 3.) Im übrigen darf darauf hingewiesen werden, daß eine Entschädigung auch bereits deshalb entfällt, weil die abgelieferten Devisen auch ohne die Verfolgung aufgrund der Devisengesetze abgeliefert gewesen wären (§ 9 Abs. 3 BGG).

Landgericht Hamburg zum Az. 82 O (Entsch.) 301/60

- 4.) Eine Entschädigung könnte allenfalls gemäß § 57 BEG erfolgen, wenn man die Devisenüberweisung als eine notwendige Aufwendung im Sinne des § 57 BEG im Rahmen der Auswanderung ansieht (vgl. Urteil des Landgerichts Hamburg vom 16.12.60 - Az. 81 O (Entsch.) 79/58).
Es müßte dann allerdings berücksichtigt werden, daß gemäß Vergleich vom 27.12.1957 Frau Alice Warburg an Auswanderungskosten für sich und ihren verstorbenen Ehemann DM 4.582,46 zuerkannt worden sind.

Im Auftrage:

(Simon)
Regierungsrat z.Nv.

Ausgefertigt am 8/3.67
Abgesandt am 9. März 1967
mit Anlagen

Simon (KRZ)
8.3.1967

Helga Jönsson

Rechtsanwältin

Telefonnummern: 42 40 30 u. 42 41 13

Postcheckkonto: Hamburg 886 99

Bankkonten:

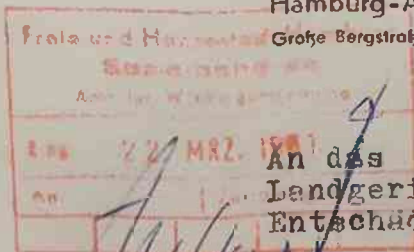
Dresdner Bank A.G., Konto 71 63

Brinckmann Wirtz & Co.

Hamburg-Altona,

Große Bergstraße 249

den 20. März 1961



In der Entschädigungssache

Alice Warburg
/Rain.H.Jönsson/

./.

Sozialbehörde Hamburg
/Amt für Wiedergutmachung/

080573

- 82 0 (Entsch) 301/60 -

wird angezeigt, dass Frau Alice Warburg am 7. Dezember 1960 gestorben ist. Testamentarische Erben sind die Kinder

Erich Hermann Max Warburg
Lola Nina Helene Hahn geb. Warburg
Renate Olga Strauss geb. Warburg, jetzt Lady R. Calder,
Anita Sofie Wolff geb. Warburg
Gisela Maximiliane Wyzanski geb. Warburg.

Ein Erbschein liegt noch nicht vor. Er wird nachgereicht werden.

Auf den Schriftsatz der Beklagten vom 8. März 1961 wird folgendes erwidert.

Aus dem Schreiben der Beklagten vom 6. Mai 1960 ergibt sich eindeutig, dass auch diese den von der Klägerin stets vertretenen Standpunkt, es habe sich bei der zwangsweisen Ablieferung des Guldenbetrages um eine Sonderabgabe gehandelt, anerkannt hat. Mit Schreiben der Unterzeichnenden vom 10. Oktober 1960, in dem auf das Schreiben vom gleichen Tage in der Parallelsache Dr. Fritz M. Warburg verwiesen wurde, ist diese Übereinstimmung ausdrücklich festgestellt worden. Die Beklagte hat nicht widersprochen sondern lediglich den Gegen-vorschlag der Klägerin mit dem Bemerkung abgelehnt, ein Vergleich nach dem gemachten Vorschlage sei nicht möglich.

Beweis: Das in Abschrift anliegende Schreiben der Beklagten vom 26. Oktober 1960.

Damit hat die Beklagte den Anspruch dem Grund nach anerkannt. Wenn die Beklagte nunmehr in ihrem Schriftsatz vom 8. März 1961 vorträgt, der zunächst gemachte Vergleichsvorschlag sei selbstverständlich ohne Präjudiz für den Rechtsstandpunkt erfolgt, so kann dem nicht gefolgt werden. Der Wortlaut des Schreibens der Beklagten vom 6. Mai 1960 spricht dagegen; dies umsomehr, als sich diese auf eine Entscheidung des Hanseatischen Oberlandesgerichts vom 8. 7. 1959 (9 U 33/59) bezieht. Hätte sich die Beklagte nicht präjudizieren wollen, dann hätte sie es zum Ausdruck bringen müssen. Statt dessen hat sie sogar das Schreiben der Unterzeichnenden vom 10. Oktober 1960 insoweit unwidersprochen hingenommen.

Dass die Auflage - neben zwei anderen - einen Betrag von hfl. 900.000.-- abzuliefern, eine Unrechtshandlung und damit eine Verfolgungsmaßnahme i. S. des § 2 BEG war, bestreitet auch die Beklagte nicht. Dem Erblasser Max M. Warburg ist hierdurch ein erheblicher Schaden erwachsen.

Für die Frage, welcher Art der der Klägerin zustehende Entschädigungsanspruch wegen der Ablieferung der Gulden ist, muss auf den Zusammenhang der gemachten Auflage mit den beiden weiteren Auflagen hingewiesen werden. Die ausländischen Vermögenswerte des Erblassers sollten nur unter der Bedingung von den deutschen Behörden freigegeben werden, dass

- a) bestimmte ausländische Werte abgeliefert wurden,
- b) ein bestimmter Guldenbetrag abgeführt wurde und
- c) an die Deutsche Golddiskontbank RM 1.000.000.-- ersatzlos gezahlt wurden.

Dem Erblasser wurde damit aus Verfolgungsgründen eine finanzielle Sonderlast auferlegt. Den Auflagen ist entsprochen worden. Unzweifelhaft handelt es sich bei der Zahlung an die Deutsche Golddiskontbank um eine Sonderabgabe gemäß § 59 Abs. 2 Ziff. 2 BEG. Die Ablieferung der Gulden ist nicht an die Deutsche Golddiskontbank erfolgt sondern weisungsgemäß an die Reichsbank. Diese dem Erblasser auferlegte Abgabe fällt somit nicht unter § 59 Abs. 2 Ziff. 2 BEG sondern allgemein unter § 59 Abs. 1 BEG. Das Gesetz gibt keine Definition des Begriffes der Sonderabgaben. Die Tatbestände sind auch zu vielseitig, als dass eine erschöpfende Erläuterung möglich wäre. Auch im vorliegenden Falle handelt

es sich um einen Sonderfall, für den es nur wenige Parallelen geben dürfte. Wesentlich ist, dass dem Verfolgten eine Abgabe aus Verfolgungsgründen auferlegt und dass diese entrichtet worden ist. Dem Wesen als Sonderabgabe steht auch nicht entgegen, dass der Erblasser einen, wenn auch völlig unzulänglichen, Gegenwert erhalten hat. Deshalb ist auch der Hinweis der Beklagten, der Erblasser habe die Gulden verkauft, folglich sei eine Sonderabgabenschuld nicht entstanden, unrichtig. Die Gewährung eines Gegenwertes ist nur von Bedeutung für die Höhe des Entschädigungsanspruches. Dies ist von der Klägerin stets berücksichtigt worden.

Der weitere Hinweis der Beklagten, der Entschädigungsanspruch entfalle auch deshalb, weil die abgelieferten Devisen ohnehin hätten abgeliefert werden müssen, greift ebenfalls nicht durch. Es ist bereits vorgetragen worden, dass für den Erblasser als Bankier und Gesellschafter einer Devisenbank Sonderbestimmungen gegolten haben.

Es kann der Beklagten auch nicht gefolgt werden, wenn diese vorträgt, möglichenfalls handle es sich um einen Anspruch gemäss § 57 BEG.

Im übrigen wird auf den bisherigen Vortrag verwiesen.

D. Für richtige Abschrift
Der Rechtsanwalt

Jönsson

gez. Jönsson
Rechtsanwältin

K 24

VfG:

1.

Wg. 08 03 75/13 Hoh/Bo

2000

den 29.11.1962

1227

An das
Landgericht Hamburg
-Entschädigungskammer 2-

Hamburg 11
Zippelhaus 5

zum dort. Az. 82 O(Entsch) 301/60

In der Sache

Alice Warburg
(Main H.Jönsson)

gegen

Sozialbehörde Hamburg
Amt für Wiedergutmachung

weist die Beklagte darauf hin, dass das Urteil des Hanseatischen Oberlandesgerichts in der Parallelsache des Dr.Fritz Warburg nunmehr rechtskräftig geworden ist.

Die Klägerin möge erklären, ob sie das Verfahren noch weiter fortsetzen will.

In Auftrage:

Schmidt
ges. (Schmidt)
Referent

2. Proz.Abt.m.d.B.u.w.V.

19.11.62
Ausg.
30.11.62
3x